

arbeiterin

die **V**erdrängte **G**eschichte der
frauenbewegung in **d**eutschland
von 1800 - 1945



eine **p**olitische
und
Ökonomische **a**nalyse

Erstherausgabe 2005
Neuaufgabe 2016

Überarbeitet und herausgegeben vom
Arbeitskreis zur Befreiung der Frau und Kommunistischer Aufbau

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	S. 1
Teil I Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland im 19. Jahrhundert bis zur Weimarer Republik	
1. Arbeits- und Lebensbedingungen der Frauen zur Zeit des Industriekapitalismus	S. 4
2. Die Organisierung der Frauen	S. 11
3. Beginn der proletarischen Frauenbewegung	S. 18
4. Die Trennung der bürgerlichen und sozialistischen Frauenbewegung	S. 29
5. Der Kampf gegen Reformismus, Imperialismus und Krieg	S. 33
6. Die Waffen nieder – Frauen gegen den Krieg	S. 36
Teil II Die Weimarer Republik und die kommunistische Frauenbewegung	
1. Krieg dem Krieg – die Revolution 1918	S. 43
2. Frauen raus aus der Arbeit, ran an den Kochtopf	S. 46
3. Klasse gegen Klasse – Kommunistische Arbeit unter Frauen	S. 50
4. Die Machtübertragung an den Faschismus und der antifaschistische Kampf	S. 56
Teil III Der Faschismus in Deutschland	
1. An die Stelle der politischen Frau tritt die deutsche Frau	S. 66
2. Bevölkerungspolitik und Erziehung	S. 73
3. Medizinische Versuche, Mord und Vernichtung für ein „reinrassiges und erbgesundes Volk“	S. 77
4. Frauen in der Kriegsproduktion	S. 84
5. Widerstand der Frauen gegen den Faschismus	S. 87
6. Zum Schluss – Lehren aus der Geschichte	S. 93
7. Anhang	
Interview mit Scholtz-Klink nach Kriegsende	S. 96

Einige Worte vorweg

Erstmalig wurde die Broschüre „arbeiterin – die verdrängte geschichte der frauenbewegung in deutschland von 1800 bis 1945“ vom 'Arbeitskreis zur Befreiung der Frau' in Zusammenarbeit mit der inzwischen aufgelösten kommunistischen Gruppe 'Roter Oktober' im Jahr 2005 herausgeben. Teile des Arbeitskreises konnten in den vergangenen Jahren viele interessante Diskussionen über Inhalte und Erkenntnisse, die in der Broschüre erarbeitet wurden, in unterschiedlichen Kreisen führen. Kern der Diskussionen sind die darin erkannten und grundlegende Positionen zur kommunistischen Frauenarbeit in der Zeit der Industrialisierung und Herausbildung des Imperialismus. Neue Formen von Ausbeutung und Unterdrückung, neue Formen zur Organisierung der ArbeiterInnen, ihre Kämpfe für die Emanzipation, die stürmischen bis hin zu revolutionären Klassenkämpfe und Aufstände werden in der Broschüre mit den besonderen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Proletarierinnen verbunden. In Verbindung mit der heutigen Lage der Arbeiterin und der aktuell sehr schwachen kommunistischen Frauenbewegung haben diese geschichtlichen Erfahrungen eine besondere Bedeutung in den Diskussionen.

Die erste Auflage ist nun vergriffen, Grund für uns eine Neuauflage heraus zu geben, um weiterhin zu den Fragen von Frauenkampf heißt Klassenkampf und dem Kampf um die Befreiung der Frau zu Diskussionen anzuregen und daraus Schlüsse für heute zu ziehen. In der vorliegenden Neuauflage können wir nun den Originaltext lesen, der mit einigen Aktualisierungen erscheint.

Liebe GenossInnen, FreundInnen und LeserInnen,

mit einigen einleitenden Worten zum Inhalt und Ziel der Broschüre, die die Entstehung und Entwicklung der Frauenbewegung bis 1945 in Deutschland beschreibt, wollen wir euch auf einen spannenden Ausflug in die Geschichte mitnehmen. Die gesamte Ausarbeitung ist in einen politischen und ökonomischen Geschichtsteil eingebettet, der die bewegten Zeiten revolutionärer Klassenkämpfe in der Zeit der Industrialisierung mit den Kämpfen der Frauen um ihre Emanzipation kurz aber kompakt darstellt.

Aus Sicht der KommunistInnen sind die proletarischen Frauenkämpfe und ihre Organisationen ein Beginn zur Befreiung der Frau. Unter der Führung der KPD haben die Proletarierinnen ihre Lage

erkannt, Klarheit über ihren Weg zur Befreiung gefunden und sich ihre dafür notwendige kommunistische Organisation geschaffen.

Wir verfolgen ihren Weg in den damaligen Auseinandersetzungen und den daraus entstehenden Widersprüchen in der politischen Zielsetzung mit den bürgerlich, feministischen Frauen; bis hin zur Spaltung und Bildung einerseits in eine kommunistische Frauenorganisation und andererseits in feministische Frauenorganisationen. Diese Entwicklung ist nur eine Folge der Widersprüche, die innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung zwischen Reform oder Revolution tobten.

Die KPD setzte die sofortige Organisierung der sozialistischen Revolution auf die Tagesordnung, also Kampf Klasse gegen Klasse während die Sozialdemokratie soziale Reformen und eine kontrollierte Ökonomie als Ausweg in ein besseres Leben ausreichend fand. Klar ist, und das beweist die Geschichte, dass die Befreiung der ArbeiterInnen und die Befreiung der Frau so nicht zu verwirklichen ist.

Der Faschismus als besondere Epoche des Imperialismus und die Folgen

Der Faschismus in Deutschland war eine besondere Epoche die der Imperialismus im Zuge seiner politischen und ökonomischen Krisen hervorgebracht hat. Die Kommunisten waren nicht stark genug um diesen zu Verhindern und die Sozialdemokraten und Revisionisten wollten der kapitalistischen Realität nicht ernsthaft was entgegensetzen, weil sie durch falsche politische Analysen, durch ein falsches oder fehlendes Klassenbewusstsein der Kraft und dem Nutzen von Reformen vertrauten.

Mit der Zerschlagung und Vernichtung der kommunistischen, revolutionären und oppositionellen Bewegungen und ihrer Organisationen, folgte auch die Zerschlagung der kommunistischen Frauenbewegung samt ihrer Organisationen. Erstrittene Fortschritte und emanzipatorische Ansätze für eine gleichberechtigte Stellung der Frau z.B. in Bildung und Wahlrecht konnten bis in die Wurzeln zerstört werden.

Die Arbeit unter Frauen übernahmen nun faschistische Frauenorganisationen, in die sich der BDF ohne Widerspruch eingliederte. Unter Führung faschistischer männlicher Eliten wurde sicher gestellt, dass jeder Fortschritt für die Frau rückgängig gemacht wird. Für die dazu nötige Umerziehung in den Massen entwickelte der Faschismus eine besondere Ideologie die je nach notwendigen Maßnahmen wie z.B. fehlender Babyproduktion, faschistischem Nachwuchs oder Krieg wechselte.

Die Arbeiterin wurde wieder völlig rechtlos und abhängig vom Mann in die Ehe gedrängt. Ihre berufliche Laufbahn bestand nun in der Rolle der Mutter, Ehefrau und ehrenamtliche Aufopferung zur Propagierung und Stütze des faschistischen Systems.

Die Folgen für die Arbeiterin

An dieser Gesamtentwicklung aus der Geschichte leidet noch immer die heutige Frauenbewegung in ihrer Arbeit und Zielsetzung. Sie ist zersplittert und die meist feministische Ausrichtung zielt auf einen Kampf gegen das Patriarchat, Reformen innerhalb des Staates und einer Gleichheit, die es im Kapitalismus niemals geben wird. Die Klassenfrage und die Klassenlage der Proletarierinnen, die Kampfnotwendigkeiten im Stadium des Imperialismus sind ganz weit weg gerückt. Daraus folgt, dass wir heute vor der ungelösten Aufgabe stehen, dass es für die Arbeiterin keine Organisationen

gibt, in denen sie ihre Kämpfe für ihre Befreiung organisieren kann.

Frauenkampf heißt Klassenkampf, Frauenkampf und das Erkämpfen ihrer Ziele heißt eine Organisation zu haben, die das Rückrad in den Kämpfen bildet. Es liegt an den Frauen, an den KommunistInnen, den ArbeiterInnen inwieweit sie aus der Geschichte lernen und welche Schlussfolgerungen sie ziehen, wie sie die Geschichte vorantreiben, um ihre Ziele zu erreichen. Es liegt an ihnen wie Kampfbereit sie sind innerhalb der Klassenkämpfe an führenden Stellen den Kampf um die Befreiung der Frau zu organisieren und voran treiben. Es liegt an ihnen und ihrem Kampf inwieweit sie unter sich, unter den Arbeiterinnen das Klassenbewusstsein entwickeln, um zu verstehen warum ohne Kommunistische Partei keine Befreiung der Frau erkämpft werden wird. Es liegt an den Revolutionärinnen und Kommunistinnen mit dem bürgerlichen Denken auf zu räumen, dass Frauen keine Kämpferinnen und Führerinnen seien. Die Geschichte hat bewiesen, dass die Befreiung der Frau erst im Sozialismus auf eine höhere Stufe gehoben werden kann bis im Kommunismus die Befreiung der Frau zur Wirklichkeit wird.

In diesem Sinne wünschen wir allen LeserInnen eine spannende Lektüre, zahlreiche Anregungen für die politische Praxis und den Aufbau kommunistischer Frauenorganisationen in Verbindung mit den vor uns liegenden Aufgaben im revolutionären Klassenkrieg.

Kommunistischer Aufbau, August 2016

*Seitdem es Privateigentum und Ausbeutung gibt,
ist die Frau gesellschaftlich und darum auch
ökonomisch unterdrückt –
nicht schon seit Beginn
der geschlechtlichen Arbeitsaufteilung,
die weitaus früher begann!*
- Kuczynski

Teil I

Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland im 19. Jahrhundert bis zur Weimarer Republik

1. Arbeits- und Lebensbedingungen der Frauen zur Zeit des Industriekapitalismus

Lebensbedingungen der proletarischen Frauen

Noch weit bis in das 19. Jahrhundert hinein, hatten viele Frauen aus dem Proletariat den Beruf der Dienstbotin ausgeübt. Das hieß im Allgemeinen „Dienst im Hause“, also alle Arbeit wie z.B. Putzen, Waschen, Nähen, Servieren mussten erledigt werden. Die wenigsten Proletarierinnen durften privilegierte Arbeiten wie z.B. als Köchin ausführen. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts galt die Hausarbeit als „anständiger“ als die Arbeit in der Fabrik oder der zentralisierten Manufaktur.¹ 1830 waren etwa 70% der Dienstboten weiblich.

Über Arbeitsvermittlungen wurden Frauen, junge Mädchen, oft noch Kinder, die in großer Zahl vom Land kamen und auf Unterkunft und Verpflegung angewiesen waren, in städtische Haushalte geschickt. Dort lebten sie in völliger Abhängigkeit von der Herrschaft und in beruflicher Rechtlosigkeit. Der Arbeitstag fing am sehr frühen Morgen an und ging bis tief in die Nacht. Zum Schlafen gab es oft nur kleine, enge Abstellräume oder Hängeböden. Der Lohn war ein minimales Taschengeld.

In diesen rechtlosen Arbeitsverhältnissen kam es nicht selten zu sexuellen Übergriffen z.B. durch Ehemänner oder Söhne aus der Familie. Wurde ein Dienstmädchen nach einer Vergewaltigung schwanger, verlor sie ihre Arbeit. Für viele blieb in dieser verzweifelten Situation nur der Selbstmord als Ausweg, andere landeten mittellos und allein gelassen in einem Heim für sogenannte

¹ Manufakturen waren die vorindustriellen gewerblichen Großbetriebe mit Handarbeit.

gefallene Mädchen.

Die Spinnerei war ein weiterer wichtiger Arbeitsbereich für Frauen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Auch dort war die Entlohnung so niedrig, dass es für die proletarischen Frauen unmöglich war, wirtschaftlich unabhängig vom Mann, dem „Versorger“ der Frau und Familie zu leben. Alte, unverheiratete Frauen, die nicht mehr die geforderte Leistung brachten, gingen in das Armenhaus oder sie verhungerten.

Da der Lohn in der Fabrik oft nicht die notwendigen Kosten zum Leben deckte, waren viele proletarische Frauen gezwungen, trotz Ehe und somit eines Versorgers der Familie, sich zusätzlich zu prostituieren. Dies bedeutete schwere Gesundheitsfolgen für Körper und Psyche der Frauen und wirkte sich zerstörerisch auf die Familien aus. Die Lebenserwartung der proletarischen Frauen lag damals bei 38 Jahren.



Leben und Arbeiten der bürgerlichen Frauen

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden in Deutschland die ersten Mädchenschulen gegründet. Dort wurden Mädchen und junge Frauen aus dem Bürgertum auf die damals vorherrschende gesellschaftliche Ideologie vorbereitet. Der Sinn warum es Frauen gibt, liegt nach dieser Ideologie darin, dass Frau die Mutterrolle einnimmt, sowie als Dienerin und zur sexuelle Befriedigung des Ehemannes verfügbar ist. In den Mädchenschulen erlernten die Frauen in diesem Sinne ihre Berufung von häuslichen Fertigkeiten wie Stricken, Nähen, Schneidern und „weibliche“ Eigenschaften wie häuslichem Fleiß, weiblicher Demut, Anpassung und Bescheidenheit, Unterordnung unter den Mann.

Zum Ende des 19. Jahrhunderts gingen die Mädchen aus dem Bürgertum auch auf Privatschulen oder in Mädchenpensionate. Dort lernten sie für die kommende Ehe in einer zwei jährigen Ausbildung z.B. Hauspersonal anzuleiten.

Helene Lange (1848-1930) war eine der ersten Frauen in der Entwicklung der Mädchenbildungstheorien. Sie vertrat eine hauswirtschaftliche Bildung für Mädchen, die die Frau in allen Lebensbereichen fit machen sollte. Dazu gehörten neben der Hauswirtschaft auch soziale und kulturelle Bereiche.

Mit der fortschreitenden Industrialisierung veränderten sich die Möglichkeiten der bürgerlichen Frauen, die nun vermehrt als Lehrerinnen, Hausangestellte und Krankenpflegerinnen arbeiten, also auch außer Haus helfen, dienen und pflegen durften. Diese Geschichte der Frauen und ihr Weg in die Berufstätigkeit ist geprägt durch ein traditionelles, bürgerliches Denken über die Frau, über das weibliche Geschlecht. Star und Hartnäckig ist der patriarchale Kampf, um die naturgegebene Berufung und dem Nutzen der Frau als Mutter. Mit viel Gewalt, Hohn und Erniedrigung werden jegliche Emanzipationsansätze bekämpft.



Frauen in der Industriearbeit

Veränderungen im Leben und Arbeiten der Proletarierinnen durch die Fabrikarbeit

Dagegen war die Lage der Arbeiterin ganz anders als die der Frauen aus dem Bürgertum. Mit der industriellen Entwicklung wurde ein Veränderungsprozess für Frauen aus dem Proletariat eingeleitet. Immer mehr Frauen und Kinder (ab dem 4. Lebensjahr) gingen in die Fabriken zum Arbeiten. Bis zur bürgerlichen Revolution 1848 arbeiteten mehr als ein Viertel aller Frauen in der Textilindustrie, zwei Fünftel in Bekleidungs- und Reinigungs-, ein Zwölftel in der Nahrungs- und Gesundheitsindustrie.

Weil die Frauen aus dem Proletariat weder eine Schul- noch Berufsausbildung hatten, war es den Kapitalisten möglich, die Löhne niedrig zu halten. Sie steigerten die Konkurrenz zwischen den Frauen als „Zuverdienerinnen“ und damit billigen Arbeitskräften und den höheren Löhnen der Männer, deren gesellschaftliche Rolle als „Versorger“ damit langfristig untergraben wurde. Die Löhne der Arbeiterinnen in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts entsprachen etwa 40 bis 50 Prozent der Löhne der Männer, ganz gleich was sie leisteten. Der Arbeitstag für Arbeiterinnen dauerte in dieser Zeit durchschnittlich 14 Stunden.

In den Fabriken gab es keinen Arbeitsschutz und keine Sozialversicherung. Berufskrankheiten nahmen durch die unmenschlichen Arbeitsverhältnisse zu. Die Menschen lebten in ihren Wohnungen wie Vieh zusammengepfercht, beispielsweise 9 bis 13 Kinder und 5 bis 7 Erwachsene in einem Zimmer. Die Ernährung war schlecht und völlig unzureichend. Durch die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen kam es immer wieder zu Krankheitsepidemien wie Diphtherie und Thyphus, die oft dafür sorgten das Kinder, Frauen und Männer frühzeitig starben.

C. Zetkin:

„Nach einem Flugblatt der internationalen Genossenschaft der Maurer und Zimmerer, das

detaillierte Aufstellungen enthält, bedurfte in der damaligen Zeit eine fünfköpfige Arbeiterfamilie bei den bescheidensten Ansprüchen für ihren Lebensunterhalt 1400 Mark. Das Einkommen einer Familie mit zwei Kindern, in der alle arbeiteten, betrug 624 Mark, wenn alle voll und das ganze Jahr arbeiteten, was aber unmöglich war. Die Löhne der Arbeiterinnen betragen wöchentlich 3,60 Mark bis 7,50 Mark.“²

Die Arbeit in den Fabriken veränderte das Leben der proletarischen Frauen, weil sie nun auch außer Haus arbeiteten. Die Arbeit im Haus änderte sich dagegen nicht. Hausarbeit und Kinderversorgung blieb Sache der Frau. Kinderbetreuung gab es damals keine. Erst durch die Entstehung der sozialistischen Bewegung organisierte sich das Proletariat und hatte die Möglichkeit lesen und schreiben zu lernen und erst unter dem Einfluss des Marxismus begannen die proletarischen Frauen ihre Klassenlage zu erkennen.

Das gesellschaftliche Denken über die arbeitende Frau



Die Realität machte es zwingend notwendig, dass die proletarischen Frauen außer Haus arbeiten gehen mussten, um den Lebensunterhalt der Familie mit zu sichern. Doch diese Entwicklung stieß auf den Widerstand der Männer. Die berufstätige Frau stellte die Rolle des Manns als Versorger in Frage und sie wurde in der Fabrik als Konkurrentin gesehen.

Auf Grundlage der geschichtlichen Entwicklung und mit Hilfe von bürgerlichen Theoretikern wie z.B. Jean Jacques Rousseau (1712-1778) hat sich in der kapitalistischen Gesellschaft das Denken etabliert, dass Frauen ins Haus gehörten und ihre natürliche Bestimmung ausschließlich die Versorgung der Familie und die Mutterschaft zu sein hatte.

Die Ideologie über die Leichtigkeit des Gehirns der Frau und ihre geringe geistige Begabung, sowie die naturgegebene Berufung als Mutter und Ehefrau, konnte erst mit der Organisierung der Frauen und ihrem Kampf für Gleichberechtigung angegriffen werden. Starken Einfluss auf das Denken über die Rolle der Frau hatte der oben genannte Jean Jacques Rosseau und die Kirche. Rosseau war nicht nur ein Führer der französischen Revolution, sondern auch ein maßgeblicher bürgerlicher Theoretiker zu Fragen der Erziehung. In seinen Büchern entwickelte er Grundzüge des kapitalistischen Patriarchat³ u.a. mit Gedanken wie z.B. „Die Frau ist gemacht, dem Manne zu gefallen“.

² Clara Zetkin, Zur Geschichte zur proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, S. 89

³ Das Patriarchat ist mit dem Zerfall der Urgesellschaft und der ersten gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen der Jagd als Männerarbeit und dem Ackerbau als Frauenarbeit entstanden. Es ist somit wesentlich älter als der Kapitalismus und musste daher im Zuge der bürgerlichen Revolution als Ideologie den Bedürfnissen der Bourgeoisie entsprechend modernisiert und angepasst werden.

Dieses bürgerliche Denken, als richtungweisende Ideologie der kapitalistischen Gesellschaft war mit ein Grund, weswegen die Arbeiterinnen noch nicht erkennen konnten, dass der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital bestand und nicht zwischen Mann und Frau.

Die Stellung der Arbeiterin in der Industriearbeit

Die Behauptung, der Lohnerwerb der Frau bedeute keine dauerhafte Verbesserung der Lage der Arbeiterfamilie und vermehre nur die Konkurrenz um den „Lohnfonds“, wurde lange und hartnäckig aufrecht erhalten. Ein Grund, das sich die Forderung nach einem Verbot der Frauenarbeit sehr lange halten konnte. Zudem stützte sich diese Forderung mit auf die Realität, dass Frauen infolge der Doppelbelastung durch Berufstätigkeit und Zuständigkeit für Haushalt und Kinder höhere Fehl- und Krankenzeiten hatten.

Das fest verankerte Denken in der Gesellschaft, dass Frauenarbeit in Konkurrenz zur Männerarbeit stehe und die Frau ins Haus gehöre, ermöglichte es zum einen, die Arbeiterinnen daran zu hindern, sich ihrer Klassenlage bewusst zu werden und sich gemeinsam mit den Männern zu organisieren. Andererseits konnten so die Löhne der Frauen niedrig gehalten werden.

In dieser Zeit, den damaligen Lebens- und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen, ihrer Klassenlage und dem vorherrschenden gesellschaftlichen Denken, konnte noch nicht erkannt werden, dass die Arbeiterin einmal durch den Ehemann und zum anderen durch den Kapitalisten (oder das Kapital) ausgebeutet wird.



J. Kuczynski beschreibt die Lage wie folgt:

„Die Arbeit der Frauen unter dem Industriekapital jedoch ist eine Arbeit, die völlig vom Haus getrennt ist, so dass es durchaus berechtigt ist zu sagen: Je ferner die Arbeit der Frau dem Haushalt, desto energischer die Verbreitung der Ideologie, dass die Frau in den Haushalt gehört. Denn auf der Basis dieser Ideologie, und nur auf der Basis dieser Ideologie, die ja gleichzeitig beinhaltet, dass der Geldverdienst vom Mann kommen muss (da nur außerhalb des Hauses im allgemeinen Geld verdient werden kann) und dass dieser Geldverdienst zur Bestreitung der Familie ausreichen muss, ergibt sich dann „logisch“, dass, wenn die Frau außerhalb des Hauses eingesetzt wird, sie eigentlich überhaupt kein Geld zu verdienen braucht, und wenn man ihr einen ganz geringen Lohn zahlt, ein Taschengeld, ein Trinkgeld, das bereits eine außerordentliche Wohltat der Unternehmer darstellt.

In der Tat entwickelte sich mit dem aufkommenden Kapitalismus die Fiktion, dass Frauenarbeit „zusätzliches Familieneinkommen“ liefert, und das „darum“ Frauenarbeit durchaus niedriger, und zwar wesentlich niedriger bezahlt werden könnte als Männerarbeit.“⁴

„Der Arbeiter fühlt sich sozial höherwertig als die Arbeiterin, deshalb ist ihm der höhere Lohn selbstverständlich. Der Arbeiterin, die unter dem Druck eigener Minderwertigkeitsempfindung

⁴ Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter, Band 18, S. 91

steht, kommt der kühne Gedanke der Lohngleichheit anfangs überhaupt nicht. Es bedurfte einer jahrhundertelangen Entwicklung und energischer Schulungsarbeit der Gewerkschaften, bis die Arbeiterinnen in den Tarifverhandlungen für ihre eigenen Interessen eintraten.“⁵

Die sozialistische Bewegung verändert das Denken der Arbeiterinnen

Erst durch die Entstehung der sozialistischen Bewegung organisierte sich das Proletariat und bekam dadurch die Möglichkeit, in den neu entstandenen Arbeiterbildungsvereinen Lesen und Schreiben zu lernen. Durch den Einfluss des Marxismus wurde den Arbeiterinnen die Möglichkeit gegeben ihre Klassenlage zu erkennen. Das hieß: Wenn sie höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen haben wollten, mussten sie dies organisiert vom Kapitalisten fordern. Der Weg der Erkenntnis und Umsetzung, dass die Frau eine eigenständige Persönlichkeit ist, die ein Recht auf Berufstätigkeit und ökonomische Unabhängigkeit hat, sollte indes bis heute andauern.

Politische Geschichte

Industriekapitalismus

Die Epoche des Kapitalismus in Deutschland begann 1810 bis 1870/71. In dieser Zeit entwickelte sich eine Klasse von industriellen Kapitalisten und eine Klasse von Industriearbeitern und Industriearbeiterinnen. Wie es im Kapitalismus üblich ist, wird die Arbeitskraft gegen Lohn verkauft, es entstand der Widerspruch zwischen dem Kapital und den ArbeiterInnen

J. Kuczynski:

„Eindeutig ist, dass es nur eine produzierende Klasse ist, die im Kapitalismus Mehrwert schafft. Eindeutig ist, dass es nur das Eigentum der Kapitalisten in der Produktion ist, das als Produktionsmittel und Produktionsstätte zur Schaffung von Mehrwert dient. Mehrwert, von dem alle Herrschenden leben, Mehrwert, auf dessen Verteilung alle Werktätigen keinen Anspruch haben.“⁶

C. Zetkin:

„Die Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Industrie und im Verkehrswesen erhöhte sich von 700.000 im Jahre 1848, auf 5 Millionen im Jahre 1895. Ende des 19. Jahrhunderts waren in der Großindustrie 700.000 Arbeiterinnen tätig.“⁷

Kinderarbeit in der Industrie

In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wandten sich fortschrittliche und human denkende Menschen gegen die Kinderarbeit in den Fabriken. Vierjährige Kinder mussten damals in unerträglich heißer und von Staub erfüllter Luft in mechanischen Baumwollspinnereien arbeiten. Folgen waren matte und entzündete Augen, aufgeschwollene Leiber, aufgedunsene Backen, geschwollene Lippen und Nasenflügel, Drüenschwellungen im Hals, böse Hautausschläge. Die Kinder waren von der Mutter und der Familie getrennt. 1838 wurde die Nachtarbeit für Kinder verboten, Kinder unter 9 Jahren durften nicht arbeiten, Kinder unter 16 Jahren durften nur 10 Stunden arbeiten. Nach den revolutionären Kämpfen von 1848 wurde erreicht, dass Kinderarbeit unter 12 Jahren verboten war und Kinder zwischen 12 und 14 Jahren nicht mehr als 6 Stunden arbeiten durften.

Die Dresdner Zeitung schrieb 1847: „Jede Fabrik ist ein despotischer Staat im Kleinen, wo Gehorsam als einzige Bürgerpflicht gilt“. Kinder wurden von den „Oberen“ geprügelt. Mit Geldstrafen bei irgendwelchen „Vergehen“ wurde der offizielle Bruttolohn gedrückt.

⁵ Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter, Band 18, S. 6. Die ersten erhaltenen Schriftstücke zur proletarischen Frauenbewegung sind aus den Jahren 1889 und 1893. Dort steht verzeichnet, dass schon Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts versucht wurde die Arbeiterinnen in Organisationen der Arbeiterklasse einzugliedern.

⁶ Jürgen Kuczynski, Geschichte des Alltags des Deutschen Volkes, Band 3, S. 37

⁷ Siehe die Rede von Clara Zetkin im Kapitel '3. Beginn der proletarische Frauenbewegung'

Folgen der Industrialisierung

Im wachsenden Konkurrenzkampf der Großunternehmer um immer höhere Profite, gingen viele kleine Unternehmer, insbesondere die Handwerker in Konkurs und wurden gezwungen in den Großfabriken zu arbeiten. Landarbeiter und Handwerker zogen in die Industriestädte, es entwickelte sich ein großes Heer von Arbeitslosen. Den Arbeitsplatz verloren die ArbeiterInnen nicht nur durch Krankheit und Invalidität, sondern vor allem in den zyklischen Krisen des Kapitalismus. Nach der Krise von 1857 kam es z.B. im Berliner Maschinenbau bereits zu Entlassungen, so dass sich im Vergleich von 1858 zu 1857 die Anzahl der Arbeiter um 30 Prozent verringerte. Das Einkommen der Arbeiterfamilien sank unter das Existenzminimum.

Weberaufstand

Der Weberaufstand von 1844 war die erste Erhebung des deutschen Industrieproletariats und leitete einen Jahrhunderte langen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung ein. Er wurde wie viele andere Kämpfe auch vom Militär niedergeschlagen, erreichte aber, dass den ArbeiterInnen bewusst wurde, dass es zwei Klassen gab, die Klasse der ArbeiterInnen und die Klasse der Besitzenden oder Kapitalisten und dass die Interessen dieser Klassen sich konträr gegenüberstehen.



Internationaler Sozialistenkongress in Zürich 1893 (dritte v.l.: Clara Zektin, daneben Friedrich Engels)

Das Kommunistische Manifest

1847 werden Marx und Engels auf dem zweiten Kongress des 'Bundes der Kommunisten' beauftragt ein Manifest für die internationale kommunistische Bewegung zu erarbeiten. 1848 erscheint von Marx und Engels das Kommunistische Manifest. Engels fasst den Grundgedanken des Manifests wie folgt zusammen:

„Dass die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung einer jeden Geschichtsepoche die Grundlage bildet für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Epoche; dass demgemäß (seit Auflösung des uralten Gemein-besitzes an Grund und Boden) die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist, Kämpfen zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und herrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung; dass dieser Kampf aber jetzt eine Stufe erreicht hat, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse (das Proletariat) sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückten Klasse (die Bourgeoisie) befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung,

Unterdrückung und Klassenkämpfen zu befreien.“

Erste Revolution in Deutschland

1847 wurden viele Länder Europas, so auch Deutschland, von einer Wirtschaftskrise erfasst. In Deutschland brach an vielen Orten Hungerrevolten aus. 1848 entwickelte sich unter Einfluss des Kommunistischen Manifests eine revolutionäre Bewegung, die mit bewaffneten Aufständen gegen den Adel und die Junker⁸ kämpfte. Die bürgerliche Revolution hatte auch weite Teile des Proletariats erfasst, Forderungen waren Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. 1849 war die Revolution vom Militär niedergeschlagen. Als Erfolg der Kämpfe kann die Verkürzung der Kinderarbeitszeit gewertet werden.

Die ersten Organisationen der ArbeiterInnen

Schon vor der Revolution entstanden die ersten Arbeiterbildungsvereine, aus denen heraus sich die ersten Berufsgenossenschaften gründeten. Endlich hatten die ArbeiterInnen Bildungsstätten, in denen ihre Klassenlage und die damit verbundenen Probleme das große Thema waren. Später gründeten sich aus diesen ersten Organisationen Gewerkschaften für die verschiedensten Bereiche in der Industrie.

Die Zeit nach der Revolution war eine Zeit der Streiks und Demonstrationen. Eine unvollständige Untersuchung ermittelte in den Jahren 1860 bis 1869 insgesamt 412 Streiks.

2. Die Organisierung der Frauen

Anfänge einer Organisierung

Zu Beginn es 19. Jahrhunderts bildeten sich in Deutschland erste Frauenvereine. Ideologisch waren sie der Monarchie verbunden und als ihre Aufgaben sahen sie ausschließlich karitative Dienste.

In der Revolution 1848 in Deutschland kämpften Frauen an und auf den Barrikaden mit, sie besorgten Waffen, Munition und Verbandsmaterial. Vereinzelt griffen bewaffnete Frauen in die Kämpfe ein, wie Emma Herwegh und Malwida von Meysenbug, aber diese Kämpfe hatten noch keinen organisierten Rahmen.

1848/49 gab es eine erste Bewegung von Dienstbotinnen. Sie wandten sich mit Versammlungen und Kundgebungen an die Öffentlichkeit. Aber erst fünfzig Jahre später kam es 1899 zu größeren Versammlungen von 500 bis 600 Frauen. Ihr Protest richtete sich z.B. dagegen, dass in der Sommerzeit die Dienstmädchen entlassen wurden, damit die Dienstherrn Ausgaben sparen. Die meisten Anfänge der Organisierung waren christlich geprägt. Erst 1906 entstand der erste freigewerkschaftliche Dienstbotenverein (Nürnberg) durch Frauen vor allem aus der Sozialdemokratie.

Frauen aus dem Bürgertum bildeten die ersten Frauenbildungsvereine. Deren Ziele waren politische



Programm:

Die Geschichte aller Zeiten, und die heutige ganz besonders, lehrt: daß diejenigen auch begreifen wurden, welche an sich selbst zu denken begannen: — Das stieß im Mai des Jahres 1848 zunächst in die Welt, als ich zunächst meine Worte an die Männer richtete, die ich im Glauben mit der Heere der Freiheit beschickte — so wachte sie damit an die ersten Historikerinnen, indem ich für meine Schwägerin das Wort ergreif, auf daß sie nicht vergessen wurden!

Die erste Idee Verbandsmäßig ist es, welcher mich zur Herausgabe einer Frauen-Zeitung veranlaßt. Wären in den großen Mannschaften, in denen wir uns nicht befinden, werden sich die Frauen vergessen haben, wenn sie selbst an sich zu denken vergäßen!

Woh! auf denn, meine Schwägerin, vereinigt Euch mit mir, damit wir nicht geschickten, wie alle und alle mit uns und neues noch vermehrt bringt und kämpft. Wir wollen auch unter Euch stehen und verdienen an der großen Welt-Erleuchtung, welche der ganzen Menschheit, deren eine Hälfte wir sind, endlich werden muß.

Wir wollen unter Euch fordbren: das Recht das rein-Menschliche in uns in freier Entfaltung aller unserer Kräfte auszubilden, und das Recht der Mündigkeit und Selbstständigkeit im Staat.

Wir wollen unter Euch verdienen: wir wollen unter Euch aufstehen, das Wort der Welt-Erleuchtung zu führen, zunächst dadurch, daß wir den großen Gedanken der Menschheit und Humanität (auch im Grunde zwei gleichbedeutende Worte sind) auszubringen suchen in allen Kreisen, welche uns zugänglich sind, in den weiteren des größeren Lebens durch die Presse, in den engeren der Familie durch Beispiel, Belehrung und Erziehung. Wir wollen unter Euch aber auch kämpfen, daß wir nicht vergessen werden nur Rede für sich, sondern vielmehr Rede für alle, und daß wir vor allem Eurer zumicht und annehmen, welche in Mensch, Glück und Unselbstigkeit vergessen und vernachlässigt künden.

Woh! auf, meine Schwägerin, helf mir zu diesem Zweck! Helf mir für die hier angebotenen Themen gundst durch diese Zeitung wirken! —

Ich meine nun zwar Alles gesagt zu haben, was über die Tendenz dieser Zeitung zu sagen ist — aber leider mag ich herein nicht geben, welche mir gelüstern, zunächst von der gewöhnlichen Nebenart, es ist mit dem Hoffen nicht genug: — Ich müße auch noch diegenige hinzufügen — soll hier sagen: ich würde mich auf mich freuen, auf mein Geschickliches Wissen seit 1848 — wie etwas haben sein, wird wissen, daß ich nicht zu den sogenannten „Gemanisisten“ gehöre, zu denen, welche das Wort „Frauen-Gemanisismus“ in Mißbrauch gebracht haben, indem sie das Wort zur Charakteristik des Mannes heranzuziehen. Zu diejenigen, die noch nichts von uns wissen, möge einwirken die Überzeugung genügen, daß ich eben durch die Tendenz dieser Zeitung dem Verstumme entgegenarbeiten helfe, welcher mit gerade die weiblichen Frauen vertritt, die Euren nach zeitiger Freiheit in der Mündigkeit der Schwägerin zu helfen. — Dem wird alle weber sind, noch meine mitleidenden Schwägerin zu diesen „Gemanisisten“ werden können, wech aber werden wir hier darauf sein, wenn man und Mündigkeitstendenzen jener oben genannten und Schwägerin kommt, von welcher das leuchtende Vorbild aller Mündigen sagt: „Warum hat das bessere Theil erreicht!“ —

⁸ Als Junker werden die Großgrundbesitzer bezeichnet, die sich vor allem in den ostelbischen Gebieten der norddeutschen Tiefebene herausgebildet hatten und die sich damals im Prozess des Übergangs zu Agrarkapitalisten befanden.

Freiheiten, wie z.B. die Zulassung zum Studium, Berufsfreiheit und Wahlrecht sowie soziales Wirken.

Erste Organisierung der Frauen war bis in die neunziger Jahre aufgrund ihrer Lage, dem gesellschaftlichen Denken, den sehr neuen ersten Erfahrungen mit Anfängen von Organisationsmöglichkeiten noch sehr schwach.

Die ersten bürgerlichen Frauenführerinnen

Hedwig Dohm (1833-1919) gehörte zu den ersten bürgerlichen Frauenführerinnen und wandte sich gegen das Bild der Frau „als gute Hausfrau und Mutter“ und ihre Reduzierung auf diese Rolle. 1876 forderte sie die Bildung von Frauenstimmrechtsvereinen und 1888 gründete sie den 'Deutschen Frauenverein Reform'. Sie setzte sich für gleiche Ausbildungschancen und Berufsmöglichkeiten für Frauen ein.

Ab 1895 durften Frauen als Gasthörerinnen an der Universität Kurse belegen. Zu den ersten Frauenaktivistinnen gehörten auch Helene Lange (1848-1930) und Minna Cauer (1842-1922).

Luise Otto-Peters (1819-1895) war eine der ersten bürgerlichen Frauen, die mit voller Überzeugung den Kampf für die Gleichberechtigung ihres Geschlechts mit der revolutionären Bewegung von 1848/1849 verknüpfte. Clara Zetkin hat sie als bedeutendste Führerin der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung charakterisiert.

Luise Otto-Peters war Schriftstellerin und schrieb 1848 für die Leipziger Arbeiter-Zeitung:

„Vergessen Sie bei der Organisierung der Arbeit die Frauen nicht! Vergessen Sie auch die Fabrikarbeiterinnen, Tagelöhnerinnen, Strickerinnen, Näherinnen usw. nicht! – Fragen Sie auch nach ihrem Verdienst, nach dem Druck, unter dem sie schmachten“.

Luise Otto-Peters und Mathilde Franziska Anneke gaben die erste deutsche Frauenzeitung heraus: 'Dem Reich der Freiheit werb ich Bürgerinnen'. Das Programm der Zeitung erklärte: *„Mitten in den großen Umwälzungen, in denen wir uns befinden, werden sich die Frauen vergessen sehen, wenn sie selbst an sich zu denken vergessen.“*⁹

Die bürgerlichen Frauen organisieren sich

Mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (ADF) 1865 gab sich die bürgerliche Frauenbewegung das erste mal eine Organisation mit Programm:

- Die Arbeit wurde zur Pflicht und Ehre des weiblichen Geschlechts erklärt
- Die weibliche Arbeit sollte von den Fesseln der Vorurteile befreit werden

Auf dem Gründungskongress unter Führung von Louise Otto-Peters, Ottilie von Steyber und Auguste Schmidt wurde die individuelle Bildung als einziges Mittel zur Entwicklung der Frau und zur Gewinnung von Selbständigkeit proklamiert.

Clara Zetkin beurteilte später den Gründungskongress folgendermaßen:

„Unbestritten, dass viel und mit Pathos von Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gesprochen wurde, von seiner Pflicht, am Staatsleben mitzuwirken und anderen schönen Dingen.“

⁹ Clara Zetkin, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung, S. 18 und S. 20

Allein, die Konferenz stellte nicht die Forderung des politischen Wahlrechts und der Wählbarkeit der Frauen und dies angesichts der Tatsache, dass diese Losung wachsende proletarische Massen bewegte, seit Lassalles¹⁰ Stimme die Arbeiter als Klasse zum Kampf für das allgemeine Wahlrecht aufgerufen hatte. Die von der Konferenz verlangte Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts schrumpfte in der Hauptsache zusammen zur Forderung des Rechts der Freiheit zur Berufsarbeit der Frauen.“

Die Allgemeine Frauen-Zeitung schrieb:

„Die Macht der Verhältnisse treibe zur Reformation der Zustände, vor der politischen Frage steht die Brotfrage.“¹¹

Probleme zwischen der bürgerlichen Frauenbewegung und den Arbeiterinnen

Der ADF sollte die Frauenbewegung vor Zersplitterung bewahren und ihr eine einheitliche Richtung und Führung geben. Sein Organ, die Zeitschrift 'Neue Bahnen', wurde von L. Otto-Peters und A. Schmidt herausgegeben. Letztere war die Leiterin der Lehrerinnen-Schule, an der Clara Zetkin ausgebildet wurde. Der Verein erweiterte sich mit der Zeit zum Bund Deutscher Frauenvereine (BDF). Dieser trat in seiner Anfangszeit in der Hauptsache für eine höhere Berufsbildung und Berufstätigkeit der Frauen ein. Das Wahlrecht wurde nur im Hintergrund gefordert. Änderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse lehnte der



BDF ab. Im BDF sammelten sich neben den verschiedensten bürgerlichen, kirchlichen auch nationalistische oder republikanischen Frauenvereine, wie z.B. der Vaterländische Frauenverein mit der Losung 'Für Gott, Kaiser und Vaterland'.

1901 hatten sich 70.000 Frauen und 1914 250.000 Frauen dem BDF angeschlossen. Der ADF unterhielt mit dem Lette-Verein¹² eine freundschaftliche Verbindung, wodurch nicht nur der AFD sondern insgesamt die Organisationen innerhalb des BDF in seiner Ausrichtung beeinflusst war.

Lette vertrat:

„Was wir nicht wollen und niemals, auch nicht in noch so fernen Jahrhunderten wünschen und bezwecken, ist die politische Emanzipation und Gleichberechtigung der Frau“.¹³

¹⁰ Lasalle war 1863 Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, indem sich das Proletariat organisierte. Theoretisch vertrat er das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus. Er forderte das Wahlrecht für alle.

¹¹ Clara Zetkin, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung, S. 36

¹² 1866 in Berlin hervorgegangen aus dem Zentralverein in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klasse.

¹³ Clara Zetkin, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung, S. 40

Mit dem BDF waren zwar die Frauenvereine unter einem Dach zusammengefasst und die bürgerliche Frauenbewegung gab so nach außen ein Bild der Einheit ab. Gleichzeitig wurde damit aber auch der Weg zur Entpolitisierung und der Anpassung an den deutschen Imperialismus eingeschlagen.

Durch den BDF sollten auch die Arbeiterinnen Hilfe und Unterstützung erhalten. Um ihre Situation zu verbessern und in völliger Unkenntnis darüber, was die Arbeiterinnen wirklich für eine Unterstützung brauchten, forderte der ADF dann 1867 das Verbot der Frauenarbeit in den Fabriken, um so eine Verbesserung der jämmerlichen Lage der Arbeiterinnen zu erreichen. Dabei hätte ein Arbeitsverbot für Frauen in der Fabrik für die proletarischen Familien nur noch mehr Elend, Armut, Hunger bedeutet und die Arbeiterin wäre wieder in die alte Rolle als Mutter und Ehefrau zurückgedrängt. Zudem werden der Arbeiterin dadurch die Möglichkeit genommen sich mit allen FabrikarbeiterInnen zusammenzuschließen, für mehr Lohn und gegen Ausbeutung zu kämpfen. An Ausbildung und Berufschancen war in diesen Verhältnissen für Frauen aus dem Proletariat gar nicht zu denken.

Die bürgerlichen Frauen im ADF begriffen nicht, dass bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne als soziale Forderungen notwendig waren. Sie konnten auch aufgrund ihrer gesellschaftlichen Lage nicht begreifen, dass die Arbeiterin in der Fabrik arbeiten musste, um ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familie aufzubringen.

Damit waren die proletarischen Frauen von der bürgerlichen Frauenbewegung und deren Forderungen ausgeschlossen. Sie mussten für Arbeit, um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne kämpfen um ihre Lage zu ändern. Dies war freilich nicht mit einem Arbeitsverbot, sondern nur durch gewerkschaftliche und politische Organisierung gemeinsam mit ihren Männern und Klassenbrüdern zu erreichen.



C. Zetkin:

„1869 wurde der Deutsche Arbeiterinnenverein unter Vorsitz von L. Otto-Peters gegründet. Der Verein wollte die Lage der Arbeiterinnen durch belehrende und unterhaltende, Vorträge und durch soziale Hilfe heben. Der Verein bestand bis 1871, konnte den Zusammenschluss der Arbeiterinnen und deren Organisierung aber nicht erreichen. L. Otto-Peters und ihre Gesinnungsgenossinnen entsetzten sich über die Konkurrenz um Lohn und Brot und ihre Folgen, sie begriffen jedoch nicht, dass diese

Konkurrenz Voraussetzung und Folge der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft bildet und dass ihre letzte Wurzel das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist. – Sie waren wohl bereit zu helfen, aber sie verstanden nicht, dass es für diese nur eine wirksame Hilfe gab: ihre Organisierung gemeinsam mit den Klassengenossen zum Kampf gegen den Kapitalismus und seinen Staat, seine soziale Ordnung.¹⁴“

¹⁴ Clara Zetkin, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung, S. 41 und 42

Politische Geschichte

Von den Arbeitervereinen zur Sozialdemokratischen Partei

1863 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein (ADAV), als Zusammenschluss verschiedener Arbeitervereine, von August Bebel und Wilhelm Liebknecht (beide waren Marxisten) gegründet. Dieser verstand sich als eine allen bürgerlichen Gruppen entgegengesetzte reine Klassenbewegung. 1868 schloss sich der ADAV der I. Internationale an. Die I. Internationale gründete sich 1864 in London, Marx verfasste das Programm und Statut.

1869 tagte der bis dahin größte deutsche Arbeiterkongress, der von A. Bebel und W. Liebknecht vorbereitet wurde. Als Ergebnis gründete sich unter Einfluss von Marx und Engels die Sozialdemokratische Partei (SPD).

Gründung des Deutschen Reiches

Zwischen Frankreich und Preußen brach 1870 ein Krieg aus, der im Januar 1871 mit einem Waffenstillstand beendet wurde. Gleichzeitig wurde das Deutsche Reich gegründet. König Wilhelm I wurde Kaiser und setzte Otto von Bismarck als Reichskanzler ein. Mit „Blut und Eisen“, also mit undemokratischen und militärischen Mitteln, schuf Bismarck die Reichseinheit unter der Führung des preußischen Militärstaates, auch gegen den Widerstand des feudalen Adels. Von nun an war die Bourgeoisie ökonomisch die stärkste Klasse, die Junker wurden zu Agrarkapitalisten.

„Der Sieg des aggressiven preußischen Militarismus über Frankreich, der Raub Elsass-Lothringens mit seinen reichen Erzschatzen und nicht zuletzt die nach Deutschland einfließenden fünf Milliarden Goldfrancs „Kriegsentschädigung“ hatten die deutsche Bourgeoisie und große Teile des mittleren und selbst des kleineren Bürgertums in einen wilden Rausch versetzt. Es war die sogenannte Gründerzeit. Aktiengesellschaften schossen wie Pilze aus der Erde, Straßen und Stadtteile im protzhaften Gründerstil entstanden beinahe über Nacht, neue Fabriken wurden gebaut, die Bodenspekulation brachte Schiebern und Kriegsgewinnlern riesige Vermögen. Korruption, Betrug, Erpressung wurden gängige Geschäftspraktiken; Chauvinismus, Großmannssucht, Profitgier machten sich stärker breit.“¹⁵

Kapitalistische Krisen und Streikbewegungen

Die kapitalistischen Länder waren seit 1825 immer wieder von Krisen betroffen. Nach 1870 gab es auch in Deutschland breite Streikbewegungen, die die Einführung des Zehnstundentags forderten und gegen die Teuerung protestierten. 1873 war Deutschland von der schwersten Krise in dieser Zeit getroffen. Gegen Ende der achtziger Jahre setzten erneut große Streikbewegungen ein, im Ruhrkohlenrevier nahmen hunderttausende Arbeiter teil, was der bis dahin größte Streik in Deutschland war.

Pariser Kommune und I. Internationale

Im März 1871 begann die Revolution und die Errichtung der Pariser Kommune, die 72 Tage bestand. Die Kommune war eine Bestärkung der kommunistischen Bewegung weltweit. Das Kapital reagierte in allen Ländern mit heftigen Repressionsmaßnahmen gegen die Arbeiterbewegung.

Nach dem Fall der Pariser Kommune trat die I. Internationale unter Leitung von Karl Marx zusammen. Marx veröffentlichte sein Manifest über den Bürgerkrieg in Frankreich. Die I. Internationale arbeitete heraus, dass der wirtschaftliche und politische Kampf verbunden werden muss und schuf die Grundlagen, um in den Staaten Europas und in Amerika Arbeiterparteien aufzubauen. In einer Reihe von Ländern wurden die Sektionen der Internationale verboten. Viele Mitglieder wurden verhaftet. Die Auseinandersetzungen mit den Anarchisten (Bakunisten), die sich gegen Marx und seine Theorie stellten, führte 1876 zur Auflösung der I. Internationalen.

Lenin hat ihre geschichtliche Bedeutung so zusammengefasst:

„Die I. Internationale legte das Fundament der internationalen Organisation der Arbeiter zur Vorbereitung ihres revolutionären Vorstoßes gegen das Kapital, das Fundament des proletarischen internationalen Kampfes um den Sozialismus.“

Der Kampf der Arbeiterinnen für das Recht auf Organisation und ihre Emanzipation

Als erste gewerkschaftliche Zusammenschlüsse galten vor der Revolution 1848 Unterstützungskassen, Arbeiterbildungsvereine und Streikkoalitionen. Sie hatten durchweg nur

¹⁵ Luise Dornemann, Clara Zetkin Leben und Wirken, S. 37

Männer als Mitglieder. Erst nach der bürgerlichen Revolution bildeten sich in verschiedenen Berufen Gewerkschaften als Organisation. Diese thematisierten die Mitgliedschaft von Frauen oder arbeiteten daran, dass Frauen sich in der Gewerkschaft organisierten. In den 50er Jahren forderte L. Otto-Peters, als Sprecherin der bürgerlichen Frauenbewegung, die Gründung von Arbeiterinnen-, Näherinnen- und Dienstbotenvereinen. Sie veröffentlichte 1866 eine Schrift mit dem Titel: 'Das Recht der Frauen auf Erwerb'. Unterstützung fand sie durch August Bebel, der bereits 1865 die Einbeziehung der Arbeiterinnen in Arbeiterorganisationen gefordert hat.

Die Internationale Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerksgenossenschaft im sächsischen Crimmitschau hatte in ihrem Statut als erste Gewerkschaft die Organisierung von Arbeiterinnen und Arbeiter festgelegt. Ein Sechstel der Mitglieder waren Frauen. Das Statut bestimmte, dass für Frauen und Männer die gleichen Mitgliedsbeiträge und Unterstützungsrechte galten, sowie dass Frauen in alle Ämter gewählt werden konnten.

Doch das preußische Vereinsgesetz von 1850, wo nach dem § 8 den Frauen eine Teilnahme in Vereinen verboten wurde, erschwerte die Organisierung der Frauen. Dieses Gesetz nutzten z.B. rückschrittlich denkende Gewerkschafter, um damit zu verhindern, dass Frauen bei ihnen eintraten. So wurde 1872 bei der Schaffung einer Union der Gewerkschaften auf dem Gründungskongress beschlossen:

„Gegen alle Frauenarbeit in den Fabriken und Werkstätten zu wirken und dieselbe abzuschaffen suchen“.¹⁶

Die ersten Arbeiterinnen werden aktiv für ihre Rechte

Christiane Peuschel war eine der ersten Arbeiterfrauen, die sich für die Rechte der Arbeiterinnen einsetzte. Gemeinsam mit Auguste Thilo, Wilhelmine Weber, Emilie Voigt und Caroline Sander riefen sie 1869 nach der Gründung der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter Gewerksgenossenschaft die Arbeiterinnen auf, sich mit allen Kräften an der gewerkschaftlichen Arbeit zu beteiligen. 1870 waren von 6.000 bis 7.000 Mitgliedern mehr als 1.000 Frauen.

C. Peuschel wurde 1871 als Delegierte der Gewerksgenossen auf den Webertag gesandt. Sie rief zur internationalen Organisierung auf und forderte dabei:

- die Einbeziehung der weiblichen Arbeiterinnen als gleichberechtigt in die Genossenschaften und Gewerkschaften
- gleichen Lohn für gleiche Leistung ohne Unterschied des Geschlechts und einen
- gesetzlichen Normalarbeitstag

August Bebel und Mortteler¹⁷ (Mortteler war Initiator und Leiter der Internationalen Gewerksgenossenschaften der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter) waren zusammen die stärksten Förderer der internationalen Gewerkschaftsgenossenschaften.

¹⁶ Gisela Losseff-Tillmans, Frau und Gewerkschaft, S. 24

¹⁷ Der Tuchmacher Julius Mortteler und der Drechsler August Bebel (Führer der Sozialdemokratischen Partei) fanden sich 1863 in der Bildungsbewegung. Beide verband der Kampf im Verband Deutscher Arbeitervereine um die Frage proletarische Klassenziele der Organisationen oder aber bürgerliche Bildungsträumereien. Die Gedanken von Marx und Engels und die Geschichte der französische Revolution beeinflussten ihr Denken und Handeln. Mortteler gewann volles Verständnis für die Bedeutung der Frauen als aktive revolutionäre Kräfte und begeisterte Sympathie für ihre soziale Gleichberechtigung. Bebel brachte 1879 das Buch 'Die Frau und der Sozialismus' heraus. 1879 bis 1891 erschienen davon acht Auflagen, obwohl es bereits einen Monat nach Erscheinen verboten wurde. Gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht kämpften sie damals gegen den Liberalismus. (Zusammenfassung nach Clara Zetkin, Proletarische Frauenbewegung).

Bebel forderte:

„Es ist die Pflicht der Fachgenossen, dahin zu wirken, dass die Frauen in den Fabriken und Werkstätten mit in die Gewerks- und Fachorganisationen als gleichberechtigt eintreten, und es dahin bringen, dass die Löhne für Frauen und Männer gleichgestellt werden.“¹⁸

WAHLNUMMER DER ARBEITERINNEN- ZEITUNG

NR 8

16 JAHRE



WIEN DEN 15. APRIL 1907.

Der Staat nutze die Möglichkeit des Vereinsverbots um Gewerkschaften, die Frauen als Mitglieder hatten, zu verbieten. Dies wiederum nutzten einige Gewerkschaftsgruppen mit rückschrittlichen Ansichten zur Frauenarbeit, um das Verbot der Aufnahme von Frauen aufrecht zu erhalten.

Der Beginn eines Veränderungsprozesses in dem Denken darüber, dass Frauen wichtige Mitkämpferinnen im Klassenkampf waren setzte in der Zeit der Sozialistengesetze ein. Arbeiterinnen fanden trotz schärfster Repression Wege, um die gewerkschaftliche oder sozialistische Arbeit auch während der Illegalität aufrecht zu erhalten. Nach der Aufhebung der Sozialistengesetze waren die Männer eher bereit Frauen in die Gewerkschaften aufzunehmen. Aufgrund einer Streikbewegung wurde von den Gewerkschaften 1890 eine Versammlung einberufen. Auf dieser waren 70

Gewerkschaften durch 142 männliche und nur vier weibliche Delegierte vertreten.

Es sollte noch ein langer Kampf werden, um das Denken über Frau und Arbeit, Frau und Politik, Frau und Kämpferin, Frau und Gleichberechtigung in den Köpfen der Menschen zu ändern und insbesondere auch danach zu handeln.

Gleichzeitig mit dem langsamen Wandel im Denken und den Kampf der Frauen für ihr Recht auf Berufstätigkeit stieg die Zahl der erwerbstätigen Frauen von 6,5 Millionen (1895) auf 9,5 Millionen (1907) an.

Politische Geschichte

Gewerkschaften

Die Gewerkschaften in Deutschland kämpften für Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sie kämpften nicht gegen das kapitalistische System. Trotz des Einflusses der Marxisten setzten die Gewerkschaften auf Lassalles Theorie des 'Eheren Lohngesetz'. Nach diesem Gesetz sollte der Lohn immer um die Durchschnittslinie des zur Erhaltung und Fortpflanzung der Arbeitskraft notwendigen Existenzminimums pendeln. Diese Theorie stand natürlich völlig im Gegensatz zu Marx und Engels, die sich bedingungslos auf die Seite der ArbeiterInnen gestellt hatten und für

¹⁸ Clara Zetkin, Geschichte der proletarischen Frauenbewegung, S. 97

die Befreiung der ArbeiterInnen durch die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung mittels der Sozialistischen Revolution kämpften.

Arbeiterparteien

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (Lasaller) und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Eisenacher) vereinigten sich 1875 auf dem Gothaer Parteitag zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Damit sollte die Spaltung in der Arbeiterbewegung beendet werden. Dementsprechend wurden für die politische Zukunft Kompromisse geschlossen. Marx und Engels haben das opportunistische und reformistische Programm der SPD heftig kritisiert.

Unter dem Einfluss der Sozialdemokratie wurde 1878 der erste Erlass der Arbeitsschutzbestimmungen vorgelegt. Dieser sah vor: das Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen in Bergwerken, Salinen usw., das Verbot der Beschäftigung von Wöchnerinnen während drei Wochen nach der Niederkunft, in bestimmten Fällen das Verbot der Nachtarbeit.

Sozialistengesetze 1878 bis 1890

Mit dem Vordringen des Großkapitals wuchs auch die sozialistische ArbeiterInnenbewegung. Als Gegenmaßnahme setzte Bismarck 1878 das 'Ausnahmegesetz' bekannt als 'Sozialistengesetze' durch. Dies beinhaltete ein Verbot sozialistischer Organisationen und Gewerkschaften, sowie aller Organisationen, die unter deren Einfluss stehen, und die Schließung der sozialistischen und Arbeiterpresse. Das Rede- und Versammlungsrecht wurde aufgehoben.

Mit Hilfe einer gekauften Presse ließ Bismarck gegen die SPD eine Pogromhetze entfachen, die in breiten Kreisen der Bevölkerung eine panische Furcht vor den „Roten“ erzeugte. SozialistInnen wurden beschimpft und verfolgt, Tausende verloren ihre Wohnungen oder ihre Arbeitsplätze, Versammlungen wurden verboten. Die SozialistInnen arbeiteten in der Illegalität weiter. Die damaligen Führer der Partei, August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Wilhelm Bracke konnten trotzdem tausende ArbeiterInnen um sich versammeln und illegale Parteiorganisationen aufbauen. Die Strukturen waren so stark, dass 1890 die Sozialisten mit fast 1,5 Millionen Stimmen zur stärksten Partei bei den Reichstagswahlen gewählt wurde. Bismarck legte alle Ämter nieder, die Sozialistengesetze wurde außer Kraft gesetzt.



3. Beginn der proletarischen Frauenbewegung

Die Arbeiterinnen emanzipieren sich in der Arbeiterinnenbewegung – eine gefährliche Erscheinung

In der Zeit der 'Sozialistengesetze' (1878-1890) entstanden immer wieder neue

Arbeiterinnenvereine, die durch das Verbot der politischen Organisierung von Frauen (das Verbot galt bis 1908) oft wieder aufgelöst werden mussten. Politisch orientierten sich die Arbeiterinnen an der SPD und den Gewerkschaften. Die Verbote waren zwar eine Behinderung der proletarischen Frauenbewegung, hatten aber zur Folge, dass sich mehr Arbeiterinnen als zuvor in der allgemeinen ArbeiterInnenbewegung und in den Gewerkschaften organisierten. Mitte der achtziger Jahre wertete ein Polizeipräsident die proletarische Frauenbewegung als neue gefährliche Erscheinung der sozialdemokratischen Bewegung.

Durch die Kampferfahrungen in den politischen Auseinandersetzungen mit dem Staat und in der Konfrontation mit den noch oft rückständigen Einstellungen der Männer gegenüber den Frauen politisierten sich die Arbeiterinnen. Ihre Erfolge im Widerstand gegen Verbote ihrer Arbeiterinnenvereine brachte ihnen ihre Kraft und Möglichkeiten zum Bewusstsein. Die Arbeiterinnen lernten den Kampf um Lohn und Brot mit dem Kampf um ihre Emanzipation zu verbinden. Nachdem sie am Ende der 'Sozialistengesetze' neunzehn gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisationen gegründet haben setzten sie dann 1908 im Reichsvereinsgesetz durch, dass Frauen in politischen Parteien Mitglied sein können.

Die Erfolge ihrer Selbstorganisation, die Kämpfe darum und die heftige Gegenreaktion des Staates rückte die Klassenfrage immer deutlicher in den Vordergrund. Der Marxismus wirkte in die Klasse und förderte das Bewusstsein um die Begrenzung von Reformen und welche Ziele der Kapitalismus verfolgt. Die Arbeiterin lernte: Befreiung gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Ausschluss der Frauen aus der Arbeit und Emanzipation der Frauen heißt Klassenkampf, heißt Frauenkampf. Damit trat die Erkenntnis der Notwendigkeit einer anderen Gesellschaft, einer sozialistischen Gesellschaft auf die Tagesordnung.

Die bürgerliche Frauenbewegung, kämpfte im Gegensatz dazu um ganz andere Forderungen. Sie stellte als grundsätzliche Forderung die „volle rechtliche und soziale Gleichstellung der Frau mit dem Mann“, auf.

Clara Zetkin, die als führende Frauenkämpferin Teil der Arbeiterinnenbewegung war, schrieb dazu folgendes:

„Das ist falsch. Die Zugehörigkeit der Klasse der Ausgebeuteten oder Klasse der Besitzenden und Herrschenden ist ausschlaggebend für die Lage der Frau und ihrer Lebensgestaltung und nicht die Gemeinschaft ihres Geschlechts. Die formale Gleichstellung der Frauen und Männer in Gesetzestexten sichert in der Folge den Frauen der ausgebeuteten und unterdrückten Klasse ebenso wenig tatsächliche volle soziale und menschliche Freiheit und Gleichberechtigung, wie die solche den Männern ihrer Klasse trotz ihrer Geschlechtsgemeinschaft mit den Männern der Bourgeoisie hergibt.“¹⁹

Sozialistinnen kämpfen für die Befreiung der Frau

Sozialistische Frauen entwickelten eine vielseitige Propagandaarbeit, in der die Probleme der proletarischen Frauen und die politische Lage eng miteinander verbunden wurden, sie waren Teil der Massen, die doppelt ausgebeutet und unterdrückt wurden. Sie kämpften für bessere Lebens- und Arbeitsverhältnisse und gegen ihre besondere Unterdrückung als Frau und sie kämpften für einen sozialistischen Staat. Daraus entwickelte sich über das gesamte Land eine starke und emanzipierte sozialistische Frauenbewegung.

¹⁹ Clara Zetkin, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, S. 147

Der Staat reagierte mit einer Verfolgungswelle, die in Bayern begann und sich auf Preußen ausdehnte. Frauen wurden verfolgt, Versammlungen aufgelöst, es kam zu Vereinsschließungen, gewalttätigen Angriffen, Verhaftungen und vielen Prozessen.

Die bürgerliche Frauenbewegung blieb dabei unpolitisch zu agieren. Sie versammelte alle Frauen unter einem Dach und sah sich weiterhin dazu berufen, die Möglichkeiten für Frauen z.B. auf Berufstätigkeit zu verbessern. Es bildeten sich immer stärker zwei Pole in der Gesamtbewegung heraus. Die Sozialistinnen kämpften gegen die Unterdrückung der Frau durch das Patriarchat und das Kapital und gegen die Ausbeutung durch das Kapital. Sie kämpften für die sozialistische Revolution als Weg zur Befreiung der Frau von jeder Unterdrückung und Ausbeutung.

Die bürgerliche Frauenbewegung kämpfte weiter für eine bessere Lebenslage der Frauen, für mehr Rechte, für Freiheit und Gleichheit innerhalb der bürgerlichen, kapitalistischen Gesellschaft. Mit dieser Zielsetzung wurden sie weitgehendst von Repression verschont.



Clara Zetkin während einer Rede

Clara Zetkin - weltweit anerkannte Führerin im Kampf um die Rechte der Arbeiterinnen

Clara Zetkin, geb. 1857 und in einer Lehrerfamilie groß geworden, erlernte das Studium der Lehrerin. Während des Studiums kam sie in Kontakt mit revolutionären Immigranten aus Russland. Hier lernte sie den Marxismus kennen und entwickelte sich zur Sozialistin. Der Klassenkampf wurde zum Inhalt ihres Lebens. Sie entwickelte sich als herausragende Agitatorin für die Politisierung und Organisierung der Frauen. C. Zetkin stellte sich bedingungslos auf die Seite der ArbeiterInnen. Deren Forderungen gehörten für sie zusammen mit dem Kampf für den Sozialismus. In diesem Kampf gelang es ihr, die täglichen Sorgen und Probleme der Frauen nicht aus dem Auge zu verlieren und diese mit politischen Forderungen zu verbinden. Dazu gehörte auch der Kampf gegen die autoritäre Drill- und Prügelpädagogik aus der Kaiserzeit, genauso wie gegen den Untertanen- und Frömmigkeitsgeist, der oftmals mit der Glorifizierung des Militarismus verbunden

war.

C. Zetkin lehnte Reformen oder Tagesforderungen keineswegs ab; im Gegenteil diese waren für sie Bestandteil des Klassenkampfes. Dabei verlor sie aber nicht ihr Ziel, die revolutionäre Veränderung des kapitalistischen Staats, aus den Augen und damit der Weg zur wirklichen Befreiung der Frau aus Ausbeutung und Unterdrückung. Sie erklärte die Frauenfrage zur sozialen Frage und dass diese Teil der revolutionären Arbeit von Mann und Frau ist. Die Frauenfrage als Klassenfrage kann letztlich nur im Sozialismus gelöst werden²⁰. Diese Konsequenz führte zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Führerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung und im Ergebnis zur Spaltung zwischen der bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegung.

Im Laufe der Jahre ihres Kampfes für die Frauenrechte, wurde C. Zetkin weltweit als Führerin im Kampf für die Rechte der Arbeiterinnen bekannt und geschätzt. Sie gehörte zu dem Kreis, der sich um Bebel, Liebknecht und Bracke versammelte. Ihr politisches Wirken wurde in Reden und Schriften festgehalten. Diese sind heute wichtige Dokumente der Geschichte der deutschen ArbeiterInnenklasse und insbesondere der Geschichte der Arbeiterin. Durch die Kämpfe der Arbeiterinnen konnte das traditionelle, bürgerliche Frauenbild aufgebrochen werden. Sie haben damit bewiesen, dass Frauen die kämpfen sehr viel erreichen können.

C. Zetkin trat der Partei der Sozialdemokraten bei, denn deren Führer waren die einzigen, die für die Gleichberechtigung der Frau eintraten. Allerdings standen noch viele Mitglieder in der SPD der politischen Betätigung und Emanzipation der Frau recht rückschrittlich gegenüber.

August Bebel stellte 1883 fest:

„Es gibt Sozialisten, die der Frauenemanzipation nicht weniger abgeneigt gegenüberstehen wie der Kapitalist dem Sozialismus. Die abhängige Stellung des Arbeiters vom Kapitalisten begreift jeder Sozialist, und er wundert sich, daß andere, namentlich die Kapitalisten selbst, sie nicht begreifen wollen; aber die Abhängigkeit der Frau vom Manne begreift er manchmal nicht, weil sein eigenes liebes Ich ein wenig in Frage kommt.“²¹

Clara Zetkins erste große Rede – Für die Befreiung der Frau

Trotz der 'Sozialistengesetze', den Versammlungsverboten und vielen Schikanen von Seiten der Polizei konnte 1889 der Gründungskongress der II. Internationale stattfinden. Am sechsten Tag des Kongresses hielt Clara Zetkin ihre erste große Rede und wandte sich damit auch an männliche Genossen, die noch immer ein falsches Denken gegenüber der Frau vertraten.

²⁰ Der Begriff Sozialismus wurde damals oft gleichbedeutend wie Kommunismus als Zielvorstellung benutzt. Ob die Lösung der Frauenfrage bereits im Sozialismus erfolgen kann, bzw. unter welchen Umständen dies eventuell möglich wäre, oder erst mit dem Übergang zur klassenlosen Gesellschaft des Kommunismus geschehen wird, ist eine für uns offene theoretische Frage, die vermutlich erst durch die zukünftige Praxis geklärt werden wird. Klar ist jedenfalls, wie z.B. die Erfahrungen der Oktoberrevolution zeigen, dass nach der Machtergreifung der ArbeiterInnenklasse der Kampf um die Frauenbefreiung zwar neue Möglichkeiten erhält, sich aber niemals spontan und im Selbstlauf erledigen wird.

²¹ Gisela Losseff-Tillmann, Frau und Gewerkschaft, S. 107

Nr. 18

[A. g. XIII]

27. Jahrgang

Die Gleichheit

Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen

Mit der Beilage: Für unsere Kinder

<p>Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis des Abonnements im Voraus, durch die Post einschickend: eine Vierteljahrs 10 Pfennige, eines Jahres 35 Pfennige. Einzel-Exemplare 10 Pfennige.</p>	<p>Stuttgart 8. Juni 1917</p>	<p>Verlegerin: Frau Dr. Helene an der Oberstraße des Königplatzes, Postfach 2124, Oberstraße 1. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Postfachstraße 11.</p>
--	--	--

In eigener Sache.

Die vorliegende Nummer der „Gleichheit“ ist nicht mehr von dem bisherigen langjährigen Leiterin, der Genossin Klara Zeffin, redigiert worden, sondern der Parteivorstand als die verantwortliche Körperlichkeit der deutschen Sozialdemokratie hat die Redaktion der sozialdemokratischen Gesamtheit in andere Hände gelegt.

Es ist unerschrocken und bitter Note nehmen für alle Beteiligten ist, so notwendig und notwendig war es. Der Krieg ist auch in diesem Jahre die Ursache für eine Veränderung, die vor dem Krieg niemand in der deutschen Sozialdemokratie für möglich gehalten hätte.

Klara Zeffin hat von dem bedeutungsvollen Tage des 4. August 1914 an die Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die später von dem Parteivorstand und dem Parteiausschuss einerseits, von der Gesamtkommission der Gewerkschaften andererseits gebilligt und unterstützt wurden ist, auf das höchste möglich, verurteilt und belächelt. Dieser Unfug allein hätte aber zu der einschneidenden Resolution ihrer Entlassung als Redakteurin der „Gleichheit“ nicht geführt, wie schon allein die Tatsache beweist, daß der Parteivorstand während nicht in die Redaktionstätigkeit eingegriffen hat. Er hat die Verantwortung innerhalb der sozialdemokratischen Partei sowohl im allgemeinen als im besonderen auch gegenüber der „Gleichheit“ gemacht. Er hat sie sich auch gegen sie selber rüchelt. Und als die Arbeiterin der Partei die ersten Tagend einer demokratischen, als von Arbeiterinnen selbständig abgeleiteten Partei: die Verantwortung unter ihre Schirmherrschaft, alle die Verantwortung der Tätigkeit auf das höchste verlegt, als daß gerade die Arbeiterin der Reichstagsfraktion zu einer selbständigen Partei werden, hätte aber auch die Arbeiterin in allen Organisationen sich zu selbständigen Kampforganisationen gegen die alte sozialdemokratische Partei entschlossen und sich schließlich zu einer eigenen proletarischen Parteipolitik zusammengeschlossen, ist sich der Parteivorstand zu verantworten. Klara Zeffin ist sich der neuen „unabhängigen“ Sozialdemokratie an und hat sich in ein wichtiges Amt dieser neuen Partei wählen; zugleich leitete sie hat sie von der alten Partei anerkannte Zentralorgan für die sozialdemokratischen Frauen im Sinne der neuen gegenständlichen Kampforganisation. Wenn Klara Zeffin sich selber nicht dazu entschließen konnte, diesen Widerstand durch die Zurückgabe der ihr anvertrauten Arbeit zu lösen, mehr der Parteivorstand leistete die Entscheidung über die Verantwortlichkeit gegenüber dem Parteivorstand zu geben.

Damit endet die auf weiteres eine mehr als hundertjährige Tätigkeit einer hochbegabten und außerordentlichsten Frau und Mitarbeiterin für die sozialdemokratische Partei. Es ist jetzt nicht die Stunde, die Verhältnisse Klara Zeffin um die persönliche Verantwortung zu machen. Die hat groß, außerordentlich groß und werden sie anerkannt werden. Wenn Verantwortlichkeit der Kampfführung

und Eingabe an die Übertragung, gepaart mit hoher Intelligenz und stummer Arbeitssucht, die einzigen Tugenden einer sozialdemokratischen Arbeiterin waren, so können nicht viele in unserer Arbeiterpartei den Vergleich mit ihr ausstellen. Diese hohen Eigenschaften hat sie nicht für die Frauenbewegung eingesetzt und nicht behauptet, daß die Arbeiterbewegung zu mehrerer Größe entwickeln helfen. In dieser Beziehung wird Klara Zeffin auch weiterhin ein Vorbild für sozialdemokratische Frauen bleiben.

Nach der „Gleichheit“ wird auf dem neuen Wege, den sie bisher in Klara Zeffin gelebt hat, die notwendigen und notwendigen Kampfgänge und Arbeiten ihrer bisherigen Verantwortung fern und frohlich weiterzuführen. Sie glaubt aber, daß sie diese erste Pflicht durch ein traurig Geschick an der alten sozialdemokratischen Partei, durch eine christliche und gewillensvolle Unterstützung ihrer Politik und durch eine Einwirkung auf die sozialdemokratischen Frauen im Sinne der menschlichen Unterweisung unter die Fährnisse der Weltarbeit besser erfüllt, als es die „Gleichheit“ während des Krieges, besonders während des letzten Jahres, durch ihre unangenehme Haltung getan hat. Das Programm der sozialdemokratischen Partei bleibt nach wie vor die Kampfparole der „Gleichheit“.

In einzelnen und in der Bewegung parteipolitischen Entscheidungen wird die „Gleichheit“ häufig andere Wege gehen, als sie es in den letzten Jahren gegangen ist. Die große Entscheidung, von der die deutsche Arbeiterbewegung durch den Krieg geteilt wurde ist: ob im Falle eines Niederlandes über die internationalen Pflichten gegen die Arbeiter aller Länder oder die nationalen Pflichten gegen das eigene Land und das eigene Volk vorzugehen haben, zu entscheiden sich mit der sozialdemokratischen Partei gegenüber der letzten Möglichkeit. Damit gehen wir unsere internationalen Verpflichtungen und Pflichten nicht auf. Wir haben sie bis an die Schwelle des Krieges auf das gewissenhafteste erfüllt; wir haben sie am 4. August nicht vergessen und haben damals den Sozialisten der feindlichen Länder die Verantwortung entgegengehalten; wir haben sie während der langen Dauer des Krieges keinen Tag vernachlässigt, unangeführt waren wir befreit, gemeinsam mit den Arbeiterinnen der übrigen kriegführenden Länder die größte Vorbereitungsarbeit des Friedens zu betreiben; wir gehen mit den letzten und letzten Pflichten nach Deutschland; und wir werden auch danach im Frieden befreit sein, die politischen internationalen Pflichten wieder aufzufassen und selber miteinander zu betreiben als früher.

Über hat alles für uns nur auf der Grundlage einer freien, unbeschränkten und unerschrockenen Teilnahme möglich. Wir hoffen und hoffen Deutschland ist die erste Voraussetzung für eine freie und freie deutsche Arbeiterbewegung sowie für die Fortentwicklung der deutschen Kultur, selbst notwendig und

Sie erklärte: „*sie wolle keinen Bericht erstatten über die Lage der Arbeiterinnen, da diese die gleiche ist wie die der männlichen Arbeiter. Aber im Einverständnis mit ihren Auftraggeberinnen werde sie die Frage der Frauenarbeit vom prinzipiellen Standpunkt beleuchten. Da über diese Frage keine Klarheit herrsche, sei es durchaus notwendig, dass ein internationaler Arbeiterkongress sich klipp und klar über diesen Gegenstand ausspreche, indem er die Prinzipienfrage behandelt.*“

Für die Befreiung der Frau!

„*Es ist ...nicht zu verwundern, dass die reaktionären Elemente eine reaktionäre Auffassung haben über die Frauenarbeit. Im höchsten Grade überraschend aber ist es, dass man auch im sozialistischen Lager einer irrtümlichen Auffassung begegnet, indem man die Abschaffung der Frauenarbeit verlangt. Die Frage der Frauenemanzipation, dass heißt in letzter Instanz der Frauenarbeit, ist eine wirtschaftliche, und mit Recht erwartet man bei den Sozialisten ein höheres Verständnis für wirtschaftliche Fragen als das, welches sich der eben angeführten Forderung kundgibt. Die Sozialisten müssen wissen, dass bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung die Frauenarbeit eine Notwendigkeit ist; dass die natürliche Tendenz der Frauenarbeit entweder darauf hinausgeht, dass die Arbeitszeit, welche jedes Individuum der Gesellschaft widmen muss, vermindert wird oder dass die Reichtümer der Gesellschaft wachsen; dass es nicht die Frauenarbeit an sich ist, welche durch Konkurrenz mit den männlichen Arbeitskräften die Löhne herabdrückt, sondern die Ausbeutung der Frauenarbeit durch den Kapitalisten, der sich dieselbe aneignet. Die Sozialisten müssen vor allem wissen, dass auf der ökonomischen Abhängigkeit oder Unabhängigkeit die soziale Sklaverei oder Freiheit beruht.*

Diejenigen, welche auf ihr Banner die Befreiung alles dessen, was Menschenantlitz trägt, geschrieben haben, dürfen nicht eine ganze Hälfte des Menschengeschlechts durch wirtschaftliche Abhängigkeit zu politischer und sozialer Sklaverei verurteilen. Wie der Arbeiter vom Kapitalisten unterjocht wird, so die Frau vom Manne; und sie wird unterjocht bleiben, solange sie nicht wirtschaftlich unabhängig dasteht. Die unerlässliche Bedingung für diese ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit ist die Arbeit. Will man die Frauen zu freien menschlichen Wesen, zu gleichberechtigten Mitgliedern der Gesellschaft machen wie die Männer, nun, so braucht man die Frauenarbeit weder abschaffen noch zu beschränken, außer in gewissen, ganz vereinzelt Ausnahmefällen.

Die Arbeiterinnen, welche nach sozialer Gleichheit streben, erwarten für ihre Emanzipation nichts von der Frauenbewegung der Bourgeoisie, welche angeblich für die Frauenrechte kämpft. Dieses Gebäude ist auf Sand gebaut und hat keine reelle Grundlage. Die Arbeiterinnen sind durchaus davon überzeugt, dass die Frage der Frauenemanzipation keine isoliert für sich bestehende ist, sondern ein Teil der großen sozialen Frage. Sie geben sich vollkommen klare Rechenschaft darüber, dass diese Frage in der heutigen Gesellschaft nun und nimmer mehr gelöst werden wird, sondern erst nach einer gründlichen Umgestaltung der Gesellschaft. Die Frauenemanzipationsfrage ist ein Kind der Neuzeit, und die Maschine hat dieselbe geboren.

Emanzipation der Frau heißt die vollständige Veränderung ihrer sozialen Stellung von Grund aus, eine Revolution ihrer Rolle im Wirtschaftsleben. Die alte Form der Produktion mit ihren unvollkommenen Arbeitsmittel fesselte die Frau an die Familie und beschränkte ihren Wirkungskreis auf das Innere ihres Hauses. Im Schoß der Familie stellte die Frau eine außerordentlich produktive Arbeitskraft dar. Sie erzeugte fast alle Gebrauchsgegenstände der Familie. Beim Stande der Produktion und des Handels von ehemals wäre es sehr, schwer, wenn nicht unmöglich gewesen, diese Artikel außerhalb der Familie zu produzieren. Solange diese älteren Produktionsverhältnisse in Kraft waren, solange war die Frau wirtschaftlich produktiv...

Die maschinelle Produktion hat die wirtschaftliche Tätigkeit in der Familie getötet. Die Großindustrie erzeugt alle Artikel billiger, schneller und massenhafter, als dies bei der Einzelindustrie möglich war, die nur mit den unvollkommenen Werkzeugen einer Zwergproduktion arbeitete. Die Frau musste oft Rohstoff, den sie im kleinen einkaufte, teurer bezahlen als das fertige Produkt der maschinellen Großindustrie. Sie musste außer dem Kaufpreis (des Rohstoffes) noch ihre Zeit und Arbeit dreingeben. Infolgedessen wurde die produktive Tätigkeit innerhalb der Familie ein ökonomischer Unsinn, eine Vergeudung an Kraft und Zeit. Obgleich ja einzelne Individuen die im Schoße der Familie produzierende Frau von Nutzen sein mag, bedeutet diese Art der Tätigkeit nichtsdestoweniger für die Gesellschaft einen Verlust.

Das ist der Grund, warum die gute Wirtschaftlerin aus der guten alten Zeit fast gänzlich verschwunden ist. Die Großindustrie hat die Warenerzeugung im Hause und für die Familie unnütz gemacht, sie hat der häuslichen Tätigkeit der Frau den Boden entzogen. Zugleich hat sie eben auch den Boden für ihre Tätigkeit der Frau in der Gesellschaft geschaffen. Die mechanische Produktion, welche der Muskelkraft und qualifizierten Arbeit entraten kann, machte es möglich, auf einem großen Arbeitsgebiete Frauen einzustellen. Die Frau trat in die Industrie ein mit dem Wunsche, die Einkünfte in der Familie zu vermehren. Die Frauenarbeit in der Industrie wurde mit der Entwicklung der modernen Industrie eine Notwendigkeit. Und mit jeder Verbesserung der Neuzeit ward Männerarbeit auf diese Weise überflüssig, Tausende von Arbeitern wurden aufs Pflaster geworfen, eine Reservarmee der Armen wurde geschaffen, und die Löhne sanken fortwährend immer tiefer.

Ehemals hatte der Verdienst des Mannes unter gleichzeitiger produktiver Tätigkeit der Frau im Hause ausgereicht, um die Existenz der Familie zu sichern; jetzt reicht er kaum hin, um den verheirateten Arbeiter durchzubringen. Der verheiratete Arbeiter muss notwendigerweise mit auf die bezahlte Arbeit der Frau rechnen.

Durch diese Tatsache wurde die Frau von der ökonomischen

Abhängigkeit vom Manne befreit. Die in der Industrie tätige Frau, die unmöglicherweise ausschließlich in der Familie sein kann als ein bloßes wirtschaftliches Anhängsel des Mannes – sie lernte als ökonomische Kraft, die vom Manne unabhängig, ist sich selbst genügen. Wenn aber die Frau wirtschaftlich nicht mehr vom Manne abhängt, so gibt es keinen vernünftigen Grund für ihre soziale Abhängigkeit von ihm. Gleichwohl kommt diese wirtschaftli-



Clara Zetkin (l.) mit Rosa Luxemburg

che Unabhängigkeit allerdings im Augenblick nicht der Frau

selbst zugute, sondern dem Kapitalisten. Kraft seines Monopols der Produktionsmittel bemächtigte sich der Kapitalist des neuen ökonomischen Faktors und ließ ihn zu seinem ausschließlichen Vorteil in Tätigkeit treten. Die von ihrer ökonomischen Abhängigkeit dem Manne gegenüber befreite Frau ward der ökonomischen Herrschaft des Kapitalisten unterworfen; aus einer Sklavin des Mannes ward sie die des Arbeitgebers: Sie hatte nur den Herrn gewechselt. Immerhin gewann sie bei diesem Wechsel; sie ist nicht länger mehr dem Manne gegenüber wirtschaftlich minderwertig und ihm untergeordnet, sondern seinesgleichen. Der Kapitalist aber begnügt sich nicht damit, die Frau selbst auszubeuten, er macht sich dieselbe außerdem noch dadurch nutzbar, dass er die männlichen Arbeiter mit ihrer Hilfe noch gründlicher ausbeutet.

Die Frauenarbeit war von vornherein billiger als die männliche Arbeit. Der Lohn des Mannes war ursprünglich darauf berechnet, den Unterhalt einer ganzen Familie zu decken; der Lohn der Frau stellte von Anfang an nur die Kosten für den Unterhalt einer einzigen Person dar, und selbst diese nur zum Teil, weil man darauf rechnete, dass die Frau auch zu Hause weiterarbeitet außer ihrer Arbeit in der Fabrik. Ferner entsprachen die von der Frau im Hause mit primitiven Arbeitsinstrumenten hergestellten Produkte,

verglichen mit den Produkten der Großindustrie, nur einem kleinen Quantum mittlerer gesellschaftlicher Arbeit. Man ward also darauf geführt, eine geringere Arbeitsfähigkeit bei der Frau zu folgern, und diese Erwägung ließ der Frau eine geringere Bezahlung zuteil werden für ihre Arbeitskraft. Zu diesen Gründen für billige Bezahlung kam noch der Umstand, dass im ganzen die Frau weniger Bedürfnisse hat als der Mann.

Was aber dem Kapitalisten die weibliche Arbeitskraft ganz besonders wertvoll machte, das war nicht nur der geringe Preis, sondern auch die größere Unterwürfigkeit der Frau. Der Kapitalist spekulierte auf diese beiden Momente: die Arbeiterin so schlecht wie möglich zu entlohnen und den Lohn der Männer durch Konkurrenz so stark wie möglich herabzudrücken. In gleicher Weise machte er sich die Kinderarbeit zunutze, um die Löhne der Frauen herabzudrücken; und die Arbeit der Maschinen, um die menschliche Arbeitskraft überhaupt herabzudrücken. Das kapitalistische System allein ist die Ursache, dass die Frauenarbeit die ihrer natürlichen Tendenz gerade entgegengesetzten Resultate hat; dass sie zu einer längeren Dauer des Arbeitstages führt, anstatt eine wesentliche Verkürzung zu bewirken; dass sie nicht gleichbedeutend ist mit einer Vermehrung der Reichtümer der Gesellschaft, das heißt mit einem größeren Wohlstand jedes einzelnen Mitgliedes der Gesellschaft, sondern nur mit einer Erhöhung des Profits einer Handvoll Kapitalisten und zugleich mit einer immer größeren Massenverarmung. Die unheilvollen Folgen der Frauenarbeit, die sich heute so schmerzlich bemerkbar machen, werden erst mit dem kapitalistischen Produktionssystem verschwinden.

Der Kapitalist muß, um der Konkurrenz nicht zu unterliegen, sich bemühen, die Differenz zwischen Einkauf (Herstellungs)-preis und Verkaufspreis seiner Waren so groß wie möglich machen; er sucht also so billig wie möglich zu produzieren und so teuer wie möglich zu verkaufen. Der Kapitalist hat folglich alles Interesse daran, den Arbeitstag ins Endlose zu verlängern und die Arbeiter mit so lächerlich geringfügigem Lohn abzuspeisen wie nur irgend möglich. Dieses Bestreben steht in geradem Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterinnen, ebenso wie zu denen der männlichen Arbeiter. Es gibt also einen wirklichen Gegensatz zwischen den Interessen der Arbeiter und der Arbeiterinnen nicht; sehr wohl aber existiert ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen den Interessen des Kapitals und denen der Arbeit.

Wirtschaftliche Gründe sprechen dagegen, das Verbot der Frauenarbeit zu fordern. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage ist so, dass weder der Kapitalist noch der Mann auf die Frauenarbeit verzichten können. Der Kapitalist muss sie aufrechterhalten, um konkurrenzfähig zu bleiben, und der Mann muss auf sie rechnen, wenn er eine Familie gründen will. Wollten wir selbst den Fall setzen, dass die Frauenarbeit auf gesetzlichem Wege beseitigt werde, so würden dadurch die Löhne der Männer nicht verbessert werden. Der Kapitalist würde den Ausfall an billigen weiblichen Arbeitskräften sehr bald durch Verwendung vervollkommneter Maschinen in umfangreicherem Maße decken – und in kurzer Zeit würde alles sein wie vorher.

Nach großen Arbeitseinstellungen, deren Ausgang für die Arbeiter günstig war, hat man gesehen, dass die Kapitalisten mit Hilfe vervollkommneter Maschinen die errungenen Erfolge der Arbeiter zunichte gemacht haben.

Wenn man Verbot oder Beschränkung der Frauenarbeit auf Grund der aus ihr erwachsenden Konkurrenz, fordert, dann ebenso logisch begründet, Abschaffung der Maschinen und Wiederherstellung des mittelalterlichen Zunftrechts zu fordern, welches die Zahl der in jedem Gewerbebetriebe zu beschäftigenden Arbeiter festsetzte. Allein, abgesehen von den ökonomischen Gründen sind es vor allem prinzipielle Gründe, welche gegen ein Verbot der Frauenarbeit sprechen. Eben auf Grund der prinzipiellen Seite der Frage müssen die Frauen darauf bedacht sein, mit aller Kraft zu protestieren gegen jeden derartigen Versuch; sie müssen ihm den lebhaftesten und zugleich berechtigten Widerstand entgegensetzen, weil sie wissen, dass ihre soziale und politische Gleichstellung mit den Männern einzig und allein von ihrer ökonomischen Selbständigkeit abhängt, welche ihnen ihre Arbeit außerhalb der Familie in der Gesellschaft ermöglicht.

Vom Standpunkt des Prinzips aus protestieren wir Frauen nachdrücklichst gegen eine Beschränkung der Frauenarbeit. Da wir unsere Sache durchaus nicht von der Arbeitersache im allgemeinen trennen wollen, werden wir also keine besonderen Forderungen formulieren; wir verlangen keinen anderen Schutz als den, welchen die Arbeit im allgemeinen gegen das Kapital fordert.

Nur eine einzige Ausnahme lassen wir zugunsten schwangerer Frauen zu, deren Zustand besondere Schutzmaßregeln im Interesse der Frau selbst und der Nachkommenschaft erheischt. Wir erkennen gar keine besondere Frauenfrage an – wir erkennen keine besondere Arbeiterinnenfrage an! Wir erwarten unsere volle

Emanzipation weder von der Zulassung der Frau zu dem, was man freie Gewerbe nennt, und von einem dem männlichen gleichen Unterricht – obgleich die Forderung dieser beiden Rechte nur natürlich und gerecht ist – noch von der Gewährung politischer Rechte. Die Länder, in denen das angeblich allgemeine, freie und direkte Wahlrecht existiert, zeigen uns, wie gering der wirkliche Wert desselben ist. Das Stimmrecht ohne ökonomische Freiheit ist nicht mehr und nicht weniger als ein Wechsel, der keinen Kurs hat. Wenn die soziale Emanzipation von den politischen Rechten abhinge, würde in den Ländern mit allgemeinem Stimmrecht keine soziale Frage existieren. Die Emanzipation der Frau wie die des ganzen Menschengeschlechtes wird ausschließlich das Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein. Nur in der sozialistischen Gesellschaft werden die Frauen wie die Arbeiter in den Vollbesitz ihrer Rechte gelangen. In Erwägung dieser Tatsachen bleibt den Frauen, denen es mit dem Wunsche ihrer Befreiung ernst ist, nichts anderes übrig, als sich der sozialistischen Arbeiterpartei anzuschließen, der einzigen, welche die Emanzipation der Arbeiter anstrebt.

Ohne Beihilfe der Männer, ja, oft sogar gegen den Willen der Männer, sind die Frauen unter das sozialistische Banner getreten; man muss sogar zugestehen, dass sie in gewissen Fällen selbst gegen ihre eigene Absicht unwiderstehlich dahin getrieben worden sind, einfach durch eine klare Erfassung der ökonomischen Lage.

Aber sie stehen nun unter diesem Banner, und sie werden unter ihm bleiben! Sie werden unter ihm kämpfen für ihre Emanzipation, für ihre Anerkennung als gleichberechtigte Menschen.

Indem sie Hand in Hand gehen mit der sozialistischen Arbeiterpartei, sind sie bereit, an allen Mühen und Opfern des Kampfes teilzunehmen, aber sie sind auch fest entschlossen, mit gutem Fug und Recht nach dem Siege alle ihnen zukommenden Rechte zu fordern. In Bezug auf Opfer und Pflichten sowohl wie auf Rechte wollen sie nicht mehr und nicht weniger sein als Waffengenossen, die unter gleichen Bedingungen in die Reihen der Kämpfer aufgenommen worden sind.“²²

Entstehung der Zeitung 'Gleichheit'

Die einzige gewerkschaftliche Frauenorganisation, die 1886 nicht verboten wurde, war die Central-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen. Die Gründerin des Vereins, Gertrud Guillaume-Schack, gab 1885 die Zeitung 'Die Staatsbürgerin' für die Vereinsmitgliederinnen heraus. Nachdem diese verboten wurde, erschien 1890 als Probenummer die Zeitung 'Die Arbeiterin', dazwischen beschränkten sich die Frauen auf Rundschreiben. An 'Die Arbeiterin' arbeiteten Emma Ihrer (1857-1911), G. Guillaume-Schack und Clara Zetkin mit. Ein Jahr später wurde 'Die Arbeiterin' durch 'Die Gleichheit' ersetzt. Emma Ihrer war die Herausgeberin und Clara Zetkin die Chefredakteurin. Die Zeitung sollte ein Organ sein, dass der sozialistischen Frauenbewegung in ihrer Entwicklung als eine ideologische Anleitung und Führung diene. Clara Zetkin arbeitet 25 Jahre als Redakteurin.

Die 'Gleichheit' wurde mit der Auswahl ihrer Artikel zu der größten deutschen und internationalen Frauenzeitung. Die Artikel umfassten die Probleme der proletarischen Frau und die der bürgerlichen Frauen und so wurde die Zeitung zu einem wichtigen Organ aller Frauen. Geschrieben wurde über den Kampf um die Zulassung fürs Studium und der Arzt- und Juraberufe, der Probleme von Frauen im Beruf wie z.B. der Lehrerin. Thema waren auch wichtige Literatur, sowie Kongresse, Kampagnen und Veranstaltungen zum Thema Frau. Politische Artikel trugen zu einer ideologischen Klärung innerhalb der bürgerlichen und sozialistischen Frauenbewegung bei.

Zu der Verfolgungswelle gegen die SozialistInnen erschienen folgende Artikel wie z.B.:

- Her mit dem vollen Vereinsrecht und Versammlungsrecht der Frauen

²² Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften, Band I, S. 3-11.

- Gebt uns Waffen
- Klassenkampf ist die Losung
- Das Ende jeder Klassenherrschaft
- Neues Jahr, neue Kämpfe, neue Siege

Es wurden Briefe in der 'Gleichheit' veröffentlicht, die sich an Regierungspräsidenten, Minister und Landräte wendeten. In einem hieß es z.B. im Schlusssatz:
„Man kann eben Minister sein und sich doch mit seiner staatsmännischen Weisheit ganz gründlich auf dem Holzweg befinden.“

1902 war die Auflage der 'Gleichheit' bei 4.000 und 1905 bei 28.500 im Jahr. 1914 hatte die Zeitung dann bereits 174.750 Leserinnen und 125.000 Abonnentinnen.



1. Mai-Kundgebung in Magdeburg, 1911

Ein kurzer Auszug aus einem der ersten Artikel:

„Wie in England, Amerika, Frankreich und anderen Ländern waren durch die kapitalistische Wirtschaftsweise auch in Deutschland die Frauen der arbeitenden Klasse in Massen in das Erwerbsleben einbezogen worden. Schon 1882 hatte die Zahl der erwerbstätigen Frauen rund 5.500.000 betragen, bei der Berufszählung von 1895 war sie bereits auf 6.578.350 angeschwollen. Von diesen Frauen waren 1.521.118 in der Industrie, 2.753.154 in der Landwirtschaft, 579.608 in Handel und Verkehr, 233.865 in Lohnarbeit wechselnder Art und 176.648 in öffentlichen Diensten und freien Berufen tätig. Weit über eine Million arbeiteten als „Dienstboten“, wie man damals die Hausangestellten nannte. Hatten die Arbeiter allen Grund die kapitalistische Ordnung zu hassen, so mussten sie Arbeiterinnen sie geradezu verfluchen: Arbeitstage von 11, 12, 13, ja 16 und 18 Stunden, neben denen die verheiratete Frau die Familie versorgen musste; Löhne, die nicht mehr als zwei Drittel, ja oft nur die Hälfte der Männerlöhne ausmachten; kaum ein Schutz für Mutter und Kind.....

Die Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie lebten in der Hölle.....Sie ließen die Arbeiterinnen in kleinen dunklen Werkstätten arbeiten, eng gedrängt, in einer Luft, die verpestet war von den Ausdünstungen der vielen Menschen und den Geruch des Maschinenöls. Das Licht war trübe, verdarb den Arbeitenden frühzeitig die Augen. Während der Saison dauerte der Arbeitstag der Frauen und Mädchen 14, 16, ja 17 Stunden und länger, und oft gab ihnen der Meister noch Arbeit mit nach Hause. Auch an Sonn- und Feiertagen wurde gearbeitet. Die Leiden dieser Arbeiterinnen dauerten an, bis Schwindsucht oder Erschöpfung ihr Leben beendete.....

*Das Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin nennt für 1897 den Verdienst für Wäscherinnen mit 486 Mark, für Schneiderinnen 457 Mark, für Knopflochnerinnen 554 Mark.*²³

Politische Geschichte

Die II Internationale

Die II. Internationale beginnt mit dem Internationalen Sozialistenkongress 1889. Weitere Kongresse fanden 1891, 1893, 1896, 1900 und 1904 statt. Die II. Internationale stand zunächst in der Tradition der I. Internationalen auf den Grundlagen des Marxismus. In verschiedenen Ländern und in Deutschland entwickelten sich die sozialistischen Arbeiterparteien hin zum Reformismus. Der starke Einfluss des Reformismus machte sich auch in der II. Internationale breit, so dass diese sich später zur konterrevolutionären Kraft und wichtigen Unterstützerin der Bourgeoisie und des Faschismus entwickelte.

Der 1. Mai – Kampftag der internationalen Arbeiterklasse

Auf dem Kongress der II. Internationale 1889 wurde beschlossen, ab dem 1. Mai 1890 jedes Jahr am 1. Mai in allen Ländern große Kundgebungen zu veranstalten, um insbesondere die Forderung nach dem Achtstundentag zu erkämpfen.

Der Übergang zum Imperialismus

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts traten der deutsche, englische, französische und amerikanische Kapitalismus in die Entwicklung des Monopolkapitalismus, des Finanzkapitals und damit in die Epoche des Imperialismus ein. Die entscheidenden Veränderungen der Wirtschaftsmethoden waren jetzt, dass die freie Konkurrenz durch das Monopol ersetzt wurde. In dieser Epoche wird noch in freier Konkurrenz gehandelt, Industriezweige und Unternehmer versuchen sich weiterhin nieder zu konkurrieren, entscheidend ist aber die Verabredung untereinander, die Einigung der Unternehmen über bestimmte Wirtschaftsaktivitäten. Nach der Krise 1873 werden die Monopole zur Grundlage des ganzen Wirtschaftslebens. Die Monopole versuchen nicht nur über nationale sondern auch internationale Gebiete zu herrschen. Sie versuchen die Rohstoffquellen der Welt zu kontrollieren. Diese machtvolle Entwicklung war nur möglich mit einer besonderen Finanzierung, wie z.B. Aktiengesellschaften und indem sich Industrie und Banken ineinander verflochten. Großbankiers und Großindustrielle verschmelzen mehr und mehr zu einer Gruppe, die gemeinsam Industriebetriebe und Banken beherrschen, sie werden Finanzkapitalisten. Die Finanzkapitalisten sind die reaktionärsten Elemente im kapitalistischen System. Ihnen geht es nicht nur darum Profit zu machen, sondern den Maximalprofit im weltweiten Konkurrenzkampf untereinander zu erlangen. Es bilden sich internationale monopolistische Kapitalverbände, die die Welt unter sich aufteilen. Zur Neuaufteilung der Welt führen die imperialistischen Mächte Kriege gegeneinander. Der deutsche Imperialismus hatte einen besonders aggressiven und militaristischen Charakter, weil er bei der Aufteilung der Welt in Kolonien zu spät gekommen war.

Die extrem nationalistischen Rechten organisiert sich

Zum Ende des 19. Jahrhunderts entstanden rechte Gruppen, in denen sich extrem nationalistische und antidemokratische Elemente aus dem Finanzkapital, dem alten Adel, der Junker (Großgrundbesitzer) und dem Militär sammelten. Dort wurden Schulungen und Vorträge mit rassistischem und nationalistischem Charakter, zur Bekämpfung von Juden und Kommunisten abgehalten. Das Finanzkapital verbreitete in Vorträgen seine Weltoberungstheorie eines „mitteleuropäischen Großraumes“. Diese geschulten Kader hatten die Aufgabe, die rechte und rassistische Ideologie unter den Massen zu verbreiten, um diese vom Klassenkampf abzulenken. Innerhalb weniger Jahre konnte über diese ersten rechten Gruppen, eine rechte Organisationsstruktur über ganz Deutschland aufgebaut werden. Diese entwickelten sehr geschickt eine antikommunistische und chauvinistische Propaganda, mit der sie später entscheidenden Einfluss gewannen.

²³ Louise Dornemann, Clara Zetkin – Leben und Wirken, S. 86-90

4. Die Trennung der bürgerlichen und sozialistischen Frauenbewegung

Das Recht auf politische Betätigung für Frauen – der erste Sieg

Die sozialistische Reichstagsfraktion und die Berliner Frauenagitationskommission in der SPD organisierten eine große Kampagne der Partei für die Gleichberechtigung der Frau. Somit war die Sozialdemokratische Partei die erste Partei Deutschlands und weltweit, die in aller Form und unüberhörbar die Frage der politischen Gleichstellung der Frauen forderte. Die Antwort der Behörden war eine nochmals verstärkte Repression. Der Kampf dagegen wurde hartnäckig weitergeführt.

1900 ließen die Behörden anlässlich des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei eine Frauenkonferenz zu und acht Jahre später, 1908 wurde ein Reichsvereinsgesetz verabschiedet, das Frauen rechtlich zu politischen Parteien zulässt. Ein Sieg den die Sozialistinnen für alle Frauen in Deutschland erkämpft hatten.

Doch es blieb die Abhängigkeit vom Ehemann, der weiterhin die Zustimmung geben musste, wenn die Ehefrau arbeiten wollte. Es blieb auch die rückständige Vereinbarung erhalten, dass Männer in der Landarbeit die Arbeitsverträge für ihre Frauen abschlossen und deren Lohn bekamen. Es blieb die Lohnungleichheit und das Denken, das Frau zusätzlich zur Berufstätigkeit Haushalt und Kinder versorgen musste und es blieben die Unterdrückung und Ausbeutung der Frau durch das Kapital und die soziale Unterdrückung durch das Patriarchat.

Es wird ideologische Klarheit geschaffen

Die allgemeine politische Entwicklung trug dazu bei, dass in den verschiedenen Frauenorganisationen heftigste Widersprüche auftraten. Das Verhältnis zwischen den bürgerlichen und den sozialistischen Frauenvereinen verschärfte sich stark in Richtung Trennung der Frauenorganisationen. Den Sozialistinnen sollte ihr radikaler Kampfcharakter genommen werden, indem sie vom Klassenkampf abrückten. Vertreter der Kirchen forderten weiter massiv das Verbot der politischen Betätigung von Frauen. Der Allgemeine Deutsche Frauenverein (ADF) forderte in dieser Zeit z.B. in einem Flottenaufruf dazu auf, für den Bau einer deutschen Kriegsflotte zu sammeln oder dass Frauenorganisationen den Kolonialismus unterstützten.

Zum Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich drei Richtungen in der bürgerlichen Frauenbewegung herausgebildet:

Die Radikalen oder der linke Flügel, überwiegend liberal, einige demokratisch oder sozialistisch orientiert (Minna Cauer, Lida Gustava Heymann, Anita Augspurg, Helene Stöcker). Sie forderten das demokratische Frauenwahlrecht, die Ausbildung und Entwicklung einer eigenen, von der Funktion der Mutter und dem Status der Ehefrau unabhängigen Persönlichkeit der Frau. Mutterschutz und eine neue Sexualmoral.

Die Gemäßigten um Helene Lange. Sie wandten sich dagegen, dass bürgerliche Frauen den Bereich häuslicher privater Arbeit und Kindererziehung zugewiesen bekamen. Sie erkannten aber die Bestimmung der Mutterschaft an. Sie wollten eine Bildungs- und Berufsfreiheit in der

bürgerlichen Gesellschaft und setzten auf eine Bewusstseinsveränderung.

Die Konservativen oder der rechte Flügel. Hier trafen sich die konfessionellen Vereine, Haus- und Landfrauenvereine und vaterländischen Frauenvereine. Sie wollten keine Emanzipation der Frau. Die Hausfrauentätigkeit war die Berufung der Frau und sie waren in der Wohlfahrt tätig. Sie nannten sich unpolitisch, verbreiteten aber einen extrem reaktionären Chauvinismus und Nationalismus und verherrlichten dabei Kaiser, Reich und Armee.²⁴

Ideologisch kam es mit diesen Positionen zu einer Trennung zwischen der sozialistischen und bürgerlichen Frauenbewegung. Die Sozialistinnen wollten nicht zurückweichen von ihrem Ziel, die Befreiung der Frau durch die grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erkämpfen. Für sie gab es keine Befreiung durch bürgerliche Gesetze was nicht hieß, dass sie soziale Verbesserungen/Reformen per se ablehnten.

Clara Zetkin äußerte sich zu der Trennung der bürgerlichen und der sozialistischen Frauenbewegung:

„Die Vorarbeit die die bürgerliche Frauenbewegung für die proletarische Frauenbewegung geleistet hat, ist die Betonung der Bedeutung, die der Berufsarbeit für die Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne zukommt, ist die damit begründete Forderung politischer Rechte, ist der Kampf gegen altersgraue Vorurteile von der Minderwertigkeit des Weibes. Was sie nicht sahen, dass in der Gesellschaft der kapitalistischen Privatwirtschaft und der Klassenherrschaft der Bourgeoisie die Berufsarbeit und das Wahlrecht zwar grundlegend, entscheidend für die Emanzipation der Frauen der Besitzenden sind, jedoch bei aller prinzipiellen Bedeutung unzulänglich, um die Freiheit und Gleichberechtigung der Proletarierinnen sicherzustellen.“²⁵

Die Sozialistinnen

1896 hält Clara Zetkin auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Gotha eine sehr bedeutsame Grundsatzrede:

Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen:

Sie beginnt mit der Erklärung: *„Erst die kapitalistische Produktionsweise hat gesellschaftliche Umwälzungen gezeitigt, welche die moderne Frauenfrage entstehen ließen“*- und warum dies so ist. Sie geht auf die Frauenfrage der oberen Zehntausend ein, warum ihre Forderungen sich gegen die Männerwelt und nicht gegen das Kapital richten. Auszug aus der Rede im Bezug zur Heirat der oberen Zehntausend: *„Schon ihrer Gründung entbehrt eine solche Familie der sittlichen Voraussetzung. Nicht die Individualität, sondern das Geld entscheidet über ihre Schließung. Da heißt es: Was das Kapital zusammenfügt, das soll eine sentimentale Moral nicht scheiden. („Bravo!“) So gelten in der Heiratsmoral zwei Prostitutionen für eine Tugend.“*

Des weiteren geht sie ausführlich auf die Frauenfrage in den klein- und mittelbürgerlichen Kreisen und innerhalb der bürgerlichen Intelligenz ein: *„Hier ist es nicht der Besitz, welcher die Familie auflöst, hier sind es wesentlich die Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktion. In dem Maße, wie diese ihren Triumphmarsch vollzieht, wird das mittlere und das kleine Bürgertum mehr und mehr zu Grunde gerichtet.“*

²⁴ Einteilung nach Florence Hervé, Elly Steinmann, Renate Wurts (Hg.), Kleines Weiberlexikon, S. 158

²⁵ Clara Zetkin, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, S. 42, 43

Das Ende der Rede galt der Agitation unter den Arbeiterinnen:

„Die Frauenagitation muss anknüpfen an alle jene Fragen, die von dringender Wichtigkeit für die allgemeine Bewegung des Proletariats sind. Ist es doch die Hauptaufgabe, in der Frau das Klassenbewusstsein wachzurütteln und sie in den Klassenkampf einzubeziehen. Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen ist äußerst erschwert. In den Jahren 1892 bis 1895 betrug die Zahl der in Zentralverbänden organisierten Arbeiterinnen gegen 7.000. Rechnen wir noch die in Lokalvereinen organisierten Arbeiterinnen hinzu und vergleichen wir dann hiermit die Tatsache, dass allein in der Großindustrie 700.000 Arbeiterinnen tätig sind, so gewinnen wir ein Bild



von der großen Arbeit, die wir noch zu leisten haben. Erschwert wird uns diese Arbeit dadurch, dass viele Frauen in der Hausindustrie tätig und deshalb schwer heranzuziehen sind. Dann haben wir auch noch mit der weit verbreiteten Anschauung der jungen Mädchen zu kämpfen, dass die industrielle Tätigkeit für sie vorübergehend ist und mit der Ehe aufhört. Vielen Frauen erwächst die doppelte Pflicht, sie müssen in der Fabrik und in der Familie tätig sein. Um so notwendiger ist für die Arbeiterinnen die Festsetzung eines gesetzlichen Arbeitstages.....“

Clara Zetkin geht jetzt auf die gesetzlichen Bestimmungen des Vereinsrecht ein, die eine Teilnahme der Frauen verbieten.

„Dieser Stand der Dinge aber macht es den proletarischen Frauen nicht möglich, sich zusammen mit den Männern zu organisieren. Bis jetzt hatten sie einen Kampf gegen Polizeimacht und gegen Juristenweisheit zu führen, und formell haben sie in diesem Kampf den kürzeren gezogen. Aber in Wirklichkeit sind sie Sieger geblieben; denn alle Maßregeln, die angewendet sind, um die Organisation der proletarischen Frau zu zertrümmern, haben nur darauf hingewirkt, ihr Klassenbewusstsein immer mehr zu erwecken. Wenn wir danach streben, eine kräftige Frauenorganisation zu bekommen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete, dann müssen wir zuerst für die Möglichkeit der Bewegungsfreiheit sorgen, indem wir ankämpfen gegen Hausindustrie, für kürzere Arbeitszeit eintreten und vor allen Dingen gegen das uns wenden, was die herrschenden Klassen das Vereinsrecht zu nennen belieben.....

Wenn daher der Berg nicht zu Muhamed kommt, muss Muhamed zum Berg gehen: Wir müssen den Frauen den Sozialismus durch eine planmäßige schriftliche Agitation bringen. Und dazu schlage ich Ihnen vor die Verteilung von Flugblätter; nicht von traditionellen Flugblättern, die auf einer Querseite das ganze sozialistische Programm zusammenstopfen, die ganze Wissenschaft unseres Jahrhunderts geben – nein, kleine Flugblätter, die eine einzige praktische Frage unter einem einzigen Gesichtswinkel erörtern, vom Standpunkt des Klassenkampfes aus, das ist die Hauptsache. Und die Frage der technischen Herstellung der Flugblätter darf uns auch nicht gleichgültig sein; nicht das traditionell schlechteste Papier und schlechtesten Druck. Ein solch schlecht ausgestattetes Flugblatt knüllt die proletarische Frau, die nicht den Respekt vor dem gedruckten Wort hat wie der Proletarier, einfach zusammen und wirft es weg – sondern, wie es die amerikanischen und englischen Temperenzler tun, kleine Büchelchen von 4 bis 6 Seiten Inhalt, deren Ausstattung nett ist. Denn soweit ist die proletarische Frau, dass sie sagt: ach, das Dingelchen ist so nett, das muss ich aufheben! (Heiterkeit und Zurufe) Und wir müssen die Sätze, auf die es ankommt, mit großen

fetten Buchstaben drucken; dann wird sie nicht vom Lesen abgeschreckt, ihre geistige Aufmerksamkeit wird sozusagen an einem Nagel aufgehängt.....

Die Einbeziehung der großen Masse der proletarischen Frauen in den Befreiungskampf des Proletariats ist eine Vorbedingung für den Sieg der sozialistischen Idee, für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

Erst die sozialistische Gesellschaft löst den Konflikt, der heutigentags gezeitigt wird durch die Berufstätigkeit der Frau. Wenn die Familie als wirtschaftliche Einheit verschwindet und an ihrer Stelle die Familie als sittliche Einheit tritt, wird die Frau als gleichberechtigte, gleichschaffende und gleichstrebende, mit dem Manne vorwärtsschreitende Gefährtin ihre Individualität fördern.....“²⁶

Politische Geschichte

Klassenkämpfe

In der Vorkriegszeit wuchs die Sozialdemokratische Partei stark an und wurde die stärkste Partei im Parlament. Um Eduard Bernstein²⁷, der die SPD zu einer bürgerlichen Reformpartei machen wollte, scharten sich alte und neue Opportunisten. Ihr Einfluss war sehr groß, da zu ihnen Abgeordnete, Redakteure und führende Gewerkschafter gehörten. Zu ihren eifrigen Unterstützern gehörten Teile der Monopolbourgeoisie.

1905 streikten die Bergarbeiter an der Ruhr gegen die Kohlebarone (Krupp, Thyssen, Stinnes). Der Streik breitete sich auf ganz Deutschland aus. Es waren 200.000 Bergarbeiter im Ausstand. In Russland beginnt die Revolution. Im Gegensatz zu der deutschen Sozialdemokratie, die zur russischen Revolution schwieg, fanden in anderen Ländern, wie Frankreich und Italien große Solidaritätskundgebungen statt. Unter Einfluss der russischen Revolution nahmen die Zahl der großen Streiks in Deutschland zu, wie im sächsisch-thüringischen Textilgebiet und in der Berliner Elektroindustrie. Die Reaktion folgte mit Aussperrungen von 10.000 Bauarbeitern in Rheinland-Westfalen, Aussperrungen in der bayrischen Metallindustrie, und Dresdner Zigarettenfabrik.

Die Sozialisten organisierten den Kampf gegen Militarismus und es entstand die erste große Bewegung für ein demokratisches Wahlrecht. Am 17. Januar marschierten die Hamburger Arbeiter, sie führten den ersten politischen Massenstreik seit 1848 in Deutschland.

Reformisten und die Rechte in der SPD

Neben den Revisionisten in der SPD bildeten sich die Zentristen heraus. Diese bekannten sich weiter mit Worten zum Marxismus, wichen aber vor den Konsequenzen zurück. Deren bekanntester Führer war Kautsky. Die rechten Führer setzten sich über Parteibeschlüsse hinweg und bauten ihre Position aus.

1907 versicherte der rechte sozialdemokratische Abgeordnete Gustav Noske in der Militärdébatte im Reichstag, die Sozialdemokraten würden im Falle eines Angriffs auf Deutschland ihr „Vaterland“ begeistert verteidigen.

Antikriegskampf

1907 erschien das Werk von Karl Liebknecht 'Militarismus und Antimilitarismus'. Dies brachte ihm den ersten Hochverratsprozess ein.

Der Artikel 'Für die Marine keinen Kahn und keinen Groschen!'²⁸, der 1897 in der „Gleichheit“ erschien, leitete den Kampf gegen den 1. Weltkrieg ein. Die SozialistInnen verstärkten die Agitation unter den Werktätigen, um die Massen für den Klassenkampf und den Kampf gegen Krieg zu gewinnen und zu organisieren. Die SozialistInnen gingen in die Betriebe und in die Wohnviertel, hielten dort Versammlungen ab, sie gingen in die Wohnungen und zu den Kleinhändlern zum Diskutieren, es wurden Lesezirkel eingerichtet. 1902 hatten sie nahezu 3,5 Millionen Unterschriften gesammelt gegen eine Preiserhöhung für Lebensmittel. Der erste große Streik an dem 9.000 ArbeiterInnen teilnahmen,

²⁶ Vollständig nachzulesen in: Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften, Band I, S. 95-111

²⁷ Er vertrat, dass die Lehre der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats unter den neuen Bedingungen des Klassenkampfes überholt sei. Er berief sich auf verschiedene, mit dem Monopolkapitalismus aufkommende wirtschaftliche Erscheinungen – die zunehmende Elastizität des Kreditwesens, das sich entwickelnde Verkehrswesen sowie die sich bildenden Kartelle und Trusts – und behauptete, dass sich die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche allmählich ausgleichen, die durch die kapitalistische Produktionsweise erzeugten Wirtschaftskrisen verschwinden würden und - durch eine „politische Demokratisierung“ des kapitalistischen Staates – der Sozialismus sich ohne Machtergreifung der Arbeiterklasse, im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft, verwirklichen lasse. Mittel dafür sei der Kampf um soziale Reformen. Zusammenfassung nach Louise Dornemann, Clara Zetkin – Leben und Wirken, S. 145

²⁸ Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften, Band I, S. 112

waren 1903/1904 die Crimmitschauer Weber. Sie streikten für den Zehnstudentag und eine zehnpromtente Lohnerhöhung. Die Frauen standen Streikposten, gehörten den Streikkomitees an, als das verboten wurde, fuhren sie mit Kinderwägen vor der Fabrik hin und her und diskutierten mit den Streikbrechern und verteilten Flugblätter. Der Streik endete mit einer Niederlage für die Crimmitschauer, weil die rechte Gewerkschaftsführung über die Köpfe der Streikenden den Streik abbrach.

Russische Revolution 1905

Die bürgerlich-demokratische Revolution in Russland von 1905-1907 beeinflusste und bekräftigte die revolutionäre Bewegungen in der ganzen Welt. In Westeuropa und Nordamerika entstand eine breite Solidaritätsbewegung. Die Kämpfe waren eine Unterstützung der revolutionären Kräfte gegen den Revisionismus. Im Oktober 1917 siegte die sozialistische Revolution in Russland unter Führung der Kommunistischen Partei mit Lenin an der Spitze. Damit war die Welt in zwei Gesellschaftssysteme aufgeteilt, dem kapitalistischen und dem sozialistischem System. Der Sieg der Sozialistische Revolution gab weltweit den Kämpfen gegen Imperialismus einen mächtigen Antrieb.

5. Der Kampf gegen Reformismus, Imperialismus und Krieg

Rosa Luxemburg

Innerhalb der SPD wurde Rosa Luxemburg für Clara Zetkin eine unentbehrliche Kampfgenossin und Freundin. Rosa Luxemburg wurde 1871 in Polen geboren. Früh wandte sie sich der revolutionären Politik zu. Sie war Mitbegründerin der Sozialdemokratischen Partei Polens. Um einer Verhaftung in Polen zu umgehen, emigrierte Rosa erst in die Schweiz und später nach Deutschland, wo sie der SPD beiträt. Dort kämpfte sie gegen Imperialismus, Militarismus, Revisionismus und Opportunismus.



Rosa 1906 im Warschauer Polizeigefängnis

In der Leipziger Volkszeitung hatte sie eine Artikelreihe gegen Bernstein veröffentlicht. Sie erkannte den Bernsteinschen Revisionismus als bürgerliche Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung. 1899 erschien R. Luxemburgs Broschüre 'Sozialreform oder Revolution'. In den Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen revisionistischen Theorien innerhalb der sozialistischen Bewegung wurde Rosa Luxemburg zu einer führenden Kraft für eine kommunistischen Bewegung. Sie erkämpfte den Weg mit, der zur Gründung der KPD führte. Ihre Schriften wurden später in gesammelten Werken veröffentlicht.

Der Kampf gegen den Revisionismus

Dass alte Kampfgenossen innerhalb der SPD den revolutionären Weg verließen und nun das

friedliche Übergehen vom kapitalistischen Staat in den Sozialismus vertraten, löste bei Clara Zetkin schwere Konflikte aus. Es waren ihre einstigen Lehrer und Vorbilder, mit denen sie sehr viel Persönliches verband, die nun zu ihren ideologischen und politischen Gegnern wurden. Aber es gab auch GenossInnen wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring und Leo Jogiches und später noch viele mehr, mit denen sie gemeinsam gegen Militarismus und Kriegsgefahr, gegen Revisionismus und die Zentristen innerhalb der SPD kämpfte und die sich noch innerhalb der SPD als KommunistInnen zusammen fanden.



Käthe Dunker

Käthe Dunker

Die 'Gleichheit' forderte den Ausschluss der Revisionisten aus der SPD. Damit wurden C. Zetkin und R. Luxemburg das Ziel der Angriffe durch die Revisionisten.

1907 kam es auf dem Internationalen Sozialistenkongress zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Sozialisten und Revisionisten. Die Revisionisten wollten verhindern das C. Zetkin eine Rede hielt. Noch konnte sie sich durch die internationale Unterstützung durchsetzen.

C. Zetkin wurde auch als Sekretärin des Internationalen Frauensekretariats gewählt. Die Zentralstelle des Frauensekretariats wurde nach Stuttgart verlegt (Claras Wohnort) und die 'Gleichheit' wurde zum internationalen Organ der Frauenbewegung erklärt. Damit hatten die deutschen Sozialisten eine internationale Solidarität erreicht, die es vorerst verhinderte das C. Zetkin aus dem wichtigen Zeitungsprojekt raus gedrängt wurde.

Auf dem Nürnberger Parteitag der SPD gelang es den rechten Kräften dann 1908 C. Zetkin aus der politischen Leitung für die Arbeit unter den Frauen abzusetzen. Luise Zietz wurde eingesetzt. Luise Zietz war mit 14 Jahren Dienstmädchen und erkämpfte sich eine Ausbildung als Erzieherin. Sie wurde Funktionärin der Hamburger Gewerkschaftsbewegung und der sozialistischen Frauenbewegung. Sie vertrat vor allem die Interessen der Dienstmädchen und Landarbeiterinnen, nahm am Kampf gegen den Revisionismus teil, wandte sich aber den Zentristen zu. Als Frauenleiterin der Partei vertrat sie die Anweisungen der Revisionisten.

Auf der Frauenkonferenz in Kopenhagen 1910 gelang es Käthe Dunker (1871-1953) und Clara Zetkin ein Antrag zum internationalen Frauentag an die II. Sozialistische Internationale einzubringen:

„Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Die Forderung muß in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Der Frauentag muß einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.

Clara Zetkin, Käthe Dunker und Genossinnen“²⁹

Die rechten Sozialdemokratinnen wie Luise Zietz (1865-1922) hatten es nicht gewagt diesen Antrag zu unterschreiben. Allerdings ahnte damals noch niemand, dass dieser Beschluss eine

²⁹ Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften, Band I, S. 480

weltgeschichtliche Bedeutung erlangte. Mit bis zu 45.000 Teilnehmerinnen fanden ab 1911 Versammlungen zum 8. März statt und konnten sich mit dem drohenden 1. Weltkrieg zu breiteren und größeren Antikriegsaktionen entwickeln.

Die führenden bürgerlichen Frauenrechtlerinnen wie Minna Cauer (1842-1922), Else Lüders (1878-1966, stellvertretende Sekretärin des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands), Lida Gustava Heymann (1868-1943 Mitbegründerin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit) unterstützten begeistert den Frauenkampftag.

Im Kampf gegen den Revisionismus waren Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin so die ersten ParteiführerInnen, die sich im Ausland öffentlich von der offiziellen Politik der Sozialdemokratie abgrenzten.

Im April 1917 wurde Clara Zetkin dann doch vom Parteivorstand der SPD aus der Leitung geworfen und kurz darauf aus der Redaktion der Zeitschrift 'Gleichheit' wie eine Verbrecherin verjagt. Damit wurden die Möglichkeiten der internationalen Propagandaarbeit durch die Sozialistinnen verhindert, die die Gleichheit mit einer Auflage von 140.000 Exemplaren geboten hatte. Als Reaktion



darauf und in Solidarität mit C. Zetkin bestellten ganze Bezirke die neue 'Gleichheit' ab, aus dem Ausland kamen Solidaritätserklärungen, die Schweizer Sozialistinnen sammelten für eine neue internationale Zeitung. In dieser Situation wurde der 60. Geburtstag von C. Zetkin im Juli 1917 für eine große Demonstration gegen den Krieg genutzt.

Die Führer der USPD hatten zugesagt eine neue Zeitung zu unterstützen, das Versprechen wurde nicht umgesetzt und so unterlag C. Zetkin einer doppelten Zensur. Während C. Zetkin mit Artikeln in der 'Leipziger Volkszeitung' über die Revolution in Russland berichtete und sich voll auf die Seite der Sowjetregierung stellte, warfen Kausky und die Führer der USPD der Sowjetregierung Mangel an Demokratie vor und stimmten der Antisowjethetze der internationalen Reaktion bei.

Eine sehr wichtigste Quelle zum Weitermachen und Durchhalten für Clara Zetkin wurde der intensive Austausch mit Lenin.

Brief von Lenin an C. Zetkin 1918:

„Sehr geehrte Genossin Zetkin!

Besten und wärmsten Dank für ihren Brief vom 27.6.,....

Es freut uns alle in höchstem Maße, dass Sie, Genosse Mehring und andere Spartakusgenossen in Deutschland mit Kopf und Herz mit uns sind. Das bringt uns Zuversicht, dass die besten Elemente westeuropäischen Arbeiterschaft uns doch – trotz aller Schwierigkeiten – zu Hilfe kommen werden.

Wir erleben hier jetzt vielleicht die schwierigsten Wochen der ganzen Revolution. Der Klassenkampf und Bürgerkrieg sind in die Tiefe der Bevölkerung gegangen: in allen Dörfern Spaltung – die Armen sind für uns, die Großbauern wütend gegen uns. Die Entente hat die Tschechoslowaken gekauft, der konterrevolutionäre Aufstand tobt, die gesamte Bourgeoisie macht alle Anstrengungen, uns zu stürzen. Wir hoffen jedoch mit Zuversicht, dass wir diesen „gewöhnlichen“ (wie 1794 und 1849) Gang der Revolution vermeiden und die Bourgeoisie besiegen werden.

Mit großer Dankbarkeit, besten Grüßen und wärmster Hochachtung

Ihr Lenin

PS: Meine Frau bittet mich, Sie ganz besonders zu grüßen. An Genosse Hoschka (seine Rede wie Ihren Artikel haben wir übersetzt) wie an alle, alle Freunde Grüße!

PS: Man hat mir soeben das neue Staatssiegel gebracht. Hier der Abdruck. Die Anschrift heißt: Sozialistische Föderative Sowjet-Republik Russlands.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“³⁰

6. Die Waffen nieder – Frauen gegen den Krieg

Politische Geschichte

Der 1. Weltkrieg von 1914-1918

Bei der Verteilung der Welt unter den kapitalistischen Mächten zu spät gekommen, nahm der deutsche Imperialismus offen und aggressiv Kurs auf die Neuaufteilung der Welt und damit auf einen Krieg. 1911 fanden in vielen Städten Antikriegsveranstaltungen statt, auf denen Karl Liebknecht redete. In Berlin versammelten sich 200.000 Menschen im Treptower Park. Rosa Luxemburg schrieb in der Gleichheit gegen den Krieg. Den Kampf gegen die rechte Parteiführung (Ebert, Noske, Scheidemann, David), haben August Bebel, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg massiv verstärkt.

1912 brach der Balkankrieg aus.

Am 10. und 14. Mai 1912 stimmte die Mehrheit des Deutschen Reichstages einer Vorlage über weitere Vergrößerung von Heer und Marine zu. 1913 wird das Heer von 600.000 auf 900.000 Soldaten erweitert. Es werden 1,3 Milliarden Mehrausgaben bewilligt. Am 30. Juni 1913 stimmte die sozialdemokratische Regierungsfraktion zur Empörung der Linken in der SPD dem einmaligen Wehrbeitrag zur Finanzierung der von ihr zuvor abgelehnten Heeresvorlage zu. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden verstärkt mit Repression überzogen. Franz Mehring wurde aus dem theoretischen Organ der 'Neuen Zeit' rausgedrängt.

Hintergrund zum 1. Weltkrieg

Der erste Weltkrieg ergab sich aus der Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten auf Grundlage des Kampfes um die Neuaufteilung der Welt und der Einflussphären. Der deutsche Imperialismus betrat den Schauplatz. Deutschland hatte den Weg der kapitalistischen Entwicklung später als eine Reihe anderer Länder beschritten und griff in die Aufteilung der Märkte und Einflussphären ein, als die Welt bereits unter den alten imperialistischen Mächten aufgeteilt war. Jedoch hatte Deutschland bereits am Anfang des 20. Jahrhunderts England dem Stande der industriellen Entwicklung nach überholt und den zweiten Platz in der Welt und den ersten Platz in Europa eingenommen. Deutschland begann England und Frankreich von den Weltmärkten zu verdrängen. Die Veränderung des ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnisses zwischen den wichtigsten kapitalistischen Staaten stellte die Neuaufteilung der Welt auf die Tagesordnung. Der Kampf der beiden imperialistischen Blöcke – des englisch-französischen und des deutschen – um die Neuaufteilung der Welt berührte die Interessen aller imperialistischen Länder und führte daher zu einem Weltkrieg.

Kriegsziele des deutschen Imperialismus

- Erkämpfung der Hegemonie (Vorherrschaft) in Europa, vor allem gegen England und Frankreich

³⁰ Louise Dornemann, Clara Zetkin – Leben und Wirken, S. 324

- Es sollte eine Herrschaft auf dem Weltmarkt gegen England durchgesetzt werden.
- Es sollte ein geschlossenes Kolonialreich in Zentralafrika erobert werden, einschließlich Teile Ägyptens, um den Suezkanal zu beherrschen, der den Seeweg Englands zu seinen Kolonien in Asien sicherte.
- Der Nahe Osten sollte zur Errichtung von Militärstützpunkten beherrscht werden

Der Verrat der Führer der SPD und die Haltung der Kommunisten

Die Führer der Sozialistischen Partei leugneten, dass der Krieg ein imperialistischer Angriffskrieg ist und bewilligten am 14. August 1914 die Kriegskredite. Von den im Parlament vertretenen Sozialdemokraten stimmte Karl Liebknecht im Dezember 1914 als erster und zunächst einziger gegen die Kriegskredite.

Lenin stellte die Forderung auf: 'Den Krieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln' und forderte die Arbeiter auf, den imperialistischen Krieg mit der Revolution und mit dem Sturz der Macht der imperialistischen Bourgeoisie zu beantworten. Die Kommunisten in Deutschland, die von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht angeführt wurden, gaben die Zeitschrift 'Die Internationale' heraus, so nannte sich auch ihre Gruppe, die später zum Spartakusbund umbenannt wurde. Die Widersprüche vertieften sich und führten zum Zerschlagen der II. Internationale. 1914 schrieb Lenin: „Die II. Internationale ist tot, vom Opportunismus besiegt. Nieder mit dem Opportunismus, es lebe die III Internationale.“

Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

Lenin analysierte den Imperialismus in seinem Wesen und seinen Widersprüchen. 1917 veröffentlichte er sein Werk 'Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus'.

„Clara Zetkin hat, so stark sie von der Jahrhundertwende an zum Kampf gegen den deutschen Imperialismus beitrug, zum eigentlichen Problem des Imperialismus keinen theoretischen Beitrag geleistet. Sie ist jedoch bei ihren Studien, wie die übrigen Linken auch zu Teilerkenntnissen gekommen.... Sie war wie die übrigen Linken der Meinung, dass die Zeit reif geworden sei für die proletarische Revolution. Doch sah sie so wenig wie ihre Freunde, dass der Imperialismus durch das gesetzmäßige Entstehen einer Arbeiteraristokratie im Opportunismus eine feste Stütze in der Arbeiterklasse besaß. Sie unterschätzte daher nicht nur die Rechten, sondern auch die Zentristen, setzte ungerechtfertigt große Hoffnungen auf die revolutionäre Grundhaltung breiter Massen, von denen sie im Falle eines Kriegsausbruchs spontane Aktionen erwartete, obwohl gerade sie die Bedeutung des organisatorischen Zusammenschlusses unter fester Führung besonders gut kannte.....Wie die übrigen Linken erkannte sie im Imperialismus den Todfeind der Menschheit und das eine: Imperialismus heißt Krieg. Den Austritt aus der Partei wollten sie bis nach dem Krieg aufschieben, Lenin dagegen plädierte für den sofortigen Bruch mit der Sozialdemokratie.“³¹

Ökonomische Geschichte

Ansteigende Erwerbstätigkeit unter den Frauen

1907 waren von knapp 9,8 Millionen Erwerbstätigen 51% Frauen. Knapp 1,8 Millionen arbeiteten in den Industrien für Textil, Bekleidung, Reinigung, Nahrung und Genussmittel. Die Frauen aus dem Bürgertum arbeiteten vor allem in Pflege- und Erziehungsberufen, im Post- und Fernmeldewesen und als kaufmännische Angestellte. Industriearbeiterinnen erhielten zwischen 40 und 70% der Männerlöhne. Verkäuferinnen verdienten etwa 60% des Lohns ihrer Kollegen, Beamtinnen zwischen 60 und 80% der Beamtengehälter.³²

1908 wurde der Zehnstudentag für ArbeiterInnen in allen Betrieben mit mehr als zehn Beschäftigten Gesetz.

Kriegswirtschaft

In der durch Kriegserklärung und Mobilmachung ausgelösten Wirtschaftskrise ging die Produktion zahlreicher Betriebe schlagartig zurück. Es folgten Lohnsenkung, Massenentlassungen und für verbliebene Arbeitskräfte eine verschärfte Ausbeutung. Die Gewerkschaft schloss Streiks während der Kriegszeit aus und versuchte den sogenannten „Burgfrieden“ gegen den Widerstand der klassenkämpferischen Basis durchzusetzen.

„Während des Krieges wuchs die Bedeutung der Monopole³³ und verstärkte sich die Unterordnung des Staatsapparates unter die Monopole. Der Staatsapparat wurde von den großen Monopolen zur Sicherung von Maximalprofiten

³¹ Louise Dornemann, Clara Zetkin – Leben und Wirken, S. 254

³² Florence Hervé, Geschichte der Deutschen Frauenbewegung, S. 41

³³ Marktbeherrschendes Unternehmen oder Unternehmensgruppe, die auf dem Markt als alleiniger Anbieter oder Nachfrager auftritt und damit die Preise diktieren kann.

ausgenutzt. Die Kriegs“regulierung“ der Wirtschaft diente der Bereicherung der großen Monopole. Dazu wurde in einer Reihe Ländern der Arbeitstag verlängert, ein Streikverbot erlassen sowie Kasernenregime und Zwangsarbeit in den Betrieben eingeführt. Hauptquelle der über alle Maßen ansteigenden Profite waren die staatlichen Rüstungsaufträge zu Lasten des Staatshaushalts. Die Kriegskosten verschlangen einen ungeheuren Teil des Nationaleinkommens und wurden vor allem durch Erhöhung der von den Werkträgern aufzubringenden Steuern abgedeckt. Der Hauptteil der für die Rüstung bestimmten Haushaltsmittel floss in die Taschen der Monopolherren, und zwar in Form von Zahlungen für die Rüstungsaufträge, von nicht rückzahlbaren Darlehen und Subventionen. Die im Rahmen der Rüstungsaufträge gezahlten Preise sicherten den Monopolen riesige Profite. Die Monopole bereicherten sich durch Senkung des Reallohns mit Hilfe der Inflation³⁴ sowie durch direkte Ausplünderung der besetzten Gebiete. Während des Krieges wurden in den europäischen Ländern die Lebensmittel und sonstige Güter des täglichen Bedarfs rationiert. Dies bedeutete die Beschränkung des Konsums der Werkträgern auf Hungerrationen.“³⁵

Arbeitsbedingungen im Krieg

Der Deutsche Reichstag hatte ein Gesetz verabschiedet, was den Industriebetrieben ermöglichte alle Arbeitsschutzgesetzgebungen für die Dauer des Krieges außer Kraft zu setzen. Lohnkürzungen, überlange Arbeitszeiten, Doppelschichten, monatelange Nachtschichten, Abbau des Gesundheitsschutzes, unhygienische Verhältnisse in den Rüstungsbetrieben und den Notunterkünften für Arbeiterinnen mit 80 bis 100 Betten in einem Raum und Doppelbelegungen ruinierten die Gesundheit der Frauen. Durch diese massive Verschlechterung kam es vermehrt zu Berufskrankheiten wie: Vergiftungen, Nervenerkrankungen, Bleichsucht, Blutarmut, Lungentuberkulose und Hungertyphus. Nach Schätzungen verhungerten bis zum Kriegsende 500.000 bis eine Million Menschen.



Krupp, der ein wichtiger Industriebetrieb zur Herstellung von Kriegsmitteln war, stellte erstmalig im Krieg tausende Frauen ein und ließ sie unter so unmenschlichen Bedingungen arbeiten, dass die Behörden sich genötigt sahen einzuschreiten.

„Wie das Zusammentreffen von niedriger Entlohnung und Überanspannung der Kräfte wirkt, zeigt mit erschreckender Deutlichkeit das Ergebnis einer von Luise Zietz an Ärzte gerichteten Umfrage. Unter Hinweis auf die schädliche Wirkung der Überstunden, der Sonntags- und Nachtarbeit, insbesondere der Unterernährung, sagt einer der Herren in Übereinstimmung mit allen anderen Aussagen:

'Ich erinnere mich nicht, jemals so viel Fälle von Nervenschwäche und Nervenertrümmerung gesehen zu haben wie jetzt seit Jahresfrist; fast allgemein klagen die Patientinnen über heftige Kopfschmerzen, Schwindel- und Ohnmachtsanfälle; letztere sind einige Male auch in meiner Sprechstunde während der Untersuchung eingetreten. Schon äußerlich fällt die Unterernährung, Blässe der Haut und der Schleimhaut auf, zahlreich sind die Fälle von Lungenspitzenkatarrh, Herzaffektionen, nervösen Magen- und Darmbeschwerden, Magenerschlaffung...

Ein betrübendes Bild. Tausende von Männern verlassen ihre Arbeitsstätte, Frauen werden

³⁴ Geldentwertung, die sich durch ständiges Steigen des Preisniveaus für Endprodukte (Konsumgüter) ausdrückt. Nach klassischer bürgerlichen Theorie entsteht eine Inflation durch anhaltende überhöhte Güternachfrage über das gesamtwirtschaftliche Güterangebot hinaus. Erfahrungsgemäß geht sie mit einer Erhöhung der umlaufenden Geldmenge und/oder der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes einher. Die bewusst herbeigeführte Geldentwertung durch das Drucken zusätzlichen Geldscheine durch die staatliche Notenbank ist eine klassische wirtschaftspolitische Methode, mittels deren die Herrschenden die Finanzierung von Staatsausgaben (hier die Kriegskosten) auf die arbeitenden Massen abwälzen.

³⁵ Lehrbuch der Politischen Ökonomie, Kapitel XX Die allgemeine Krise des Kapitalismus, ZAV, S. 301-302

eingestellt. An verantwortliche Posten ebenso wie zu Handlangerdiensten. Sie setzen ihre Gesundheit aufs Spiel und richten sie oftmals zugrunde. Sie leisten Qualitätsarbeit und werden wie Handlanger bezahlt...'
Industrielle, rechte Gewerkschaftsführer und die Regierung merken auf – nicht wegen der Erschöpfungszustände der Arbeiterinnen, sondern wegen der mit ihnen verbundenen sinkenden Arbeitskraft.“³⁶



Zwangsarbeit in den kriegswichtigen Betrieben

Die Quote der erwerbslosen Frauen lag im Juli 1916 bei 10%. Männer wurden von der Industriearbeit freigestellt, um sie an die Front zu schicken. Frauen mussten sich einer Überprüfung ihrer Industrietauglichkeit zur Verfügung stellen, sollten Soldatenfrauen die Arbeitsaufnahme verweigern, wurde ihnen die Unterstützung gestrichen, soweit sie welche erhielten.

„Im August 1918 wies das Kriegsministerium an, die Empfängerinnen von Arbeitslosengeld, Verkäuferinnen und 'weibliche Fürsorgezöglinge' zu überprüfen, ihnen die Unterstützung zu entziehen bzw. sie zwangsweise für kriegswichtige Betriebe zu rekrutieren. Bis 1918 stieg die Zahl der erwerbstätigen Frauen von 10,8 Mio (1913) auf 16 Mio und damit 75% der Frauen im erwerbsfähigen Alter. Ihr Anteil an den Erwerbspersonen stieg von 35% auf 55%.“³⁷

Frauenfriedensbewegung und Frauenwiderstand gegen Krieg

Die Schriftstellerin und Pazifistin Berta von Suttner (1843-1914) gründete 1891 die Österreichische Friedensgesellschaft und 1892 die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG). 1889 erschien ihr berühmtes Buch 'Die Waffen nieder!'. 1905 erhielt sie den ersten Friedensnobelpreis.

Ab 1907 sind jährlich hunderte von großen Frauenfriedensveranstaltungen zu verzeichnen. Bedeutende Antikriegskämpferinnen waren Käthe Dunker, Luise Zietz und vor allem Rosa Luxemburg. Um eine internationale Zusammenarbeit der Friedensbewegung zu organisieren, fanden 1907 in Stuttgart, 1910 in Kopenhagen und 1912 in Basel Sozialistenkongresse statt.

In Basel hielt C. Zetkin als Hauptrednerin die Rede 'Krieg dem Kriege - für die Sache des Friedens, der Freiheit, des Glücks der Menschheit - Wir erheben uns gegen den imperialistischen Krieg'.³⁸

Als R. Luxemburg 1914 wegen „Aufreizung gegen Militarismus“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, kam es zu vielen Frauenprotestveranstaltungen, die mit internationalen Protesten am Frauentag in Berlin ihren Höhepunkt erreichten.

1915 trafen sich 1.136 Frauen auf dem großen internationalen Frauen-Friedens-Kongress. Sie gründeten einen Internationalen Ausschuss für dauernden Frieden und ab 1919 die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) und gaben die Schrift raus: 'An Deutschlands Frauen und Mütter - Zum Krieg dem Kriege - mit moralischen, politischen und wirtschaftlichen Mitteln'.

Der IFFF gehörten aus Deutschland die radikalen Pazifistinnen Anita Augsborg (1857-1943), Lida Gustava Heymann (1868-1943), Helene Stöcker (1869-1943) und Rosa Mayreder (1858-1938) an. Sie zählten zum linken Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung. Krieg und Militarismus verstanden sie als Männerherrschaft.

³⁶ Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus Band 18, S. 196

³⁷ Florence Hervé, Geschichte der Deutschen Frauenbewegung, S. 43

³⁸ Clara Zetkin, Reden und Schriften, Band I, S. 564

Die radikalen Pazifistinnen stimmten politisch mit den Sozialistinnen in vielen Punkten überein. Auseinander ging es in der Frage des revolutionären Klassenkampfes. Die radikalen Pazifistinnen und Sozialistinnen lehnten pflegerische Heimatfrontarbeiten in Lazaretten ab.

Dagegen lag für die meisten anderen bürgerlichen Frauengruppen und Gertrud Bäumer der tiefere Sinn der deutschen Frauenbewegung in ihrem „Nationalen Frauendienst oder Heimatdienst“ wodurch sie den Krieg voll unterstützten.

Hedwig Dohm (1833-1919) schrieb 1915 (veröffentlicht 1917) für die radikale Frauenbewegung und gegen Gertud Bäumer und die Mehrheit der bürgerlichen Frauen:

„Vielleicht, die „Begeisterung“ für den Krieg war „tief“ und „echt“. Was beweist es? Tief und echt war auch die fromme Inbrust, die Heiligkeit der Überzeugung, mit der man einst zur Ehre Gottes und zur Rettung ihrer Seelen Ketzer und Hexen verbrannte. Man kann sich ebenso für Irrtümer und Aberglaube (Dummheit nicht ausgeschlossen) begeistern, wie für Wahrheiten, die den Stempel: ewig! tragen. Und das sei unsere Proklamation an die Kommenden: Tod dem Missbrauch des Todes im Krieg!“³⁹



Alltag im 1. Weltkrieg: Schlangestehen für Lebensmittel

³⁹ Florence Hervé, Elly Steinmann, Renate Wurms, Kleines Weiberlexikon, S. 272

Proteste und Widerstand gegen den Krieg riefen die Reaktion auf den Plan. Um z.B. den internationalen Kongress der Pazifistinnen in Den Haag 1915 zu behindern, wurde kurzerhand der Schiffsverkehr von England nach Holland für vier Tage eingestellt. Trotzdem fand das Treffen, das mit dem Sozialistentreffen in Bern verbunden wurde, statt. Auf dem Kongress wurden im 'Berner Manifest' der Sozialistinnen und im 'Haager Aufruf' die Beendigung des Krieges gefordert. Dieser wurden in mehreren 100.000 Exemplaren illegal in den kriegsführenden Ländern verteilt.

Pazifistinnen wurden wegen ihrer Antikriegsarbeit in Schutzhaft genommen. Lida Gustava Heymann wurde 1916 in Bayern jede pazifistische Tätigkeit untersagt und ein Jahr später wurde sie ausgewiesen.

Die Antikriegsarbeit der SPD Frauen wurde behindert und verboten. Luise Zietz, als Sprecherin der Zentrinen, erhielt 1916 Rede- und Agitationsverbot, nachdem sie zu der Lebensmittelverknappung und den Preissteigerung Reden gehalten hatte.

Käthe Dunker, die Sprecherin für die Gruppe Internationale (Mitbegründerin der Spartakusgruppe), wurde 1916 ebenfalls mit Rede- und Agitationsverbot belegt.

Clara Zetkin wurde nach ihrer Verhaftung 1915 gegen Kautionsentlassung entlassen und erkrankte schwer. Der 60. Geburtstag von C. Zetkin im Juli 1917 wurde zu einer großen Demonstration gegen den Krieg genutzt.

Widerstand der ArbeiterInnen

Es waren die proletarischen Frauen, die 1915 auf die Straße gingen und gegen den Krieg und die Teuerung demonstrierten. 1916 kam es in Nürnberg zu Protesten von etwa 2.000 Frauen und 50 bis 60 Soldaten. Demonstrantinnen bewarfen die Polizei mit Pferdemit und Pflastersteinen. In Hamburg wurden 57 Lebensmittelgeschäfte von Frauen und Kindern geplündert. 1917 marschierten in Wilhelmsburg Hunderte von männlichen Arbeitern in einem disziplinierten Zug zum Rathaus, wählten eine Delegation, übermittelten dem Stadtrat ihr Anliegen und zerstreuten sich wieder. Währenddessen plünderten Frauen und Kinder elf Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien.

Presseberichte

Aus dem Bericht vom 3. Polizeirevier – Berlin, den 18. März 1915:

Es versammelten sich ca. 150 Frauen am Reichstagsgebäude, vor dem Eingang der Abgeordneten. Es kam zu keinen Ruhestörungen und nach Beginn der Sitzung entfernten sich die Frauen in Gruppen.

Bericht der Gruppe Internationale über die Frauendemonstration für den Frieden am 28. Mai 1915 vor dem Reichstagsgebäude:

März: 500 Frauen machten eine spontane Kundgebung vor dem Reichstagsgebäude – für Frieden und gegen Teuerung. 28. Mai: 1.500 Personen, meist Frauen, demonstrierten laut am Reichstag. Bei beiden Kundgebungen erfolgte sofort ein Verbot der Zensurbehörden an die Presse, irgendwas über die Demonstration zu berichten. Die Polizei benahm sich, wie üblich, äußerst „liebenswert“. Mit Hilfe mehrerer Spitzel wurden etwa zwei Dutzend Verhaftungen vorgenommen. Die meisten Schutzleute beleidigten die Frauen durch Zurufe; einige gingen auch handgreiflich vor. Zur völligen Zerstreung der Demonstrierenden wurde sogar berittene Polizei aufgeboden.⁴⁰

⁴⁰ Jürgen Kuczynski, Geschichte der Lage der Arbeiter, Band 18, S. 198, 199

1918 treten am 18. Januar 400.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus den Rüstungsindustrien in den Streik. Sie protestierten damit gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen und den Wegfall von allen Schutzbestimmungen und gegen die ungleiche Entlohnung. Arbeiterinnen bekamen damals nur 50% der Männerlöhne. Auf dem Höhepunkt der Bewegung am 30./31. Januar 1918 befinden sich über eine Million Arbeiterinnen und Arbeiter im Streik für Essen und Frieden. Frauen sind in den Arbeiterräten und Streikleitungen stark vertreten. Unter der Bevölkerung und dem Militär verbreitet sich der Spruch:

“Gleicher Lohn und gleiches Fressen und der Krieg wäre längst vergessen“.

Politische Geschichte

Gründung der Spartakusgruppe

Im März 1915 hatten sich KommunistInnen unter Führung von R. Luxemburg und K. Liebknecht zur Gruppe „Internationale“ zusammengefunden. Die Auseinandersetzungen in der SPD mit den Revisionisten und Opportunisten nahmen an Heftigkeit zu. Die rechte Führung der SPD unterstützte offen die Politik des Kapitals und hatte damit einen großen Einfluss auf die ArbeiterInnen. Um sich dagegen abzugrenzen und die revolutionäre Wut der ArbeiterInnen in die Bahnen des Kommunismus zu lenken, gründete sich am 1. Januar 1916 die Spartakusgruppe. Ihre Leitsätze brandmarkten den Sozialchauvinismus und proklamierten den proletarischen Klassenkampf gegen den Imperialismus im Krieg wie im Frieden. Die Leitsätze forderten die Schaffung einer neuen Internationalen, deren Grundlage der revolutionäre Klassenkampf gegen Imperialismus und die unverrückbare internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder sein müsse und für deren Mitglieder die Durchführung der internationalen Beschlüsse oberste Pflicht zu sein habe.

Käthe Duncker trat als Sprecherin der Gruppe auf, immer mit Seife und Zahnbürste in der Hand, da sie mit ihrer Verhaftung rechnen musste. K. Liebknecht und R. Luxemburg saßen ständig hinter Kerkermauern. Die Arbeit der Gruppe konnte überwiegend nur in der Illegalität stattfinden. C. Zetkin war in dieser Zeit schwer krank und konnte nur eingeschränkt mitkämpfen. 1916 erschien die 'Junius-Broschüre' von R. Luxemburg, die den imperialistischen Krieg entlarvte und zum Widerstand aufrief. In der Zeitung 'Gleichheit' durfte nach den Kriegsgesetzen nichts über die Friedens- und Hungerdemonstrationen und den blutigen Zusammenstößen mit der Polizei geschrieben werden.

Die Zentristen

Die Zentristen spalteten sich von den Sozialdemokraten ab und gründeten 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD). Kautsky und den anderen führenden Zentristen ging es aber nicht um die Revolutionierung der ArbeiterInnen. Sie wollten verhindern, dass die klassenbewussten ArbeiterInnen von den KommunistInnen beeinflusst werden, um den revolutionären Widerstand zu organisieren. Unter Vorbehalt schloss sich die Spartakus-Gruppe der USPD an. Sie glaubten das die USPD von unten revolutioniert werden könnte und die rechte Führung zur Seite geschoben würde, was ein Fehler war. Durch den Einfluss der KommunistInnen konnte sich aber ein starker revolutionärer Flügel herausbilden, dem auch Ernst Thälmann angehörte.

Hungersnot

1915 wurde die Brotkarte eingeführt. Fett, Fleisch, Zucker und Eier wurden rationiert. Ab 1916/17 herrschte Hungersnot. Es gab nur noch Kohlrüben. Holz und Kohlen fehlten. Typhus, Ruhr und TBC nahmen rasend zu. Ab Sommer 1916 rissen die Lebensmittelunruhen, Protestveranstaltungen, Massendemonstrationen und Streiks nicht mehr ab. An der Spitze der Hungermärsche liefen Frauen mit Kinder, so dass das Militär nicht zu schießen wagte.

Sozialistische Revolution in Russland

1917 brach die Februarrevolution in Russland aus. Davon beeinflusst brachen in vielen deutschen Städten Streiks aus, an denen sich Hunderttausende ArbeiterInnen beteiligten, allein in Berlin waren es 300.000. Unter der Führung der Spartakusgruppe bildeten sich die ersten Arbeiterräte. Durch die Politik der rechten sozialdemokratischen Führer und der schwankenden Haltung der USPD konnten die Massen gespalten werden und die Regierung gewann die Kontrolle. Viele ArbeiterInnen wurden verhaftet, die Männer wurden ins Feld geschickt.

Teil II

Die Weimarer Republik und die kommunistische Frauenbewegung

1. Krieg dem Krieg – die Revolution 1918



Rosa Luxemburg während einer Kundgebung

Politische Geschichte

Novemberrevolution 1918 in Deutschland

Durch die Arbeit der Spartakusgruppe und der GenossInnen aus der USPD hatten sich die revolutionären Ideen unter den Matrosen der deutschen Hochseeflotte verfestigt. Am 2.8.1917 verweigerten 800 Matrosen und Heizer des Linienschiffs „Prinzregent Luitpold“ im Kriegshafen von Wilhelmshaven den Dienst. Auf anderen Schiffen folgten weiter Aktionen, insgesamt standen 5.000 Matrosen und Heizer im Aufstand. Dieser Aufstand wurde brutal

niedergeschlagen.

Im Oktober 1918 beschloss die Spartakusgruppe ein Programm, dass zum revolutionären Kampf für die sofortige Beendigung des Krieges und für den Sturz des deutschen Imperialismus aufrief.

Ende Oktober 1918 breitete sich ausgehend von der Kaiserlichen Kriegsflotte in Wilhelmshaven eine Antikriegsbewegung aus. Dem Militär gelang es diese Bewegung gewaltsam zu unterdrücken. Doch die Nachrichten von Wilhelmshaven verbreiteten sich übers ganze Land. Am 3. November 1918 erhoben sich die Arbeiter in Kiel zum Aufstand. Am 4. November hatten sie gesiegt und errichteten einen Arbeiter- und Soldatenrat. Die Aufstände erfassten Brunsbüttel, Lübeck, Altona, Bremen, Hamburg, Cuxhafen, Rostock, das Rhein-Ruhr-Gebiet, Bayern, das mitteldeutsche Industriegebiet, Hannover, Sachsen, am Morgen des 9. November Stuttgart. Am gleichen Tage marschierten - auf den Ruf der Spartakusgruppe und des Ausschusses der revolutionären Obleute – die Arbeiter Berlins ins Regierungsviertel. Die Novemberrevolution fegte die Monarchie hinweg, stürzte die Fürstenthronen und erzwang den Waffenstillstand. Der deutsche Kaiser flieht nach Holland. In allen Teilen Deutschlands werden Arbeiter- und Soldatenräte gewählt, viele von ihnen führen revolutionäre Maßnahmen durch, setzen Bürgermeister ab, beginnen mit der Demokratisierung der Verwaltung, bilden Arbeiterwehren, zensieren reaktionäre Zeitungen. Arbeiterräte in den Betrieben übernehmen die Kontrolle der Produktion. 'Alle Macht den Räten' ist die Losung.

Nach der Befreiung der Spartakus-Führer aus den verschiedensten Zuchthäusern, kamen Liebknecht, Luxemburg, Jogiches, W. Pieck, K. u. H. Duncker zusammen und gründeten den Spartakusbund mit einer Zentralen Leitung. Sie gaben die Zeitung 'Rote Fahne' raus. Eine Partei zu gründen hielten sie für verfrüht und hofften weiter die Führer der USPD zu verdrängen. Zetkin und Mehring konnten wegen schwerer Erkrankung nicht teilnehmen.



Die Niederlage

Als kleine Gruppe war Spartakus strukturell nicht überall und teils nur sehr schwach in den Arbeiterräten vertreten, trotzdem konnten sie an vielen Orten machtvolle Aktionen in Gang setzen. Die SPD und Gewerkschaften waren dagegen durch ihren machtvollen Organisationsapparat überall stark vertreten. Da die ArbeiterInnen noch großes Vertrauen in diese Organisationen hatten, folgten sie oft den Anweisungen der SPD-Führung, was zum Abwürgen oder zur Blockade der Kämpfe führte. Die Führung der SPD konnte, infolge der schwankenden, unentschlossenen Haltung des Aktionsausschusses und der Führer der USPD, entscheidenden Einfluss in den leitenden Streikorganen gewinnen und im Zusammenspiel mit der Regierung die Kampffront von innen zersetzen.

„Unter Vorsitz von Ebert (SPD) schließen beide Parteien (USPD/SPD) einen geheimen Pakt mit den kaiserlichen Generälen. Am 11. November wird der Waffenstillstand mit den Westmächten unterzeichnet, am 12. November ein Regierungsprogramm verkündet. Es enthält wichtige, von den Arbeitern lange geforderte Maßnahmen und Reformen, wie die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Vereins-, Versammlungs-, Presse- und Religionsfreiheit, die Amnestie für politische Straftaten, die Aufhebung der Gesindeordnung, die Einführung des Achtstundentages, das gleiche, geheime, direkte, allgemeine Wahlrecht für Bürger ab 20 Jahre. Zugleich aber kündigt es Wahlen für eine konstituierende Nationalversammlung an, zu der auch die mit riesigen Geldmitteln und einem machtvollen Propagandaapparat versehenen Parteien der Reaktion ihre Kandidaten aufstellen können.“⁴¹

Mit Hilfe der SPD und USPD-Führung hat die Konterrevolution sich neu formiert. Konterrevolutionäre Bürger- und Studentenwehren, Offiziers- und Unteroffiziersvereinigungen, Grenzschutzformationen, Freikorps wurden geschaffen, reaktionäre, von der Revolution nicht erfasste Truppen waren vor allem um Berlin konzentriert, sie konnten die Revolution blutig beenden.

Gründung der KPD

Zu lange hatten die KommunistInnen gezögert eine Partei zu gründen, die die Klassenkämpfe führen könnte. Der erneute Verrat durch die Führung von SPD und USPD, die mit Hilfe der alten Reaktion die Revolution zum Scheitern brachte, brachte den KommunistInnen die Klarheit, sich von der SPD und USPD zu trennen und die Kommunistische Partei zu gründen.

R. Luxemburg, K. Liebknecht und Leo Jogiches konnten im März 1919 nicht an dem Parteitag der KPD teilnehmen, weil sie auf einer Empfehlung aus dem erzreaktionären, nationalistischen Kapp-Kreis, im Januar 1919 von den Noske Truppen ermordet wurden.

Im März 1919 fand der Parteitag der USPD statt, dort rechnete C. Zetkin mit der rechten Führung ab. Sie hielt eine mehrstündige Rede⁴² über die Unterstützung der Konterrevolution, sowie darüber wie die Massen vom Kampf abgehalten wurden. Am Ende erklärte sie, dass sie nach 40 Jahren Kampf in dieser Partei nicht mehr kämpfen kann. Zetkin stand auf der Mordliste der Reaktion auf Platz eins, gerettet wurde sie mit dadurch, dass sie nicht in Berlin lebte. Am 29. März tagte die Reichskonferenz der KPD, Zetkin wurde in die Leitung gewählt. Die Partei war verboten und musste in der Illegalität arbeiten. Parteibüros wurden geplündert, die Druckerei besetzt, Flugblätter, Zeitungen und Schriften wurden ebenfalls verboten. In der KPD gab es ultralinke Einflüsse. Lenin half der Entwicklung der Partei, indem er mit deutschen GenossInnen, die nach Moskau reisten, Gespräche führte und Beratungen stattfanden. Auf dem zweiten Parteitag der KPD konnten sich die Leitsätze der III. Internationale gegen den Linksradikalismus durchsetzen. Von Lenin wurde im März 1919 die III. Internationale gegründet und deren Grundsätze ausgearbeitet.

Die revolutionären Kämpfe gehen weiter

Die Oktoberrevolution in Russland hatte gesiegt. Darauf folgten in den meisten kapitalistischen Ländern Massenstreiks. In Ungarn wurde 1919 die Räterepublik errichtet, die bis zum August hielt. In China, Indien, Korea und der Türkei gab es Befreiungsbewegungen.

Im März 1920 rückten die Marinebrigade Ehrhardt in Berlin ein. Auch in anderen Teilen Deutschlands hatte die Reaktion losgeschlagen. Unter Führung von Kapp und General von Lüttwitz wurde eine neue Regierung eingesetzt. Teile der sozialdemokratischen Regierung waren geflüchtet. Die KPD rief zum Generalstreik und zur Bewaffnung der Arbeiter auf. Dem Aufruf zum Generalstreik folgten 12 Millionen Frauen und Männer, im Ruhrgebiet wurde eine Rote Armee mit ca. 100.000 Mann aufgestellt, in Bayern wurde die Räterepublik errichtet. Der Aufruhr wurde von Noskes Truppen blutig niedergeschlagen. Es gab in der Zeit 15.000 Tote, die Gefängnisse waren überfüllt.⁴³ Mit dem Kapp-Putsch wollten die reaktionären Kräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus die Errungenschaften der Novemberrevolution beseitigen, die Arbeiterklasse blutig niederschlagen und eine Militärdiktatur errichten. Die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer unterstützten die Niederschlagung der Kämpfe der ArbeiterInnen, indem sie den einheitlichen Kampf sabotierten und abwürgten.

Vereinigung der USPD und der KPD

Trotz der Niederlagen konnte die KPD durch ihre Arbeit in den revolutionären Kämpfen und dem Kampf gegen den Kapp-Putsch ihren Einfluss in der ArbeiterInnenklasse festigen und ausbauen. In der USPD erstarkte der linke Flügel unter Einfluss von Ernst Thälmann, der die revolutionären Kämpfe im Norden Deutschlands angeführt hatte. Der linke Flügel schloss sich der kommunistischen Internationale an. 1929 schlossen sich die revolutionären Massen der USPD

⁴¹ Louise Dornemann, Clara Zetkin – Leben und Wirken, S. 330-333

⁴² Clara Zetkin, Reden und Schriften, Band II, S. 93

⁴³ Clara Zetkin hat eine Broschüre als Auswertung dieser Zeit erstellt 'Revolutionäre Kämpfe und revolutionäre Kämpfer 1919', in: Clara Zetkin, Reden und Schriften, Band II, S.147-181.

der KPD an, die nun mit 300.000 MitgliederInnen eine Massenpartei war.

Im ZK der KPD zu sein ist nicht so einfach

Im Juni 1920 erhielt die KPD bei den Reichstagswahlen zwei Sitze, diese nahmen Clara Zetkin⁴⁴ und Paul Levi (als damaliger Vorsitzenden der KPD) ein. Zetkin wurde in die Zentrale der Partei gewählt.

Im Zuge politischer Kämpfe⁴⁵ innerhalb der KPD trat Zetkin 1921 aus der Zentrale zurück.

Auf der III. Weltkonferenz in Moskau 1921 sagte Lenin dazu zu ihr: *“Wir dürfen nicht dichten und träumen. Wir müssen die weltwirtschaftliche und weltpolitische Situation nüchtern sehen, ganz nüchtern, wenn wir den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnehmen und siegen wollen. Und wir wollen siegen, wir müssen siegen. Die Entscheidung des Kongresses über die Taktik der Kommunistischen Internationale und alle damit verbundenen Streitfragen müssen im Zusammenhang stehen und betrachtet werden mit unseren Thesen zur internationalen Wirtschaftslage. Das alles muss ein Ganzes bilden... Von der russischen Revolution kann man immerhin noch mehr lernen als von der deutschen 'Märzaktion'!.....Sagen Sie mir, wie konnten Sie eine solche Kapitaldummheit begehen, jawohl, eine Kapitaldummheit, und aus der Zentrale davonlaufen? Wo hatten Sie nur Ihren Verstand? Ich war empört darüber, heftig empört. Kopflos zu handeln, ohne Rücksicht auf die Wirkung des Schrittes und ohne uns mit einem Wort zu benachrichtigen und unsere Meinung einzuholen! Warum haben Sie nichtgeschrieben? Sie konnten wenigstens ein Telegramm schicken.“* – Clara legte ihre Gründe dar – Lenin: *“Ach was!“* rief er lebhaft aus, *„Sie hatten ihr Mandat in der Zentrale nicht von den Genossen dort, sondern von der Partei als Ganzes. Sie durften das Ihnen geschenkte Vertrauen nicht wegwerfen.“* Clara musste ihm in die Hand versprechen, so etwas nie wieder zu tun.

Auf dem Kongress selber musste C. Zetkin schwere Angriffe von deutschen Genossen einstecken. Die Offensivtheorie wurde auf der Konferenz mit 600 Delegierten aus aller Welt, und erstmals Delegierte aus Befreiungsbewegungen, abgelehnt. Auf dem Parteitag in Jena 1921 hielt C. Zetkin eine Rede zu den Aufgaben und der Politik der Partei, übte Selbstkritik an ihrem Verhalten und wurde erneut in die Zentrale gewählt.

2. Frauen raus aus der Arbeit, ran an den Kochtopf

In der Nachkriegszeit

Die revolutionären Kämpfe hatten zur Folge, dass sich immer mehr Arbeiterinnen politisierten und organisierten. 1913 waren 8,9 Prozent der Frauen in den Gewerkschaften und 14,4 Prozent in der SPD organisiert. 1918 waren es dann 25,4 Prozent Frauen, die in der Gewerkschaft und 28,3 Prozent die in der SPD organisiert waren.

Zum anderen waren neue Rechte für die Frauen erkämpft worden, wie z.B. die Einführung des Frauenwahlrechts 1918 und 1919 die Gleichstellung der Frau in der Ehe sowie der Achtstundentag. Die Lage der proletarischen Frauen verbesserte sich dadurch aber nur für eine gewisse Zeit.

Schon im März 1919 wurde eine Verordnung über die 'Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung' erlassen. Das hieß Männer wurden nach Kriegsende wieder eingestellt, während Frauen per Massenentlassungen in die Hausarbeit zurückgedrängt wurden.

Es kam zu 75% Entlassungen in der Chemischen Industrie, 60% im Maschinenbau, 50% in der Metallindustrie, und viele Frauen wurden aus dem öffentlichen Dienst und den Verkehrsbetrieben entlassen. Die Gewerkschaften stimmten den Entlassungen zu.

⁴⁴ 'Das erste Wort der KPD im Reichstag – Rede von Zetkin', Clara Zetkin, Reden und Schriften, Band II, S.195.

⁴⁵ Der Streit ging um die ultralinke Offensivtheorie, die eine Offensive und Aktionen um jeden Preis predigte und die Revolution sofort, nur auf die eigenen Kräfte gestützt machen wollte. Dagegen steht die leninistische Linie, die eine Offensive und den revolutionären Aufstand nur dann zur Aktionslösung macht, wenn die Masse der Werktätigen bereit ist zu folgen, bereit ist für die Revolution zu kämpfen und dafür bis in den Tod zu gehen.

Die rückständigen Ansichten, die Frau gehöre in den Haushalt und der Mann sei Versorger erhielten eine Renaissance. Gerade noch waren sie gezwungen für die Kriegsproduktion ihre Gesundheit und ihr Leben für niedrigste Löhne aufs Spiel zu setzen, jetzt wurden sie wieder in die ökonomische Abhängigkeit von ihren Ehemännern zurückgedrängt.

1925 waren 35,6 Prozent der Frauen berufstätig, viele arbeiteten in ungesicherten Arbeitsverhältnissen. Die Löhne von Hilfs- und Facharbeiterinnen entsprachen im Durchschnitt zwei Drittel der Männerlöhne. Der Frauenanteil bei den Angestellten lag bei 12,6 Prozent, die Studentinnenzahl erhöhte sich von 1919 bis 1932 auf 16 Prozent und im Parlament waren Frauen nur mit 10 Prozent vertreten.

Nach Kriegsende wo das Kapital wieder männliche Arbeitskraft in Massen hatte und die Produktion mit Beendigung des Krieges nachließ, wurden Frauen nach der Logik des Kapitals nicht mehr gebraucht. Damit bestätigte sich die Einschätzung der KommunistInnen, dass ein Gesetz der Gleichberechtigung der Geschlechter im Kapitalismus die Gleichberechtigung von Frau und Mann nicht durchsetzt. Es bestätigt sich, dass der Kampf der Frauen weitergehen muss, dass die Gleichberechtigung eine Klassenfrage ist, dass erst der revolutionäre Klassenkampf erste Möglichkeiten für eine Gleichberechtigung der Geschlechter Wirklichkeit werden lässt.



Andrang vor den Wahllokalen anlässlich der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919, bei der die Frauen erstmals stimmberechtigt waren.

Rechte und nationalistische Frauenorganisationen reihen sich im BDF ein

Im Verlauf der Kriegsjahre hatte sich eine nationalistische Ausrichtung in den Frauenverbänden breit gemacht, die sich dem im BDF zuordneten. Der BDF bestand jetzt aus 47 Verbänden und 3.778 Vereinen. Die Führerinnen des BDF befürworteten und unterstützten den Krieg und verurteilten die Novemberrevolution. Zulauf bekam der BDF in der Weimarer Zeit von rechten, rassistischen und nationalistischen Frauenorganisationen. Damit veränderte sich die gesamte Aussage der bürgerlichen Frauenbewegung stark nach rechts. Das Programm vom BDF war nun nationalistisch geprägt. Nach dem Krieg befürwortete der BDF auch die Massenentlassungen der Frauen.

Zum Thema Sexualität und Schwangerschaft präsentierte sich der BDF mit seinen lange gepflegten, rückschrittlichen und frauenfeindlichen Theorien:

„Der BDF vertrat nur romantisierende Auffassungen über das 'wahre Wesen der Frau'; er bekämpfte energisch die vom Bund für Mutterschutz und den proletarischen Frauenorganisationen geforderte Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs. Hilde Adler vom BDF sprach vom 'zügellosten Geschlechtsverkehr', von der 'Züchtung sexueller Verwilderung', von einer 'Ausuferung des außerehelichen Geschlechtsverkehrs', der eine 'Verrohung des sittlichen Bewusstseins' nach sich ziehen und 'jede Achtung vor der Frau' zerstören werde. Gertrud Bäumer prangerte den 'hemmungslosen Sexualverkehr' an und 'die Züchtung eines weiblichen Typs', der sich 'sexuell auslebt, ohne Mutter werden zu wollen'.“⁴⁶

Die Sozialdemokratie will in den Sozialismus hinüberwachsen

Nach dem Austritt der KommunistInnen und der Entmachtung Clara Zetkins als führende sozialistische Frauenkämpferin, konnte die SPD nun ohne innere Widersprüche das friedliche Hinüberwachsen aus dem Kapitalismus in den Sozialismus durch soziale Reformen und bürgerliche Demokratie propagieren. Für die sozialdemokratische Frauenbewegung galt das Frauenwahlrecht als die Befreiung und Gleichberechtigung der Frau. Die Leiterin des Frauenbüros beim SPD-Vorstand, Marie Juchacz, erklärte dazu, dass mit dem Wahlrecht die deutschen Frauen nun die freisten Frauen der Welt seien. Damit verbreitete sie die Illusion, dass mit dem Wahlrecht die Gleichberechtigung und Freiheit der Frau erlangt wäre, die Ziele des Frauentages erreicht wären und der Kampf der Frauen beendet werden kann. Diese Fehleinschätzung bekamen die Frauen dann bald bitter zu spüren.

Bis 1927 führte die SPD zum 8. März aufgrund dieser Einschätzung keine Aktionen oder Veranstaltungen mehr durch. Auf Initiative von Marie Juchacz wurde 1921 mit der Errichtung eines Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt, die soziale Arbeit in den Mittelpunkt der sozialdemokratischen Frauen gestellt. Für die Mitgliederinnen der SPD wurden Schulungen und Frauenkonferenzen veranstaltet

Die 'Gleichheit' hatte nur noch 25.000 Abonnentinnen und musste 1922 eingestellt werden. Ab 1924 kam die 'Frauenwelt', eine unpolitische Frauenzeitschrift raus, diese Zeitung erreichte bis 1926 eine Auflage von 100.000. Auf dem Parteitag der SPD 1927 wurde die Bildung einer Frauenkommission abgelehnt. Der Anteil der in der SPD organisierten Frauen lag 1924 bei 15,8 Prozent und 1929 bei 21,2 Prozent.

⁴⁶ Florence Hervé, Geschichte der deutschen Frauenbewegung, S. 100

Die Rolle der Gewerkschaften

Für die Gewerkschaften war die Forderung 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit' nicht das, was sie wirklich erkämpfen wollten. Beeinflusst von der Politik der SPD waren es die Gewerkschaftsführer, die als sozialdemokratische Funktionäre die revolutionären Kämpfe blockierten und sabotierten. Sie hatten das Vertrauen der ArbeiterInnen genutzt, um mit ihrer Politik den Sieg der Revolution zu verhindern.

Noch während der Kämpfe in der Novemberrevolution 1918 trafen sich Vertreter des Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB) und Vertreter der Unternehmensverbände wie Stinnes, Thyssen, Krupp und Flick und schlossen ein Abkommen, in dem Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf paritätischer Grundlage geregelt wurden, um die revolutionäre Situation zu beenden, was diesen Verrätern auch gelingen sollte.

Nach Kriegsende unterstützte der ADGB die Forderung, dass Frauen ihre Arbeitsplätze zur Verfügung stellen sollten, um so der Arbeitslosigkeit zu begegnen.

„Auf dem 10. Gewerkschaftskongreß 1919 erklärte die Leiterin des Arbeiterinnensekretariats Gertrud Hanna: 'Solche Entlassungen sollten zum gewissen Grad eine Selbstverständlichkeit sein und sind es auch nach meiner Meinung'.“⁴⁷

1925 waren in den Gesamtverbänden der Gewerkschaften 17,2 Prozent der Organisierten Frauen, 1929 waren es noch 14,5 Prozent und 1931 nur noch 13,8 Prozent.

Politische Geschichte

Nach Beendigung des 1. Weltkrieges herrschte statt des junkerlichen-monarchistischen Regimes die bürgerlich-demokratische Republik. Die Weimarer Verfassung sollte eine repräsentative Demokratie mit einer dem Parlament verantwortlichen Regierung sein. Die Bismarckschen Sozialgesetze wurden ausgebaut.

Mit dem Versailler Vertrag von 1919 wollten die siegreichen imperialistischen Großmächte den deutschen Rivalen ökonomisch, politisch und militärisch niederhalten. Diese Lasten (Reparationszahlungen) wurden auf die ArbeiterInnenklasse abgewälzt.

Von 1919 bis 1923 gab es eine starke Inflation. Die Arbeitslosigkeit stieg an. 1923 waren rund 400.000 Menschen ohne jede finanzielle Hilfe.

Die Weimarer Zeit – 1918 bis 1932⁴⁸

Ökonomisch und politisch gliedern sich die Jahre der Weimarer Republik in drei Phasen:

1. Die „Nachkriegszeit“ von 1919 bis 1923, die durch ökonomisches Chaos, insbesondere durch eine Inflation enormen Ausmaßes, sowie große politische Aktivität der ArbeiterInnenklasse, die nach der Revolution von 1918 noch mehrmals zu revolutionären Situationen führt, gekennzeichnet ist.
2. Die Jahre der relativen Stabilisierung von 1924 bis 1929, die durch eine Festigung der ökonomischen und politischen Position der Bourgeoisie, insbesondere des Monopolkapitalismus gekennzeichnet sind.
3. Die Jahre der Großen Krise von 1929 bis 1932, die einen tiefen ökonomischen Verfall der Wirtschaft und einen steilen Aufstieg der ArbeiterInnenbewegung brachten.

In den ersten Jahren der Inflation und allgemein der Nachkriegskrise des Kapitalismus verschlechterte sich die Lage aller Werktätigen ganz enorm. Im ersten Jahr nach der Novemberrevolution, infolge der starken Bewegung unter den Arbeitern, stiegen die Reallöhne. Dann jedoch fielen sie wieder ab, um 1923 nur noch drei Fünftel des Niveaus von 1914 zu halten.

Wohl ist es richtig, dass während und unmittelbar nach der Revolution vom November 1918 in einer größeren Anzahl von Einzelfällen sich die Losung des Proletariats „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ durchsetzte. Aber mit dem

⁴⁷ Florence Hervé, Geschichte der deutschen Frauenbewegung, S.92

⁴⁸ Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter, Band 18, ab S. 217

Erstarken von Opportunismus und Konterrevolution begann wieder die alte Diskriminierungspolitik gegen Frauen mit rapider Geschwindigkeit das Lohngefüge zu bestimmen.

Die Senkung der Lebenshaltung betraf auch untere und mittlere Beamte und Angestellte, Handwerker und durch Auftragsrückgang und Betriebsstilllegung selbst zahlreiche Kleinunternehmer. Die Realeinkommen der Angestellten und Beamten sanken im Laufe des Krieges sogar wesentlich stärker als die der Arbeiter, denn Unternehmer und Behörden wussten sehr wohl, dass Streiks von ihnen nicht zu befürchten waren. Angesichts dieser Umstände radikalisierten sich besonders die Angestellten und organisierten sich zunehmend gewerkschaftlich.“

Der Mittelstand als großer Verlierer

1921 wurde die Offensive der Imperialisten gegen die erkämpften sozialen und demokratischen Rechte verstärkt. Die Armut nahm zu, wieder grassierten Tuberkulose und Kindersterblichkeit. Die zu zahlende Reparation für den Krieg wurde auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt, deren Abzahlung auf die ArbeiterInnen abgewälzt wurde.

Durch die Inflationen kam es zu vielen Pleiten von Kleinunternehmer, damit begann die Verelendung für große Teile aus dem Mittelstand. Der Abstieg in die Armut machte die Kleinbürger und Mittelständler sehr empfänglich für die demagogische und chauvinistische Propaganda der Faschisten, die wiederum durch diesen Zuspruch an Basis gewannen.

Von der herrschenden Klasse wurde die inflationistische Entwicklung vorangetrieben. Hatten die Preise im Januar 1921 schon das Zehnfache der Vorkriegszeit erreicht, so betrug Ende 1921 das Fünzigfache, Mitte des Jahres 1922 das Hundertfache. Gewinner waren Siemens und Flick, die durch Börsenspekulationen Industrieanteile erwarben. Der große Verlierer war der Mittelstand.

Konzentration des Kapitals

Die Regierungen der Weimarer Republik wurde von rechten Führern der SPD (Brünning) und Gewerkschaften gebildet, dazu gesellten sich Personen aus den Monopolkonzernen wie z.B. der Finanzdirektor von IG-Farben - Geheimrat Schmitz als Reichswirtschaftsminister oder Prof. Dr. H. Warmhold – Vorstandsmitglied der BASF als Wirtschaftsminister.

Innerhalb und zwischen den Monopolen tobte ein heftiger Machtkampf. Die Kohle-Stahl-Eisen Industrie mit Personen wie Stinnes, Thyssen, Krupp, Flick und Kirdorf, auch Kohlebarone genannt, hatten vor der Weimarer Republik die absolute Macht unter den Finanzkapitalisten. Als Konkurrenten entwickelte sich die Elektroindustrie. Siemens und AEG kontrollierten in der Weimarer Zeit die gesamte deutsche Elektroindustrie und IG-Farben entwickelte das mächtigste Monopol in der Chemieindustrie.

Umbau der Produktion

Die Arbeitsleistung der Arbeiter wurde im Laufe der Jahre gesteigert, denn viele Maschinen haben die Geschicklichkeit der Arbeiter ersetzt. Die neue Organisation des Arbeitsprozesses durch Rationalisierung, neue Maschinen und Einführung der Fließbandproduktion hat die Tendenz noch beschleunigt. Jetzt konnten angelehrte und ungelernete Arbeiter den früher komplizierten, jetzt aber in viele einfache Teile zerlegten Arbeitsprozess leicht durchführen.

Der Produktionsapparat wurde vollständig umgebaut, so dass Deutschland 1929 über den fortgeschrittensten Produktionsapparat in Europa verfügte, mit dem Ziel die durch den ersten Weltkrieg verlorenen Absatzmärkte zurück zu erobern.

3. Klasse gegen Klasse – Kommunistische Arbeit unter Frauen

Die KPD entwickelt eine kommunistische Frauenarbeit

Die einzigen, die nun noch die Befreiung der Frau in den Zusammenhang der revolutionären Veränderung der Klassenverhältnisse stellten, waren die KommunistInnen. Mit C. Zetkin als führende kommunistische Kämpferin für die Rechte der Frau gelang es ihnen eine ideologische und politische Arbeit unter den Arbeiterinnen zu entwickeln, die sich nicht auf soziale Bereiche beschränkte. Ab Mai 1919 brachte die KPD die Frauenzeitung 'Die Kommunistin' heraus, C. Zetkin stellte diese als Nachfolgerin der 'Gleichheit' vor. Die Zeitung griff sofort die politische,

ökonomische und soziale Situation der Frauen auf, es erschienen Artikel zu den Themen:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Die gleiche Unterstützung und soziale Betreuung für erwerbslose Frauen
- Schutz für Mutter und Kind
- Maßnahmen zur Erleichterung des Lebens der Frau



Zetkin (l.) und Krupskaja

Gleichzeitig wurden Forderungen aufgestellt zur gerechten Verteilung von Lebensmitteln und Textilien. Zur Linderung der Wohnungsnot sollten die Reichen ihre Paläste und riesigen Wohnungen zur Verfügung stellen. C. Zetkin stellte Verbindungen zu Sowjetrussland her und veröffentlichte Artikel von Nadeshda Krupskaja, Alexandra Kollontai und Inés Armand, die sich mit der Frauenfrage in der Sowjetunion beschäftigten. Außerdem nutzte sie die Zeitung, um politisch mit den Kriegsverbrechern und den Verrätern der Sozialdemokratie abzurechnen.

1920 wurde die erste Frauenkonferenz der KPD abgehalten. Die KPD beschloss dort die systematische Arbeit und Agitation unter den Frauen. Im täglichen Kampf zeigte sich aber noch immer, dass für viele Genossen die Arbeit der Frauen unter den Frauen noch keine gleichberechtigte Arbeit, neben den anderen politischen Aufgaben von KommunistInnen war. 1925 reagierte die KPD auf ihrem Parteitag auf dieses falsche Denken. Mit der Losung

'Frauenarbeit ist nicht die Arbeit der Frauen der Partei, sondern Arbeit der Partei unter den Frauen' wurde nochmal klar gestellt, dass die Frauenarbeit nicht die alleinige und spezielle Arbeit der Frauen ist. Durch eine offensive Frauenarbeit konnte die KPD in der ersten proletarisch-revolutionären Frauenorganisation 1927 ca. 70% parteilose Frauen organisieren.

In der Ausrichtung zur Arbeit mit und unter den Frauen innerhalb der KPD bestätigte sich, dass das Denken über geschlechtliche Ungleichheit und Gleichberechtigung eine revolutionäre Arbeit von langer Dauer ist. Es zeigt sich im weiteren Verlauf der Geschichte, dass mit Gesetzen die jahrhundertelange Ideologie von der geschlechtlichen Ungleichheit weder in den Köpfen der Menschen und schon gar nicht im Nutzen für das Kapital grundlegend geändert wird. Es zeigt sich



Alexandra Kollontai

des weiteren wie eng die politischen, ökonomischen Bedingung im Kapitalismus mit der entsprechenden Ideologie zusammenwirken um den Imperialismus aufrecht zu erhalten.

Nutzung des Parlaments

Die KPD brachte eine Reihe von Gesetzentwürfen in den Reichstag ein. Z.B. 1929 einen Entwurf zum Schutz von Mutter und Kind und 1931 einen Entwurf zum Schutz für die volle Gleichberechtigung der arbeitenden Frau. Dort wurde gefordert, die Gleichberechtigung der Frau, gleiche Entlohnung und das Verbot von Entlassungen verheirateter Arbeiterinnen zu verankern. Gleichzeitig organisierte die KPD zu diesen Themen eine Reihe von Veranstaltungen und nutze so weitere Möglichkeiten die Arbeiterinnen zu erreichen.

Weg mit dem § 218

Durch die Massenarbeitslosigkeit und die dadurch entstandene Not und das Elend stieg die Zahl der Schwangerschaftabbrüche an; auf eine Geburt kam ein Abbruch. Verhütungsmittel gab es nur unzureichend. Einen medizinisch sauberen Abbruch konnten sich die Arbeiterinnen nicht leisten. 1931 wurde mit rund einer Million Schwangerschaftsabbrüche gerechnet, darunter 44.000 mit tödlichem Ausgang und über 50.000 mit irreversiblen Gesundheitsschäden.

Im Kampf gegen den §218 bildeten sich hunderte Kampfausschüsse, denn der Schwangerschaftsabbruch war strafbar und wurde mit Zuchthaus bestraft. 1928 wurden 4.000 Frauen wegen Abtreibungen verurteilt. Als einzige Partei forderte die KPD die bedingungslose Streichung des §218, sie hatte mit ihrer Offensive einen entscheidenden Anteil daran, dass die Kampagne zum §218 eine Massenbewegung wurde.

Nach einer Massenkundgebung am 18. Februar 1931 wurde der Stuttgarter Arzt und Schriftsteller Friedrich Wolf sowie die Ärztin Dr. Else Kienle 'wegen gewerbsmäßiger Abtreibung' verhaftet und unter Anklage gestellt. Dieses Vorgehen wurde im ganzen Land mit Protestkundgebungen beantwortet. Es fanden 1.500 Massenversammlungen innerhalb weniger Wochen statt. Die Massenproteste erreichten die Freilassung der beiden Ärzte, nicht aber das angestrebte Volksbegehren zur Abschaffung des §218.

Frauendelegiertenbewegung

Der Parteitag der KPD von 1927 hatte die Losung aufgestellt: 'Kurs auf die Arbeiterin im Betrieb'. 1928/29 entwickelte die KPD die Bewegung der Konferenzen werktätiger Frauen (Frauendelegiertenbewegung). Im Rahmen der Frauendelegiertenbewegung fand im Oktober 1929 in Berlin-Moabit der erste Reichskongress werktätiger Frauen statt. Im Oktober 1931 tagte der Kongress werktätiger Frauen Norddeutschlands, mit etwa 1.500 Delegierten. Hauptthemen der Diskussion waren die sozialen Probleme der Arbeiterinnen und ihre Beteiligung an den Auseinandersetzungen in Betrieb und Gewerkschaft. Die Frauendelegiertenbewegung breitete sich 1930/31 über ganz Deutschland aus und erfasste auch christliche und sozialdemokratische Frauen. 1929 zählte die Bewegung 2.200 Delegierte; 1930 waren es 7.000 und 20.000 im Jahr 1931.⁴⁹

⁴⁹ Florence Hervé, Geschichte der deutschen Frauenbewegung, S. 105, 106

Kulturbewegung gegen Krieg und Faschismus

Gefördert von der KPD organisierte sich eine Kulturbewegung, in der sich Künstler aus der revolutionären Arbeiterbewegung und aus dem Bürgertum gegen Krieg und Faschismus zusammenschlossen. Mit ihren Werken unterstützten sie den Kampf der ArbeiterInnen. Dort fanden sich z.B. zusammen: Willi Bredel, Johannes R. Becher, Bertold Brecht, Erich Weinert, Ludwig Renn, John Heartfield, Anna Seghers, Hans Eisler und Kurt Tucholski.

Der letzte Kongress, den C. Zetkin gemeinsam mit Käthe Kollwitz, Helene Stöcker, Henri Barbusse, Albert Einstein, Maxim Gorki, Heinrich Mann und vielen anderen Vertretern der internationalen Weltkultur organisierte, war der Kongress gegen den imperialistischen Krieg im August 1932.

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)

Der Bund für Mutterschutz und der deutsche Zweig der IFFF (Radikalen) waren die einzigen bürgerlichen Frauenorganisationen, die sich gegen die Faschisten stellten und diese auch bekämpften. Helene Stöcker (1869-1943) trat dafür ein „in Gemeinschaft mit den unterdrückten Klassen und Völkern für eine höhere Gesellschaftsordnung, als Voraussetzung für Frieden“ zu kämpfen.

„Im Januar 1929 fand in Frankfurt auf Initiative der IFFF eine Internationale Konferenz über die modernen Kriegsmethoden und den Schutz der Zivilbevölkerung statt, die als historisches Ereignis gilt. Die rund 300 TeilnehmerInnen verurteilten die Verwendung der Wissenschaft zu Zwecken der gegenseitigen Vernichtung der Völker. Die Chemikerin Dr. Gertrud Woker berichtete über 'den chemischen Krieg unter besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse der Kampfgasstatistiken'.“⁵⁰

Klasse gegen Klasse

Durch die Notverordnungen von 1932 kam es zu massivem Abbau von sozialen Rechten, Kürzung der Löhne und die Aufhebung des Achtstundentags. Das Leben für die arbeitenden Menschen war wieder geprägt durch Hunger, Wohnungsnot und Preissteigerung. Die entlassenen Frauen erhielten eine niedrigere Arbeitslosenunterstützung als die Männer.

Die KPD organisierte ihren Kampf dagegen mit der Losung 'Klasse gegen Klasse'. Sie forderte die Beschlagnahme der Lebensmittel und ihre Verteilung durch Organe der Werktätigen, Mitwirkung von Kontrollausschüssen der arbeitenden Bevölkerung an der Preisbindung, Bestrafung von Wucherern, Beschlagnahme der Devisen, Verstaatlichung der Banken und Kontrolle der Produktion. Es war eine Zeit in der sich die politischen Widersprüche zuspitzten. Große und andauernde Streiks und Aufstände durchzogen das Land die auch internationale Streikunterstützung bekamen. Die KPD organisierte ständig Aktionen in denen Frauen nicht nur organisatorische Aufgaben übernahmen sondern leitende und führende Funktionen.

Bis 1931 konnte die KPD ca. 250.000 Frauen in verschiedenen Organisationen unter ihrer Führung organisieren. Vor der Faschistischen Machtübernahme wählten 2,4 Frauen die KPD.

⁵⁰ Florence Hervé, Geschichte der deutschen Frauenbewegung, S. 110

Politische Geschichte

Organisierung der Faschisten

Nach Kriegsende und der Revolution von 1918/19 entstand ein organisiertes rechtsradikales Lager mit Organisationen wie z.B. der 'Deutsche Arbeiterpartei' (DAP), 'Deutschnationale Volkspartei', 'Deutschkonservative Partei', 'Stahlhelm Bund', 'Werwolf', 'Jungdeutscher Orden', 'Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft Deutschlands'. Die Strukturen zogen sich durch das gesamte Land und mit den Schulungen von Personen aus Bereichen z.B. der Bildung, Medizin und Rechtswesen wurde gleichzeitig das Netz der ideologischen Verbreitung organisiert.

Neben der nationalen, antisemitischen und rassistischen Ausrichtung wurde der sozialistische Gedanke demagogisch aufgenommen. In den Parteien organisierten sich neben Personen aus dem Finanzkapital, Adlige, Junker, Militärs und aus Kleinbürgertum kommende konservative Mittelständler.

Die revolutionären Aufstände 1919 veranlassten überall in Deutschland Mittelständler und Bauern zur Bildung lokaler antirevolutionärer Milizen. Diese arbeiteten mit deutschvölkischen Gruppen aus entlassenen Soldaten und den neugebildeten paramilitärischen Freikorps zusammen. Hitler fing an seine braunen Garden zu organisieren, faschistische Banden formierten sich, wie in dem 'Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund' mit über 100.000 Mitgliedern. Sie beteiligten sich daran, die revolutionären Arbeitskämpfe mit brutaler Gewalt zu zerschlagen oder linke Aktionen, Veranstaltungen und Kommunistinnen anzugreifen.

Gründung der NSDAP

1920 gründete sich aus der DSP die 'Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei' (NSDAP).

Einige Programmpunkte der NSDAP:

- Zusammenschluss aller Deutschen zu einem Großdeutschland
- Aufhebung der Friedensverträge (bezogen auf die Verluste und nicht erreichten Ziele aus dem 1. Weltkrieg)
- Ausschaltung der Juden
- Verbot aller Bekenntnisse, die gegen das Moralgefühl der „arischen Rasse“ verstoßen
- Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches
- Hebung der Volksgesundheit
- Verstaatlichung der Trusts (Zusammenfassung mehrerer Unternehmen unter einer Leitung zum Zweck der Monopolisierung)

1922 hatte die Nationalsozialistische Partei/NSDAP 10.000 Mitglieder sowie einen eigenen Kampfverband, die Sturmabteilung (SA) und die Zeitung 'Völkischer Beobachter'.

Propaganda der NSDAP

Das Diktat des Versailler Vertrags der imperialistischen Siegermächte des ersten Weltkrieges nutzten die Faschisten für sich und entwickelten darauf aufbauend ihre chauvinistische (extrem nationalistisch) Propaganda. Den Chauvinismus mischten die Nazis mit einer antikapitalistischen Demagogie (politisches Aufhetzen gegeneinander). Sie griffen damit den Hass der ArbeiterInnen gegen Kapital und Ausbeutung auf und lenkten diesen in ihre faschistische Richtung.

Grundzüge der NSDAP-Ideologie

Die faschistische Ideologie hat eine eigene Art von Denken, eine eigene Art von Verständnis und Vorstellung des Menschen erstellt, welche naturgegeben sei. Sie sucht zwischen Menschengruppen nach Unterschieden um diese auf- oder abzuwerten. Sie bezeichnen Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern als „Rasse“, um sie in höher- oder minderwertig einzuteilen. Sie erfinden „naturgegebene Merkmale“ z.B. die Nase, an denen man z.B. Juden erkennen könne. Die „höchste und beste Rasse ist die arische Rasse“ und darin kommt den „Germanen und Deutschen“ ein besonderer Wert zu. Die „deutsche Herrenrasse“ hat zu herrschen, die minderwertigen Völker müssen gehorchen oder ausgerottet werden. Sie erklären die „Juden zur Gegenrasse“, die sich zum Ziel gesetzt hat, die „arische Rasse“ zu zersetzen und sagen dem jüdischen Bolschewismus den Kampf an.

Widerstand

1922 begann der erste Beamten-Streik in der Geschichte Deutschlands. 800.000 Eisenbahner legten die Arbeit nieder. Es folgten die Mansfelder Eisen- und Hüttenarbeiter, die Metallarbeiter in Süddeutschland. In diesen Streiks gewann die KPD mit ihrem Aktionsprogramm 'Klasse gegen Klasse', dass Forderungen für alle Lebens- Arbeits- und Bildungsbereiche enthielt, großen Einfluss. 1923 kam es zu großen Massendemonstrationen und Streikaktionen gegen die Verelendung der ArbeiterInnen, die sich zu einem Generalstreik ausweiteten. Unter Führung von Ernst Thälmann erhoben sich in Hamburg bewaffnete Arbeiter zum Aufstand. Sie mussten aber ihren Rückzug antreten, da sie in

anderen Teilen Deutschlands keine Unterstützung fanden. Nach diesen erneuten revolutionären Kämpfen wurde die KPD verboten.

1928 kam es zum größten Ruhreisenstreik in der Geschichte der Weimarer Republik. Die Arbeitgeberverbände sperrten 230.000 Metallarbeiter aus. Die Flächentarifverträge wurden von den Unternehmern gekündigt.

Die 1. Mai Demonstration 1929 wurde verboten, trotzdem sind in Berlin 200.000 Arbeiter dem Aufruf der KPD gefolgt. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel erteilte daraufhin der Polizei Schießbefehl. Es kam zu 31 Toten, mehreren hundert Verletzten und 1.200 Verhaftungen an diesem Blutmai.

Wirtschaftskrise 1929

Die Wirtschaftskrise von 1929 bis 1933 erfasste ohne Ausnahme alle Länder der kapitalistischen Welt. Infolgedessen erwies sich ein Manövrieren der einen Länder auf Kosten der anderen als unmöglich. Mit größter Gewalt traf die Krise das bedeutendste Land des modernen Kapitalismus, die Vereinigten Staaten von Amerika. Die industrielle Krise in den wichtigsten kapitalistischen Ländern verflocht sich mit der landwirtschaftlichen Krise in den Agrarländern, was zu einer Vertiefung der Wirtschaftskrise im Ganzen führte. Die Krise von 1929 bis 1933 war die bis dahin tiefste und schärfste aller Wirtschaftskrisen in der Geschichte des Kapitalismus. Die Industrieproduktion sank in der ganzen kapitalistischen Welt um 36 Prozent, in einzelnen Ländern sogar noch mehr. Der Umsatz im Welthandel sank auf ein Drittel. Die Finanzen der kapitalistischen Länder wurden völlig zerrüttet.

Unter den Bedingungen der chronischen Massenarbeitslosigkeit führten die Wirtschaftskrisen zu einem gewaltigen Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen. Die chronische Unterbelastung der Industriebetriebe und die äußerste Verelendung der Massen erschwerten den Ausweg aus der Krise. Waren früher die Krisen in ein bis zwei Jahren überstanden, so hielt die Krise von 1929 bis 1933 fast vier Jahre.

4. Die Machtübertragung an den Faschismus und der antifaschistische Kampf

Rechte und nationalistische Frauenorganisationen bestimmen den BDF

In der Zeit der Weimarer Republik bot der BDF neben Hausfrauenvereinen, religiösen Frauenvereinen und jüdischen Frauenvereinen auch die Möglichkeit, dass sich extrem rechte, antisemitische und antikommunistische Frauenorganisationen unter dem Dach des BDF sammelten. Dagegen entwickelte sich kein Widerstand und ideologisch lagen die Vereine auch nicht grundsätzlich auseinander. Einige dieser Organisationen waren: 'Bund Königin Luise' (Schwesterorganisation des Stahlhelms), 'Ring nationaler Frauen', der 'Deutsche Frauenkampfbund', der 'Bund deutscher Offiziersfrauen' und der 'Frauenbund für vaterländische Ziele'.

Auch im zentralen Vorstand konnten Mitgliederinnen aus völkischen Frauenkreisen, wie der Deutschnationalen Volkspartei und der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei mitwirken. Einige Frauenorganisationen verurteilten die Novemberrevolution als das Werk der Juden und bezeichneten die Weimarer Republik als Judenstaat.

Der BDF bot damit den faschistischen Frauenorganisationen eine gut organisierte Struktur, um breit in alle Lebensbereiche der Frauen einzudringen und dort ihre rassistische, frauenfeindliche, antisemitische und antikommunistische Hetze zu verbreiten.

Die unangefochtene Führerin des BDF Gertrud Bäumer und andere Führerinnen befürworteten und förderten die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten. Bäumer und andere Führerinnen begrüßten auch die Einrichtung eines Arbeitsdienstes für Frauen und so wurde die Einrichtung des Freiwilligen Arbeitsdienstes (FAD) von den meisten bürgerlichen Frauenorganisationen unterstützt. Für die Arbeiterin hieß das, Frauen die dringend auf Lohn angewiesen waren wurden in „Ehrenamtliche Arbeit“ rein gedrängt.

Mit der Eingliederung faschistischer und nationaler Organisationen bewies sich der BDF als Erfüllungsgehilfe für den Faschismus und ebnete entsprechend den Weg das sich faschistische Frauenführerinnen schon mal in Position bringen konnten. z.B. Diehl, Zander, Gottschewski und Rogger-Börner.

Autoritätshörig und „selbstlos“ aber untereinander konkurrierend entwickelten sie eine systematische Arbeit, die Frauen und Mädchen auf ihre zukünftige Rolle der „nationalen deutschen Mutter“, der „arischen Schwesterlichkeit“ und der „natürlichen, strikt getrennten Wirkungsbereiche“ von Frau und Mann vorbereiteten. Sie trugen erheblich dazu bei, über ihren Strukturen im BDF und in Zusammenarbeit mit Institutionen Statistiken und Registrierungen über Menschen herzustellen, die behindert, krank oder „sozial auffällig“, Bolschewisten waren, die nicht in das faschistische Menschenbild passten. Diese Vorarbeit erleichterte später den Faschisten ihre Vernichtungsarbeit.



Frauenideal der Faschisten: Magda Goebbels

Der Weg des BDF führte über die Kriegsbefürwortung, Unterstützung des Kaisers, Befürwortung der Monarchie und des Kapitals, Verurteilung der revolutionären Aufstände und des Kommunismus, ebnete den Faschisten Unterstützung zur Machtübernahme und stellte sich von Beginn an auf die Seite der faschistischen Diktatur. Ab 1933 sorgte Bäumer dafür, dass sich die Vereine und MitgliederInnen des BDF in das faschistische System integrierten.

Der Faschismus als neue Waffe der Monopolbourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat

C. Zetkin war schon seit Jahren schwer krank, sie konnte teilweise weder laufen noch sehen. Trotzdem trat sie auf vielen Konferenzen und Veranstaltungen auf und hielt Reden. Bis 1925 leitete C. Zetkin das Westeuropäische Internationale Frauensekretariat und gab 'Die Kommunistische Internationale' raus. Danach wurde die Leitung der internationalen Frauenarbeit von Frauen (aus verschiedenen Ländern) in Moskau übernommen. 1922 hielt Zetkin eine politisch entscheidende Rede 'Der Kampf der Kommunistischen Parteien gegen Kriegsgefahr und Krieg' vor dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Diese Rede enthält eine umfassende Analyse der aktuellen Weltlage, wies die Verschärfung der Krise des Kapitalismus nach und der Verschärfung des Kampfes des internationalen Imperialismus um die Weltherrschaft. Sie bezieht Stellung zu den Angriffen der Imperialisten gegen die Sowjetunion und zum Pazifismus.⁵¹

C. Zetkin erkannte sehr früh die Gefahr, die von den Faschisten ausging, in einer Zeit wo die Anhänger der Faschisten noch nicht stark waren. Sie reiste 1923 nach Italien, um sich ein Bild über den italienischen Faschismus und dessen Auswirkung unter den Massen zu machen. Als Analyse daraus hielt sie im Juni auf dem erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale eine Rede zum:

'Kampf gegen den Faschismus'⁵²

In ihren Reden und Schriften forderte C. Zetkin immer wieder zur Bewaffnung gegen die Faschisten auf und wies darauf hin, dass die Faschisten mit scheinradikalen Phrasen und verlogenen Versprechungen Massen von Angehörigen der städtischen Mittelschichten, der Intelligenz, von Bauern und Jugendlichen mobilisierten, die – infolge der Krise, in die der Kapitalismus geraten war, verelendet – einen Ausweg aus ihrer schwierigen Lage suchten. Sie verlangte, dass neben der Abwehr der faschistischen Gewalttaten politisch und ideologisch um die vom Faschismus



Betörten gerungen werde...“*Erbittert bis zum äußersten, gab die Mehrheit der völlig verarmten und reaktionär erzogenen Mittelständler der Novemberrevolution und den Sozialdemokraten die Schuld für ihr Elend, die Rolle des Monopolkapitals und der Faschisierung erkannten sie nicht, sie*

⁵¹ Clara Zetkin, Reden und Schriften, Band II, S. 497-569

⁵² Clara Zetkin, Reden und Schriften, Band II, S. 689

wurden zu den stärksten Unterstützern des Faschismus.“⁵³

Verschärfte kapitalistische Krise und Notverordnungen

Insgesamt blieben die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in der Weimarer Republik für berufstätige Frauen trotz gesetzlicher Festschreibung der Gleichberechtigung höchst unsicher. Die ökonomische Unabhängigkeit vom Mann, die eine Umsetzung der Forderung 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit' und eine Zurückdrängung patriarchaler Strukturen in der Arbeitswelt voraussetzt, konnte damals nicht erreicht werden und ist bis heute nicht umgesetzt.

Aufgrund der tiefen wirtschaftlichen Krise berief Hindenburg 1930 den nationalistisch ausgerichteten Zentrumspolitiker Brüning zum Reichskanzler. Die Führung der Sozialdemokratie war damit abgesetzt. Brüning beschloss 1930 die Notverordnungen, die wieder einen massiven Sozialabbau zur Folge hatten. Für die Massenarbeitslosigkeit wurden wie gewöhnlich die berufstätigen Frauen verantwortlich gemacht, mit der Parole „Heraus mit den Doppelverdienern“ wurde Ehefrauen gekündigt, die einen Mann hatten der arbeitete.

„Alle geringfügig Beschäftigten (unter 30 Wochenstunden) und schlecht Verdienenden wurden von der Arbeitslosenversicherung ausgesperrt. Dies traf in erster Linie Putz- und Waschfrauen, Saison- und Kurzarbeiterinnen. Ab Juli 1931 wurde die 'Bedürftigkeit' verheirateter Frauen geprüft, diskriminierende Sonderregelungen wurden für sie bei den Unterstützungssätzen vereinbart. In der Folge sank der Anteil der Frauen an den Unterstützungsberechtigten von 46,2% im Jahr 1930 und auf 13,9% im Jahr 1932. Im Dezember 1931 erhielten von einer Million erwerbsloser Frauen nur die Hälfte eine Unterstützung. Nach dem Gesetz über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten vom 30. Mai 1932 konnte auch die Entlassung der verheirateten Beamtinnen verfügt werden, 'wenn die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten nach der Höhe des Familieneinkommens dauernd gesichert erscheint'. Hinzu kamen die Einschränkungen des Schwangeren- und Mutterschaftsschutzes, die Kürzung der Stillgeld- und Entbindungshilfen sowie ein spürbarer Lohnabbau, durch den die Frauenarbeit noch billiger wurde. Die Frauenlöhne lagen immer noch 30 bis 40% unter den entsprechenden Männerlöhnen.

Im Zuge der Notverordnungen der Regierung Brüning vom 5. Juni 1931 wurde auch der 'Freiwillige Arbeitsdienst' (FAD) als staatliche Einrichtung geschaffen. Im November 1932 veröffentlicht der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung seinen 'Erlass für den Freiwilligen Arbeitsdienst der weiblichen Jugend'. Zu dieser Zeit waren bereits 10.000 Mädchen vom FAD erfasst; sie waren vorwiegend als Haushaltshelferinnen, Wäscherinnen in männlichen Arbeitsdienstlagern sowie als Landarbeiterinnen beschäftigt, teilweise auch zu fürsorglicher Tätigkeit oder zu Arbeit in Volksküchen und Wäschereien herangezogen.“⁵⁴

Für die Mädchen war die Arbeit sehr schwer, sie bekamen ca. 30 Pfennige pro Tag Taschengeld. Bei Arbeiten im Haushalt oder Fabrikarbeit konnte die Arbeitszeit 16 bis 18 Stunden dauern.

⁵³ Louise Dornemann, Clara Zetkin – Leben und Wirken, S. 493.

⁵⁴ Florence Hervé, Geschichte der deutschen Frauenbewegung, S. 102



Faschistische Propaganda

Wie weit der ADGB sich nach rechts positioniert hatte zeigt folgender Beschluss von 1929:

„Der Vorstand des ADGB vertritt daher den Standpunkt, dass es in Zeiten großer und lang andauernder Arbeitslosigkeit sich nicht umgehen lässt, das nach der Verfassung gewährleistete Recht auf Arbeit insofern einzuschränken, dass die Arbeitsplätze, die von Personen besetzt sind, die nicht unbedingt auf eigenen Arbeitsverdienst angewiesen sind, freigemacht werden für solche Arbeitslose, die Erwerbsarbeit zur Deckung ihres Lebensunterhalts brauchen“⁵⁵

Auch mit rassistischen Äußerungen hielt der ADGB sich nicht zurück, ein Beispiel:

„Alle brauchbaren, rassetüchtigen Menschen sollen sittliche Pflicht zur Elternschaft haben. Der Staat verlangt von ihnen die Aufzucht von mindestens drei Kindern über das fünfte Lebensjahr hinaus“⁵⁶

Probleme im Klassenkampf – Bolschewisierung, Sozialfaschismus und Antifaschistische Einheitsfront⁵⁷

Die kommunistische Internationale und die KPD hatten schon 1928 die kommende Wirtschaftskrise und die erwartete erneute revolutionäre Zuspitzung vorausgesehen. Mit Ausbruch der Krise verschärfte sich in Deutschland der Klassenkampf, immer wieder und im ganzen Land wurden große Massenstreiks gegen Ausbeutung, Unterdrückung und den drohenden Faschismus durchgeführt.

Das größte Problem im antifaschistischen Kampf war, dass weder bürgerlich demokratische Parteien noch die SPD als Bündnispartner zur Abwehr des Faschismus zur Verfügung standen. Im Gegenteil verwandelte sich die SPD in der Weltwirtschaftskrise zum wichtigsten Steigbügelhalter des Faschismus, was die KPD in ihren Analysen als 'Sozialfaschismus' eingeschätzt hat.

Die KPD versuchte mit der Bolschewisierung, d.h. dem Umbau der Parteistruktur zu einer Kaderpartei und der Hebung des ideologischen Niveaus der MitgliederInnen, die verhängnisvollen sozialdemokratischen Traditionen einer „Wahlpartei“ zu überwinden. Gleichzeitig startet sie mit der Offensivstrategie den notwendigen Versuch, die Mehrheit der ArbeiterInnenklasse zu gewinnen und durch die 'Revolutionäre Gewerkschaftsopposition' (RGO) vor allem die Betriebe als 'Festung für die Revolution' (wie Lenin formuliert hatte) zu erobern. Nach anfänglichen Erfolgen 1929 wurde die kommunistische Offensive unter maßgeblicher Mithilfe sozialdemokratischer Gewerkschafter und Betriebsräte 1930/31 durch Säuberung der Betriebe von kommunistischen Unruhestiftern zerschlagen. Im Ergebnis war die KPD 1932 eine Erwerbslosenpartei.

⁵⁵ Florence Hervé, Geschichte der deutschen Frauenbewegung, S. 103

⁵⁶ Florence Hervé, Geschichte der deutschen Frauenbewegung, S. 104

⁵⁷ Ausführlich gehen wir auf die damit zusammenhängenden Fragen in der Broschüre 'Die Bolschewisierung der kommunistischen Partei Deutschlands', S. 16 bis 21 ein.

Die nachfolgenden Schwankungen der KPD in der Antifaschistischen Politik sind auf folgende Grundprobleme zurückzuführen: Die strategische Machtbasis in den Betrieben und die revolutionäre Offensive war schon 1931 verloren. Jetzt versuchte man in einem relativ krassen und teils kaum vermittelbaren politischen Schwenk auf die Sozialdemokratie zuzugehen, um irgendwie den Faschismus noch zu stoppen. Gegen den Widerstand der rechten Führer aus SPD und Gewerkschaft konnte die KPD viele unorganisierte Menschen in der Antifaschistischen Einheitsfront im Kampf gegen den Faschismus organisieren. Große Teile der ArbeiterInnen vertrauten aber weiter den Gewerkschaften und der SPD, trotz den Erfahrungen einer Politik des Abwiegeln der Kämpfe, die sie in den Jahrzehnten langen Kämpfen gemacht hatten.

Führende Kader der SPD und Gewerkschaften waren nach wie vor durch die gute Organisationstruktur in den Streikausschüssen stark und überall vertreten und hatten damit entscheidenden Einfluss auf die ArbeiterInnen. Sie verweigerten sowohl beim sogenannten 'Papen-Putsch' (der ungesetzlichen Absetzung der sozialdemokratisch geführten Regierung in Preußen im Sommer 1932) wie am 30. Januar 1933 bei der Machtübertragung an die Hitler-Faschisten die von den ArbeiterInnen geforderte Mobilisierung des 'Reichsbanner' (der SPD-Miliz) zum gemeinsamen Kampf mit dem 'Rotfrontkämpferbund' der KPD gegen die Faschisten.

Die KPD setzte der Politik des Abwürgens der revolutionären Kämpfe, den konsequenten Kampf für die Revolution entgegen. Aber die KPD machte auch linkssektiererische Fehler und da sie schwächer vertreten war als die Verräter, nutzten die Gewerkschaften die Fehler zu Massenausschlüssen von Kommunisten aus den Betrieben und Gewerkschaften. Damit entzogen sie den Kommunisten Einflussmöglichkeiten auf die ArbeiterInnen.

Politische Geschichte

Bürgerkrieg und Einheitsfront

Ab 1932 tobte auf den Straßen der offene blutige Bürgerkrieg. Nazihorden organisierten Prügeleien, Überfälle und Verhaftungen. Die Sturmabteilung/SA und Schutzstaffel/SS übernahm als brutalen Prügel- und Mordtrupp den Straßenkampf für die NSDAP. Noch vor der Regierungsübernahme durch Hitler, wurden durch sie fast uneingeschränkt viele KommunistInnen und AntifaschistInnen zusammenschlagen, gefoltert und in Gefängnisse gesperrt. Die NSDAP hatte während der großen Krise hohe Erfolge in Wahlen errungen und im Juli 1932 an Stimmenzahl, alle Arbeiterparteien zusammengenommen, übertroffen.

Um die Machtergreifung des Faschismus zu verhindern kämpfte die KPD für die Bildung einer Einheitsfront gegen den Faschismus. Das hieß: Die KPD wollte mit der SPD und den Gewerkschaften ein Antifaschistisches Bündnis schließen, indem die unorganisierten ArbeiterInnen, die noch immer die große Masse stellte, organisiert werden sollte, im Kampf gegen den Faschismus. Die SPD Führung lehnte diesen Zusammenschluss ab und setzte weiter auf einen Kampf im Parlament. Der ADGB lehnte ebenfalls die Einheitsfront ab, sie erklärten die Kommunisten zu Provokateuren und forderten die ArbeiterInnen auf keinen Widerstand zu leisten.

Fehler und Schwächen der KPD:

- Der wichtigste Fehler war, das die KommunistInnen in Deutschland, die KPD in Abgrenzung zur reformistischen SPD zu spät gründeten und so die Zeit fehlte, dass die KPD sich zu einer starken Führungs- und Vorhutspartei entwickeln konnte.
- Bolschewisierung der KPD und Sozialfaschismusanalyse waren gegen Ende der kapitalistischen Stabilisierung 1927/28 zwar die richtigen Leitlinien. Aber ihre Umsetzung angesichts tief verwurzelter sozialdemokratischer Traditionen in der ArbeiterInnenklasse und der kommunistischen Bewegung in Deutschland hätte jahre- wenn nicht jahrzehntelange Vorarbeit bedurft. Diese Zeit gab es nicht; die KommunistInnen waren zu spät dran.
- Die SPD hatte spätestens mit dem Blutmai 1929, der den Vorwand für die Illegalisierung der kommunistischen Miliz des Rot Front Bundes/RFB geliefert hat, ihre Wahl für das Finanzkapital und damit – wenn teilweise auch gegen

ihre Absichten - für den Faschismus getroffen. Angesichts dieser Entscheidung war die Offensivstrategie die einzig verbliebene Handlungsoption der KPD, auch wenn ihre Erfolgchancen von Anfang an sehr gering gewesen sind.

- Die linkssektiererischen Fehler (z.B. Politik der kleinen Zörgiebels, die jeden SPDler zum Verräter erklärte, frühzeitige Gründung roter Gewerkschaften ohne Massenbasis) erleichterten der Sozialdemokratie als Steigbügelhalter des Faschismus die kommunistische Offensive zu zerschlagen.
- So richtig wie nach der Niederlage 1930/31 der Schwenk zur Einheitsfrontpolitik zur Verhinderung des Faschismus gewesen war, so ungenügend war die KPD und die kommunistischen Massen dafür organisatorisch und ideologisch aufgestellt.
- Die KPD war zu schwach, weil sie zu spät gegründet und nie vollständig bolschewisiert wurde. Die Konterrevolution hat ihr eine frühzeitige Entscheidungsschlacht aufgezwungen, als sie noch nicht dafür bereit gewesen ist. Die KPD konnte den Faschismus auf sich allein gestellt 1930 bis 1933 nicht verhindern. Aber sie hat niemals aufgehört zu kämpfen – und das ist trotz aller Fehler und der Niederlage, die der Faschismus der ArbeiterInnenbewegung 1933 bis 1945 beigebracht hat, der große historische Verdienst der deutschen KommunistInnen.

Imperialistische Krisenlösung

Der deutsche Imperialismus brauchte einen Ausweg aus der kapitalistischen Krise, er wollte zurückerobern was im ersten Weltkrieg verloren gegangen war und wollte endlich den „mitteleuropäischen Großraums“ beherrschen. Der Ausweg war der zweite Weltkrieg. Doch um diesen anzuzetteln, musste für Ruhe im Inneren gesorgt werden, es musste die revolutionäre Bewegung zerschlagen werden und die Deutschen mussten wieder zu „einem Volk“ vereint werden. Dies war mit einem bürgerlichen, demokratischen Staat nicht zu schaffen.

Der deutsche kapitalistische Staatsapparat hat in der Zeit der Demokratie mit Unterstützung des Finanzkapitals alle Möglichkeiten geschaffen, die die Machtergreifung eines Faschismus möglich machten.

Die Wahlen

- 1928 erhielt die NSDAP 810.000 Stimmen, was 2,6% entsprach
- 1930 bekam die NSDP 6 Millionen Stimmen
- 1932 13 Millionen Stimmen, was 37% entsprach
- Ende 1932 hatte die NSDAP über 800.000 MitgliederInnen

Der Anteil der ArbeiterInnen lag bei 28,1%

Der Anteil aus dem Kleinbürgertum war zusammen 68,8%

davon

Angestellte 25,6%

Selbstständige 20,7%

Beamte 8,3%

Bauern 14%

Machtübertragung

1932 verlor die NSDAP 2 Millionen Stimmen, was der antifaschistischen Offensive der KPD zu verdanken war. Damit hatte der Faschismus als politische Bewegung unter demokratischen Verhältnissen seinen Höhepunkt bereits überschritten. Um trotzdem die Machtergreifung des Faschismus zu garantieren, forderte eine große Anzahl von Industriellen und adligen Großgrundbesitzern Hindenburg auf, Hitler am 30. Januar 1933 die Reichskanzlerschaft zu übertragen. Ziel war die Bildung einer nationalen Regierung, die zunächst noch ein Bündnis verschiedener Parteien war. Im ersten Koalitionskabinett mit dabei waren z.B.:

Franz von Papen, der den Faschismus an führender Stelle mitgestaltete und nach 1945 als Hauptkriegsverbrecher freigesprochen wurde, vorzeitig aus der Haft entlassen wurde und 1959 von Papst Johannes XXII. zum päpstlichen Geheimkämmerer ernannt wurde.

Alfred Hugenberg, bis 1918 Generaldirektor bei Krupp, Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei und ideologischer Beherrscher und Besitzer der Medienlandschaft in der Weimarer Republik.

1947 wurde er entnazifiziert und als minderbelastet eingestuft.

Der Faschismus an der Macht das war in Deutschland das Finanzkapital

Krupp und Thyssen – heute ThyssenKrupp, Stinnes und Flick

Veba – heute Eon

Siemens/AEG – heute Siemens

Bosch – heute Bosch

Daimler – heute DaimlerChrysler

BMW – heute BMW

Volkswagen – heute VW

IG Farben – heute Bayer, BASF; Hoechst heißt heute Aventis; die Degussa

Dresdner Bank – heute bei der Allianz-Gruppe

Allianz und Münchner Rück – heißen heute noch genauso

Deutsche Bank – heute Deutsche Bank

Commerzbank – heute Commerzbank

Danksagung aus einem Telegramm von Gustav Krupp von Bohlen und Halbach an Hitler vom 15. Oktober 1933, anlässlich des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund:

*„In Dankbarkeit, Verehrung und Treue bekenne ich mich rückhaltslos im Namen der im Reichsstand geeinten deutschen Industrie zu den Entschlüssen der von Ihnen, Herr Reichskanzler, geführten Reichsregierung. In der Einheitsfront aller schaffenden Stände steht die deutsche Industrie bedingungslos hinter dem Führer des deutschen Volkes“.*⁵⁸

Ziele des Finanzkapitals

- Vorbereitung und Durchführung des 2. imperialistischen Weltkrieges, ein wichtiges Ziel des Krieges sollte die Vernichtung der sozialistischen Sowjetunion, die Besetzung des Landes, die Inbesitznahme seiner Rohstoff- und Lebensmittelquellen sowie die Ermordung von Millionen Sowjetbürgern und die Versklavung der Überlebenden sein (siehe Dokument - Fall Barbarossa – Weisung Nr. 21 vom 18.12.1940)
- Zerschlagung und Vernichtung aller oppositionellen, gewerkschaftlichen, sozialistischen, kommunistischen, antifaschistischen Gruppen, Organisationen und Parteien.

Clara Zetkin hält für die KPD als Alterspräsidentin im Reichstag ihre letzte Rede

Obwohl C. Zetkin nicht am Wahlkampf teilnehmen konnte, war sie über die kommunistische Liste am 31. Juli 1932 erneut ins Parlament gewählt worden. In Deutschland tobte im Sommer 1932 ein Bürgerkrieg, dem jede Woche Dutzende zum Opfer fielen. Als das ZK der KPD Clara Zetkin anfragte, ob sie als Alterspräsidentin die erste Sitzung des Parlaments eröffnen würde, antwortete sie, sie würde kommen - „tot oder lebendig“.

Vor der Reichstagssitzung erhielt die KPD einen anonymen Brief, der an Clara Zetkin adressiert war:

„Sollte sie die Frechheit haben, die Reichstagssitzung zu eröffnen, würde man sie von der Tribüne herunterholen, bei den Ohren packen und mit Fußstritten fortjagen. Das sei die Behandlung, die die verfluchte rote Brut verdiene“. Unterschrift: 'ein Nationalsozialist'.

Die Nazipresse und rechte Parteien erachteten es als undenkbar und unwürdig, dass eine „kommunistische Jüdin“ (Völkischer Beobachter vom 21. August), eine „Moskowiterin“, eine „des Hochverrats schuldige“ Frau (Völkischer Beobachter vom 31. August) die Parlamentssitzung eröffnete.

*Die Frankfurter Zeitung sprach von einem schändlichen Missbrauch des Sonderrecht der Alterspräsidenten, während Goebbels Zeitung 'Der Angriff' Clara Zetkin schlicht und einfach „Sau“ schimpfte.*⁵⁹

Mit 86 Jahren und schwer krank hielt Clara Zetkin als Alterspräsidentin, trotz der Bedrohungen ihre letzte Rede. Ihre KPD Genossen schützten sie und sorgten dafür, dass sie danach in die Sowjetunion

⁵⁸ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv 10/158

⁵⁹ Gilbert Badia, Eine neue Biographie über Clara Zetkin, S. 271

emigrieren konnte. Im Reichstag saßen 240 uniformierte Naziabgeordnete der SA und SS. Clara hatte während der Rede Ohnmachtsanfälle, trotzdem hielt sie ihre Rede sehr leidenschaftlich:

13. August 1932

„Meine Damen und Herren!

Der Reichstag tritt in einer Situation zusammen, in der die Krise des zusammenbrechenden Kapitalismus die breitesten werktätigen Massen Deutschlands mit einem Hagel furchtbarster Leiden überschüttet. Zu den Millionen Arbeitslosen, die mit den Bettelpfennigen der sozialen Unterstützung oder auch ohne sie hungern, werden im Herbst und im Winter neue Millionen stoßen. Verschärfter Hunger ist auch das Schicksal aller anderen sozial Hilfsbedürftigen. Die noch Beschäftigten können bei ihrem niedrigen Verdienst die durch die Rationalisierung aufs äußerste ausgepresste Muskel- und Nervenkraft nicht ersetzen, geschweige denn kulturelle Bedürfnisse befriedigen. Der weitere Abbau des Tarifrechts und des Schlichtungswesens wird die Entbehrungslöhne noch tiefer senken. Wachsende Scharen von Handwerkern und Kleingewerbetreibenden, von Klein- und Mittelbauern versinken verzweifelt in Elendstiefen. Der Niedergang der Wirtschaft, das Zusammenschrumpfen der Aufwendungen für Kulturzwecke vernichten die wirtschaftlichen Grundlagen für die Existenz der geistig Schaffenden und verengen fortschreitend das Betätigungsfeld für ihre Kenntnisse und Kräfte. Der im Osten entfesselte Weltbrand, der vom Westen her kräftig geschürt wird und dessen Flammenmeer auch die Sowjetunion und ihren sozialistischen Aufbau vertilgen soll, würde auch Deutschland mit Schrecken und Gräueln überhäufen, die das Mord- und Vernichtungswerk des letzten Weltkrieges in den Schatten stellen.

Die politische Macht hat zur Stunde in Deutschland ein Präsidialkabinett an sich gerissen, das unter Ausschaltung des Reichstags gebildet wurde und das der Handlanger des vertrauten Monopolkapitals und des Großagrariertums und dessen treibende Kraft die Reichswehrgeneralität ist.

Trotz der Allmacht des Präsidialkabinetts hat es gegenüber allen innen- und außenpolitischen Aufgaben der Stunde gänzlich versagt. Seine Innenpolitik charakterisiert sich genau wie die der vorausgegangenen durch Notverordnungen, Notverordnungen im ureigensten Sinne des Wortes; denn sie verordnen Not und steigern die schon vorhandene Not.

Gleichzeitig zertritt dieses Kabinett die Rechte der Massen, gegen die Not zu kämpfen. Sozial Hilfebefürftige und Hilfsberechtigte erblickt die Regierung nur in verschuldeten Großagrariern, krachenden Industriellen, Bankgewaltigen, Reedern und gewissenlosen Spekulanten und Schiebern. Ihre Steuer-, Zoll- und Handelspolitik nimmt breiten Sichten des schaffenden Volkes, um kleine Gruppen von Interessenten zu beschenken, und verschlimmert die Krise durch weitere Einschränkung des Konsums, des Imports und Exports. Ebenso schlägt ihre Außenpolitik den Interessen des schaffenden Volkes ins Gesicht. Sie wird geleitet von imperialistischen Gelüsten, bringt Deutschland in ziellosem, dilettantischen Schwanken zwischen plumper Anbiederung und Säbelrasseln in immer tiefere Abhängigkeit von den Großmächten des Versailler Vertrags und schädigt die Beziehungen zur Sowjetunion, dem Staat, der durch seine ehrliche Friedenspolitik und seinen wirtschaftlichen Aufstieg ein Rückhalt für die deutsche werktätige Bevölkerung ist.

Schwerstens belastet ist das Schuldkonto des Präsidialkabinetts durch Morde der letzten Wochen, für die es die volle Verantwortung trägt durch die Aufhebung des Uniformverbots für die nationalsozialistischen Sturmabteilungen und durch die offene Begönnerung der faschistischen Bürgerkriegstruppen. Vergebens es über seine politische und moralische Schuld hinwegzutäuschen durch Auseinandersetzungen mit seinen Bundesgenossen über die Verteilung der Macht im Staate; das vergossene Blut kittet es für ewig mit den faschistischen Mördern zusammen.

Die Ohnmacht des Reichstags und die Allmacht des Präsidialkabinetts sind der Ausdruck des Verfalls des bürgerlichen Liberalismus, der zwangsläufig den Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise begleitet. Dieser Verfall wirkt sich auch voll aus in der reformistischen Sozialdemokratie, die sich in Theorie und Praxis auf den morschen Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung stellt. Die Politik der Papen-Schleicher-Regierung ist nichts anderes als die unverschleierte Fortsetzung der Politik der von den Sozialdemokraten tolerierten Brüning-Regierung, wie dieser ihrerseits die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie als Schrittmacherin vorausgegangen ist. Die Politik des „kleineren Übels“ stärkte das Machtbewusstsein der reaktionären Gewalten und sollte und soll noch das größte aller Übel erzeugen, die Massen an Passivität zu gewöhnen. Diese sollen darauf verzichten, ihre volle Macht außerhalb des Parlaments einzusetzen. Damit wird auch die Bedeutung des Parlaments für den Klassenkampf des Proletariats gemindert. Wenn heute das Parlament innerhalb bestimmter Grenzen für den Kampf der Werktätigen ausgenutzt werden kann, so nur dann, wenn es eine Stütze hat an kraftvollen Aktionen der Massen außerhalb seiner Mauern.

Ehe der Reichstag Stellung nehmen kann zu Einzelaufgaben der Stunde, muß er seine zentrale Aufgabe erkannt und erfüllt haben: Sturz der Reichsregierung, die den Reichstag durch Verfassungsbruch vollständig zu beseitigen drängt. Anklage könnte der Reichstag auch erheben gegen den Reichspräsidenten und die Reichsminister wegen Verfassungsbruchs und noch weiteren geplanter Verfassungsbrüche bei dem Staatsgerichtshof zu Leipzig. Doch eine Anklage vor dieser hohen Instanz hieße den Teufel bei seiner Großmutter verklagen.

Selbstverständlich kann nicht durch Parlamentsbeschluss die Gewalt einer Regierung gebrochen werden, die sich stützt

auf die Reichswehr und alle anderen Machtmittel des bürgerlichen Staates, auf Terror der Faschisten, die Feigheit des bürgerlichen Liberalismus und die Passivität großer Teile des Proletariats, der Werktätigen. Der Sturz der Regierung im Reichstage kann nur das Signal sein für den Aufmarsch und die Machtentfaltung der breitesten Massen außerhalb des Parlaments. Das mit dem Ziel, in dem Kampf das volle Gewicht der wirtschaftlichen und sozialen Leistung der Schaffenden und auch die Wucht ihrer großen Zahl einzusetzen.

In diesem Kampf gilt es zunächst, vor allem den Faschismus niederzuringen, der mit Blut und Eisen alle klassenmäßigen Lebensäußerungen der Werktätigen vernichten soll, in der Erkenntnis unserer Feinde, dass die Stärke des Proletariats am allerwenigsten von Parlamentssitzungen abhängt, vielmehr verankert ist in seinen politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen.....Jedoch die außerparlamentarische Machtentfaltung des werktätigen Volkes darf sich nicht auf den Sturz einer verfassungswidrigen Regierung beschränken; sie muß über dieses Augenziel hinaus gerichtet sein auf den Sturz des bürgerlichen Staates und dessen Grundlage, der kapitalistischen Wirtschaft. Alle Versuche, auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft die Krise zu mildern, geschweige denn zu beheben, können das Unheil nur verschärfen. Staatliche Eingriffe versagen; denn der bürgerliche Staat hat nicht die Wirtschaft, sondern umgekehrt, die kapitalistische Wirtschaft hat den Staat. Als Machtapparat der Besitzenden kann dieser sich nur zu deren Vorteil einsetzen auf Kosten der produzierenden und konsumierenden breiten schaffenden Volksmassen. Eine Planwirtschaft auf dem Boden des Kapitalismus ist ein Widerspruch in sich. Die Versuche dazu werden immer wieder vereitelt durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Planmäßigkeit des Wirtschaftens ist nur möglich bei der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Der Weg zur Überwindung wirtschaftlicher Krisen und aller drohenden imperialistischen Kriegsgefahren ist einzig und allein die proletarische Revolution, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln abschafft und damit die Planmäßigkeit des Wirtschaftens verbürgt.“

Als Beispiel für das Gelingen der Revolution berichtet C. Zetkin von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der Sowjetunion. Sie rief zur Einheitsfront aller Werktätigen auf, um die Faschisten zurückzuwerfen, um damit den Versklavten und Ausgebeuteten die Kraft und die Macht ihrer Organisation zu erhalten, in der die Millionen Frauen nicht fehlen dürfen, die noch immer Ketten der Geschlechtssklaverei tragen und dadurch härtester Klassensklaverei ausgeliefert sind.

Sie endet:

„Ich eröffne den Reichstag in Erfüllung meiner Pflicht als Alterspräsidentin und in der Hoffnung, trotz meiner jetzigen Invalidität das Glück zu erleben, als Alterspräsidentin den ersten Rätekongress Sowjetdeutschlands zu eröffnen.“⁶⁰

⁶⁰ Clara Zetkin, Reden und Schriften, Band III, S. 413 - 419

*Die Diskriminierung und die Erniedrigung der Frau,
erreichte im Faschismus ihren Höhepunkt,
und doch waren noch nie so viele Frauen
in einer politischen Partei organisiert
wie in der NSDAP.
- Kuczynski*

Teil III

Der Faschismus in Deutschland

„An die Stelle der politischen Frau tritt heute die deutsche Frau.“

Diese Aussage des Reichsleiters der NS-Frauenschaft, Krummacker, von 1933 bringt die Frauenpolitik der FaschistInnen auf den Punkt.

1. Die bürgerlichen Frauen und ihre Organisationen gliedern sich widerstandslos in den faschistischen Staat ein

Anfang 1933 hatte der BDF 450 000 Mitgliederinnen. Die Zusammenarbeit mit faschistischen Frauenorganisationen in der Weimarer Republik erleichterte dem BDF die reibungslose Eingliederung ihrer Mitgliederinnen in den faschistischen Staat. Von nun an brauchten die BDF Frauenführerinnen nicht mehr gegen emanzipatorische, radikale oder kommunistische Frauenbilder kämpfen. Die Frau, das unpolitische Wesen, das sich dem Manne gerne unterwirft, sich ihrer natürlichen Berufung zur Mutter voll und ganz widmet, war ja schon lange ein angestrebtes Ziel vom BDF. Nachdem Gertrud Bäumer 1934 aus dem Staatsdienst als Kulturministerin entlassen wurde, bekam sie 1944 die Leitung eines zu ihrer Denkweise passendes Propagandaorgans, die NS-Frauenzeitung 'Die Frau'. Später wurde sie zur Referentin für weibliche Erziehung im Reichsministerium des Inneren ernannt.

Die Jüdischen Frauenvereine als ehemalige Verbündete, die 1933 ca. 50.000 Mitgliederinnen umfassten und die jahrelang dem BDF angehört hatten, wurden aus dem BDF ohne Widerstand ausgeschlossen und so der Verfolgung und Willkür der Nazis ausgesetzt.

Die alten rechten Frauenführerinnen

Die alten rechten Frauenführerinnen hatten noch nicht ganz begriffen, dass sie nur hingebungsvolle Erfüllungsgehilfinnen im faschistischen Staat zu sein hatten. Sie lieferten sich mit den neu dazugekommenen Frauenführerinnen einen heftigen Machtkampf um Führungspositionen, vor allem gegen Gertrud Scholtz-Klink.

Frauen, die Einfluss und Macht haben wollten, waren von Hitler aber unerwünscht. Das machte er

1933 auf dem Parteitag der NSDAP klar. Er bezeichnete die NS-Frauen als „hysterische Weiber in braunen Kartoffelsäcken“. Der Parteitag dauerte 7 Tage und es gab keine einzige Frauenveranstaltung.

Die NSDAP sorgte dafür, dass bis 1934 alle alten faschistischen Frauenkämpferinnen aus ihren Positionen rausgedrängt wurden. Sie waren nützliche Wegbereiterinnen, um den Faschismus an die Macht zu bringen, aber zu eigenwillig und kämpferisch für die neue Aufgabe, Frauen auf ihre Mutterschaft zu reduzieren und dafür zu sorgen, dass diese Heldenmütter für den kommenden Krieg und fürs faschistische Vaterland möglichst viele furchtlose und gehorsame Soldaten züchteten. Nur eine einzige Frau, die sich in dieser Aufgabe bewährt hatte, bekam im NS-Staat als Frau einen Führungsposten. Hitler ernannte G. Scholtz-Klink zur Reichsfrauenführerin.

Münsterischer Anzeiger **Münster i. N., den 24. Februar 1939**

Fünf Jahre Reichsfrauenführung

Unsere Frauen schaffen mit 5 Jahre freudigen Einsatzes im Gau Westfalen-Nord

Fünf heutigen Tage feiert die Reichsfrauenführung fünf Jahre. Am 24. Februar 1934 wurde Frau Scholtz-Klink zur Führerin der NS-Frauenführung ernannt und damit das gesamte Reich in die Hände der Frauen gegeben. Sie wurde durch die Partei der deutschen Frau der größte Platz im Leben des Volkes und für die Aufgaben der Nation gegeben. Heute liegt das Festjahr der nationalsozialistischen Frauenbewegung vor uns. Überall hier und überall ist der Weg in die Zukunft. Die neue Generation erhebt die deutschen Frauen auf allen Ebenen hoch, als „einzige Mächte des deutschen Volkes“ und als „Cohärenz, Stabilität und unerschütterliche Basis des Nationalsozialismus“. Das zeigt unser Volk auch im Gau Westfalen-Nord bei der fünfjährigen Frauenführung.



„Wir haben die deutsche Frau in die Hände gegeben und gemacht, daß sie heute größte Macht im Reich und im deutschen Volk hat. Das ist die Aufgabe der deutschen Frau. Sie hat die deutsche Nation zu einer Einheit geführt, die heute die deutsche Nation ist. Die Frau hat die deutsche Nation zu einer Einheit geführt, die heute die deutsche Nation ist. Die Frau hat die deutsche Nation zu einer Einheit geführt, die heute die deutsche Nation ist.“



Diese stilvolle Diner in der Mänterschule in Boer gibt ein Beispiel von dem einzigen Frauentreffen im Gau Westfalen-Nord. phot. MA.

„Die Frau hat die deutsche Nation zu einer Einheit geführt, die heute die deutsche Nation ist. Die Frau hat die deutsche Nation zu einer Einheit geführt, die heute die deutsche Nation ist.“

Familiengebundene Lebensführung

Die entscheidende kulturelle Aufgabe der deutschen Frau

„Die Arbeit und Lebensführung nach nationalsozialistischen Grundsätzen ist die Aufgabe der deutschen Frau. Sie hat die deutsche Nation zu einer Einheit geführt, die heute die deutsche Nation ist.“

Einige klare Worte von der faschistischen Elite zu der gesellschaftlichen Hauptfunktion der Frau im Faschismus sind z.B.:

Magda Goebbels:

„Es ist die größte Idee des Nationalsozialismus, dass die Frauen zurückgeführt werden sollen zu Heim und Herd, wo sie dem Mann durch ihre Liebe und Sorglichkeit die Basis zum Schaffen bereiten.“

Hitler:

„Sehr intelligente Menschen sollen sich eine primitive und dumme Frau nehmen. Sehen Sie, wenn ich nun eine Frau hätte, die mir in meine Arbeit hineinredet! In meiner freien Zeit will ich meine

Ruhe haben.“

Hitler:

„Das deutsche Mädchen ist Staatsangehörige und wird erst mit ihrer Verheiratung Bürgerin.“

Goebbels:

„Die Frau ist weder ein Engel noch ein Teufel. Sie ist ein Mensch und meist nicht einmal ein bedeutender. Während der Mann das Leben meistert, meistert sie den Kochtopf.“

Das Neue ist nicht neu



Reichsbräuteschule, 1939

Das gesellschaftliche Denken, dass die natürliche Berufung der Frauen ist, eine ewig dankbare und glückliche Mutter zu sein, den Männern zu dienen und sich ihrer Macht unterzuordnen, sich an alle Widersprüche anzupassen und für Ruhe und Harmonie zu sorgen, vollkommenes Heraushalten aus der Politik, das Denken den Männern zu überlassen und wenn möglich noch hübsch oder niedlich zu sein, das alles war nicht wirklich neu. Jahrhundertlang wurde die Frau auf ein Wesen reduziert, das lediglich zum Haushalten, Kinder gebären und Versorgen, Pflegen, Helfen und Dienen und zur Erfüllung der männlichen Sexualität existierte.

Um die Frau als eigene Persönlichkeit, die auch noch Wissen hatte und somit Macht besaß, zu unterdrücken, wurde im Feudalismus z.B. die „Hexenvernichtung“ (betroffen waren zuerst rebellische Bäuerinnen, später Heilerinnen und Prostituierte) eingeleitet, was als geschichtlicher Höhepunkt der Frauenunterdrückung eingeordnet werden kann.

Dem Kapitalisten diente die Diskriminierung der Frau, um die Löhne niedrig zu halten und von der Konkurrenz zwischen Mann und Frau zu profitieren. Frauen wurden zur Arbeit geholt und wieder gefeuert, je nach Nutzen für den Kapitalisten. Wenn es darum ging Arbeitsplätze zu schaffen, waren es die Frauen, die aus dem Arbeitsleben flogen, wenn es darum ging die Löhne niedrig zu halten, waren es die Frauen, bei denen zuerst gekürzt wurde, sollte Arbeitslosengeld eingespart werden, waren es die Frauen, die keins mehr bekamen, brauchte das Kapital Verantwortliche für die Krisen, waren es die berufstätigen Frauen.

Erst mit den revolutionären Aufständen, dem Marxismus, den sozialistischen und kommunistischen Parteien und den Klassenkämpfen wurde es möglich, dass Frauen und Männer lernten, dass Frau ein gleichberechtigter Mensch sein muss, dass Frauen ein Recht auf Selbstständigkeit, Unabhängigkeit, Berufstätigkeit, aktive politische Betätigung, Karriere im Beruf und in der Politik und eine erfüllte

Sexualität jenseits vom Kinder kriegen hatten. Es gab und gibt keine „natürliche Berufung“, die die Frau in ihrem Dasein als alleinige Bestimmung zur Mutter degradiert. Diese Erkenntnisse sind Teil der Errungenschaften der sozialistischen und kommunistischen Bewegung. Viele Arbeiterinnen haben in der Geschichte der revolutionären Klassenkämpfe ihre Kraft, ihren Mut als führende Kämpferin bewiesen und haben damit das bürgerliche Bild der Frau zerstört. Emanzipation der Frau, Frau als aktive Kämpferin für ihre Befreiung, das war Teufelswerk des jüdischen Marxismus oder Bolschewismus, das zu vernichten war ein Ziel im Faschismus.

Mit ihrem Wirken und Handeln hat der größte Teil der bürgerlichen Frauenbewegung unter dem Dach des BDF - genauso wie die Kirche - in der Zeit vor dem Faschismus dazu beigetragen, die alten rückständigen Werte über die Naturgegebenheit der Mutterschaft zu erhalten und zu pflegen. Durch ihr Beharren darauf, dass Frau und die Frauenbewegung unpolitisch seien, schafften sie es, Massen von Frauen abzuhalten, sich mit der ArbeiterInnenbewegung zu solidarisieren. Sie verhinderten mit der Reduzierung ihrer Kämpfe z.B. für Emanzipation, Bildung und Wahlrecht Frauenkämpfe mit politischen Losungen zu verbinden. Sie verstanden nicht, das Gleichberechtigung und Freiheit für die Frau und vor allem für die Arbeiterin unter den Bedingungen von Ausbeutung und Unterdrückung nicht zu erreichen geht.

Der BDF förderte in ihren Organisationen eine Grundhaltung der Passivität, Unwissenheit und Einfügung in das gottgegebene Schicksal. Durch das Akzeptieren und die Tolerierung nationalistischer und faschistischer Frauenorganisationen in seinen Reihen wurde lange vor der Machtübernahme der Faschisten eine Basis geschaffen, um im Faschismus die Diskriminierung und Unterdrückung der Frau ohne großen Widerstand auf die Spitze zu treiben. 1933 gehörten 56.386 Frauen der NSDAP an, was bei rund 850.000 Gesamtmitgliedern einem Anteil von 6,6 Prozent entspricht.

Politische Geschichte

Ab März 1933 wurden alle Organisationen in Deutschland verpflichtet sich der faschistischen Theorie und Kontrolle der NSDAP unterzuordnen:

„Die NSDAP ist die Trägerin des deutschen Staatsgedankens und mit dem Staate unlöslich verbunden.“ (Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat).

Alle kommunistischen, sozialistischen, oppositionellen, gewerkschaftlichen und fortschrittlichen Organisationen, Parteien, Vereine und Gruppen wurden verboten und deren MitgliederInnen massenhaft verhaftet, gefoltert und ermordet. Die Gefängnisse waren überfüllt. In der Nähe von Dachau wurde das erste KZ mit Folterräumen für 5.000 kommunistische und sozialdemokratische Funktionäre gebaut, da diese die „Sicherheit des Staates“ am meisten gefährden.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) und der Aufbau der DAF

Im März/April 1933 erklärte der ADGB sich in den Dienst des Staates zu stellen. Der 1. Mai wurde zum 'Feiertag der nationalen Arbeit' erklärt. Zwar stürmte die SA im Mai 1933 die Gewerkschaftshäuser, was die Sozialdemokratie bis heute nutzt, die Legende einer Zerschlagung der Freien Gewerkschaften durch die Faschisten am Leben zu erhalten. Faktisch hat es sich aber um eine Überführung der ADGB-Strukturen in die faschistische DAF gehandelt. Am 5. April begann der ADGB unter Führung seines Vorsitzenden Leipert Verhandlungen mit der 'Nationalsozialistische Betriebsorganisation' (NSBO) über die Vereinheitlichung des deutschen Gewerkschaftslebens, nachdem man schon im März den neuen faschistischen Staat anerkannt hatte. „Daß die Auflösung des ADGB eben keine Zerschlagung durch den Faschismus, sondern akzeptierte Überführung in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) war, zeigt (...) weiter die Tatsache, daß der größte Teil des Funktionärsstamms in die DAF übernommen wurde, zeigt außerdem die ganze Reibungslosigkeit des Aufbaus der DAF.“⁶¹ Damit verschafften die sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer den Faschisten eine betriebliche Massenbasis, die sie vorher nicht aufbauen konnten. So hatte die NSBO bei den

⁶¹ Alexander von Plato, KPD und Komintern, S. 196

Betriebsratswahlen 1931 unbedeutende 0,85% der Stimmen erhalten und noch im März 1933, also zwei Monate nach der Machtergreifung (!) kam sie nur auf magere 11,7%.⁶²

Die Macht der alten Monopole

„Im Sommer 1933, können wir eine Welle neuer Monopol-, Syndikats- und Kartellbildungen beobachten. Das war ein Schlag gegen die alten Monopole. Besonders auffallend war ihre Verbreitung in der Metallwarenindustrie. Nun machte es doch aber gerade die Stärke z.B. der Trustgewaltigen in der Roheisen- und Stahlindustrie aus, dass ihre Abnehmerindustrien nicht monopolisiert waren. Darum beobachten wir dann auch im Herbst 1933 bereits, wie diese Neubildungen zum allergrößten Teil wieder vom Staat aufgelöst wurden, so dass bald die günstige Position der alten Monopole wiederhergestellt worden war.

Gerade das ist das Kennzeichen der Entwicklung unter dem Faschismus, dass die Position der alten Monopole eine stärkere wurde denn je. Und wenn neue Monopole gebildet wurden, wie etwa das Druckerei-Imperium des bekannten Monopolisten Adolf Hitler, dann handelt es sich hier um eine Gründung, die die älteren Monopole nicht störte, da sie außerhalb ihres Herrschaftsbereiches fiel.

Dazu kommt, dass unter dem Faschismus die alten Monopole jede nur mögliche Unterstützung erhielten, um ihre internationale Position zu verbessern. Bekanntlich war z.B. gerade die außenwirtschaftliche Aktivität des I.G. Farbenkonzerns niemals eine so starke und erfolgreiche wie unter dem Faschismus. Gerade in den Jahren von 1933 bis 1939 war er außerordentlich tätig in dem Abschluss von Monopol-Abkommen mit seinen Kollegen in den Vereinigten Staaten von Amerika und England. Das gleiche gilt für die beiden großen deutschen Elektro-Truste, die AEG und Siemens. Das gleiche gilt für die spezialisierte internationale Vereinbarungen der Eisen- und Stahlindustrie. Wohin wir auf den Weltmarkt blicken, finden wir weitläufige Oasen inmitten wilder Konkurrenz, auf denen die deutschen monopolistischen Seite an Seite mit den sogenannten demokratisch-degenerierten Vertretern amerikanischer, englischer und französischer Monopole sitzen und friedlich die anscheinend so wohlgeordneten Bahnen des Handels der von ihnen kontrollierten Waren verfolgen, bis dann der Weltkrieg dazwischen fuhr.

Und was den Kapitalexport betrifft, so konnten sich die deutschen Finanzkapitalisten wahrhaftig nicht über den Faschismus beklagen. Ob es sich um die Mandschurei oder den Balkan, ob um südamerikanische Länder oder afrikanische Plantagen handelt, überall rollte die deutsche Mark, häufig verkleidet in Dollar oder Pfund Sterling, um den führenden deutschen Industriellen wirtschaftlichen Einfluss und schließlich wirtschaftliche Kontrolle zu sichern. Während Deutschland sich weigerte, Zinsen auf seinen Kapitalimport aus den Jahren 1924 bis 1929 zu zahlen, wurde Kapital in andere Länder ausgeführt.

Daran können wir erkennen das Deutschland unter dem Faschismus eine finanzkapitalistische, monopolistische, imperialistische Macht blieb, die später noch viel ausgeprägter wurde.“⁶³

Neue Monopolisten

Zu den alten Monopolisten sind neue dazu gekommen: Göring wird der größte Trustgewaltige des Kontinents, Himmler beschlagnahmt so viel Land im Osten, dass er zum größten Grundbesitzer der Welt wird, und Hitler hat seinen Druckerei-, Zeitungs- und Zeitschriftenkonzern, der ebenfalls alles auf diesem Gebiet Dagewesene in Schatten stellt.

Das Verschwinden der Arbeitslosigkeit

1933 hatte die Arbeitslosigkeit mit sechs Millionen Arbeitslosen ihren Höhepunkt erreicht. Die Arbeitslosenzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

1932	5.575.000
1933	6.014.000
1933	4.804.000
1934	2.718.000
1935	2.151.000
1936	1.593.000
1937	912.000
1938	429.000
1939	38.000

Der Faschismus löste sein Versprechen ein und senkte die Arbeitslosenzahl bis 1939 auf 38.000. Mit der neuen Berufstätigkeit der Männer änderte sich für viele Familien das gesamte Leben. Die Menschen hatten jetzt zu essen, sie

⁶² Alexander von Plato, KPD und Komintern, S. 233 bis 238

⁶³ Jürgen Kuczynski, Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800-1945, S.147-149

konnten ihre Miete bezahlen, ihre Gesundheit verbesserte sich wesentlich.

Wie war das möglich? Um die Arbeitslosenstatistik positiv zu halten, wurde 1934 den Landarbeitern verboten ihren Beruf aufzugeben. Die Landarbeiter, die in die Städte gezogen waren (wegen der schlechten Arbeitsbedingungen), wurden wieder zurück aufs Land geschickt. Es wurden Arbeitsdienste wie der staatliche Bau eines Autobahnnetzes oder der Wehrdienst eingeführt. Diese Dienste waren Teil der Kriegsvorbereitung für den 2. Weltkrieg. Weiterhin bewirkte die mit Staatsschulden finanzierte beschleunigte Hochrüstung der Faschisten eine verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften in der (Rüstungs)industrie.

Berufstätige Frauen verschwinden in der Ehe - Frau ist vor allem Mutter



Die Reduzierung der Arbeitslosenzahlen steht im engen Zusammenhang mit der Verdrängung der berufstätigen Frauen in die Ehe und damit der Freimachung von Arbeitsplätzen für arbeitslose Männer. Das ging nicht so reibungslos, denn viele Arbeiterinnen hatten sich an den jahrelangen Klassenkämpfen beteiligt und von daher ein revolutionäres Klassenbewusstsein. Der faschistische Staat musste neben seinen autoritären Mitteln eine entsprechende Propaganda entwickeln und „verlockende“ Gesetze erlassen, um seine Ziele zu erreichen.

So wurde Juni 1933 im 'Gesetz zur Minderung der Arbeitslosigkeit' festgelegt, dass für künftige Ehen zinslose Darlehen von bis zu 1000 Reichsmark gezahlt werden. Das Darlehen war an die Bedingung gebunden, dass die zukünftigen Ehefrauen spätestens zum Zeitpunkt der Eheschließung ihre Berufstätigkeit aufgaben und sich verpflichteten, solange wie der Ehemann nicht hilfsbedürftig ist, keine Berufstätigkeit auszuüben. Für jedes geborene Kind

verringerte sich die Tilgung des Darlehens um 25 Prozent. Dass hieß vier Kinder zu bekommen und das Darlehen musste nicht zurückgezahlt werden. Es kam zu 500.000 Eheschließungen.

Waren die Frauen erst einmal verheiratet, konnte der Mann der Frau verbieten arbeiten zu gehen. Er hatte auch das Recht, die Ehefrau zu zwingen unentgeltlich im Familienbetrieb zu arbeiten. Im Fall einer Scheidung bestimmte der Mann über die schulische und religiöse Erziehung der Kinder.

Die Darlehen für eine Eheschließung wurden aus der Ehestandshilfe finanziert, was eine Zwangsabgabe für einkommensteuerpflichtige, ledige Personen bedeutete. Nicht alle Frauen waren so blöd und fielen auf diese üblen Tricks rein. Dadurch stellte sich der erhoffte Durchbruch Frauen aus der Berufstätigkeit rauszuholen nicht unmittelbar ein. Daraufhin starteten die NS-Frauen Kampagnen, um die Frauen für die faschistische Familienpolitik zu gewinnen z.B. mit dumm, primitiven Slogans wie:

„Pack Kochtopf, Schaufel und Besen an, Du bekommst viel eher einen Mann“ oder
„Nicht im Beruf kannst du glücklich sein, Dein richtiger Wirkungskreis ist das Heim“

Im Dezember 1937 wurde das erste 'Ehebuch für die deutsche kinderreiche Familie' verliehen. Das Mutterkreuz mit der Innenschrift 'Das Kind adelt die Mutter' wurde ab 1938 an Mütter verliehen: Vier Kinder = Bronze, sechs Kinder = Silber, acht Kinder = Gold.

Mütter mit vier und mehr Kindern wurden bei Behördengängen, Veranstaltungen, Eisen- und Straßenbahnfahrten und in der Altersversorgung bevorzugt. Bis 1941 wurden 4,7 Millionen Mutterkreuze verliehen.

Einige faschistische „Weisheiten“, die mit der Zeit zum geplanten Erfolg verhalfen:

Hitler auf dem Reichsparteitag 1935:

„Die Gegenleistung, die der Nationalismus der Frau für ihre Arbeit schenkt, besteht darin, dass er wieder Männer erzieht, wirkliche Männer, die anständig sind, die gerade stehen, die tapfer sind, die ehrliebend sind. Ich glaube, wenn unsere gesunden, unverdorbenen Frauen in diesen Tagen den Marschkolonnen zugesehen haben, diesen strammen und tadellosen jungen Spatenmännern, so müssen sie sich sagen: Was wächst hier für ein gesundes, herrliches Geschlecht heran.“

Goebbels:

„Die Frauen sollen ihrem Land und Volk Kinder schenken, Kinder, die Geschlechterfolgen fortsetzen und die Unsterblichkeit der Nation verbürgen.“⁶⁴

Ärzteblatt Württemberg, Dr. Stähle:

„Dein Körper gehört nicht Dir, sondern deiner Sippe und durch die Sippe Deinem Volk.“

Eugen Stähle, Nervenarzt, 1929 Gründungsmitglied des NS-Ärztbundes. Stähle 1935 in der Broschüre Kreistag der NSDAP Nagold:

„Groß und ewig ist das Volk, dem wir blutsmäßig zugehören; darum ist wichtiger als der Eierpreis, dringlicher als die Fragen des täglichen Lebensbedarfs die Sorge für die Zukunft unseres Blutes.“⁶⁵
Ab Oktober 1939 war Stähle zuständig für den Krankmord in Württemberg. Begaffte 1940 laut eigener Aussage in Grafeneck mit einigen anderen die 'Vergasung' eines Frauentransports. Mitarbeit am NS-Euthanasiegesetz. 1943 von Hitler zum Professor ernannt. 1948 gestorben, ohne das er als Mörder verfolgt oder angeklagt wurde.

Akademikerinnen und Beamtinnen werden vollständig aus ihren Berufen gedrängt

Die einzige Gruppe erwerbstätiger Frauen, die wirklich konsequent aus ihren Berufen vertrieben wurden, waren die Akademikerinnen und weibliche Beamte in leitenden Positionen. Frauen durften nunmehr erst von ihrem 35. Lebensjahr ab verbeamtet werden; ihr Gehalt wurde niedriger bemessen als das der männlichen Kollegen. Schulleiterinnen und Kinderärztinnen mussten Männern weichen, und 1936 entschied Hitler persönlich, dass Frauen weder Richter noch Anwälte noch Staatsanwälte sein sollten.

„Das gesunde Volksempfinden betrachtet die Rechtspflege ähnlich wie die Pflege des Wehrsinnens immer als Männersache....Die weibliche Geschworene und Schöffin wirkt peinlich, aber erst recht die weibliche Berufsrichterin“.⁶⁶

Ab 1935 durften verheiratete Ärztinnen nicht mehr praktizieren, sie verloren ihre Kassenzulassung.

⁶⁴ Josef Goebbels, Buch - Signale

⁶⁵ Ernst Klee, Wer war was vor und nach 1945, S. 594

⁶⁶ Claudia Koonz, Mütter im Vaterland – Frauen im Dritten Reich, S. 165

Im Oktober 1937 erklärte Hitler noch einmal grundsätzlich, dass er nur Männer als Beamte des höheren Dienstes zu sehen wünsche. Gegen Volksschullehrerinnen hatte Hitler nichts einzuwenden, da ihm deren Tätigkeit stumpfsinnig und deshalb gerade für Frauen geeignet erschien. Konsequenterweise verlangte er eine geistig anspruchslose Ausbildung der Volksschullehrerinnen, damit sie nicht durch „gleichsam übertriebene Gehirnmassage blödsinnig“ würden. Auf Hochschulen waren Frauen nach faschistischer Meinung fehl am Platz. Die Einführung eines geschlechtsspezifischen Numerus clausus hatte beträchtlichen Erfolg. Der Anteil der Studentinnen an der gesamten Studentenschaft wurde von 15,8% im Jahre 1932 auf den Tiefstand von 11,2% im Sommer 1939 gesenkt.

Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink

1934 wurde Scholtz-Klink zur Reichsfrauenführerin ernannt und hatte damit die Leitung aller NS-Frauenorganisationen inne. Dem Chaos im Kampf um Führungsposten innerhalb der NS-Frauenverbände wurde damit ein Ende gesetzt. Politische Macht sollte Scholtz-Klink aber nicht bekommen. Sie musste sich der strengen Kontrolle und den Vorgaben des NS-Sozialpolitikers Erich Hilgenfeldt unterordnen, der für die NS-Wohlfahrt zuständig war.

1933 führte sie das Haushaltsjahr als Pflicht für alle Schulabgängerinnen ein. Innerhalb dieses Jahres sollten die Mädchen mit der üblichen Nazi-Propaganda davon überzeugt werden, dass ihr Lebensmittelpunkt die Familie ist und nicht die Berufstätigkeit oder gar ein Studium.

Als treue Dienerin des NS-Staates und mit fanatischer Verehrung zu ihrem Führer Hitler, entwickelte Scholtz-Klink immerhin eine Überzeugungspolitik, mit der sie es schaffte, den Großteil der Frauen zurück an Heim, Herd und zu den Kinder zu bringen.

Mit ihren Büchern schaffte sie einen ideologischen Leitfaden zur „Hebung des gesamten weiblichen Volksniveau“ durch „Dienst und Dienen am deutschen Volk“. Insgesamt schrieb Scholtz-Klink zwischen 1933 und 1944 mehr als 50 Bücher und Broschüren. Für sie war ein wesentliches Merkmal der weiblichen Psyche, dass Frau still im Hintergrund ihre Pflicht erfüllt ohne Anspruch auf Anerkennung.

„Denn für die Mutter gilt das Wort, dass sie durch Dienen zum Herrschen gelangt, zu einem sehr leisen, sehr stillen und unbetonten Herrschen, dessen Sinn immer und immer das Dienen bleibt.“⁶⁷

2. Bevölkerungspolitik und Erziehung

Aufgaben und Funktion faschistischer Ideologie

In den nächsten Kapiteln werden wir nachvollziehen wie entscheidend die ideologische Infiltration der Menschen ist, wie wichtig es ist über einen komplexen Machtapparat Methoden zu entwickeln und zu perfektionieren, um Erfolge auf ideologischer und politischer Ebene zu garantieren. Der deutsche Faschismus hat Strukturen, Maßnahmen, Methoden entwickelt welche durch Manipulation, Modernisierungen und Optimierung Grundlagen geschaffen hat, um ein Volk völlig zu unterjochen, zu beherrschen und es so optimal für imperialistische Interessen nutzbar gemacht.

⁶⁷ Anna Maria Sigmund, Die Frauen der Nazis, S. 179



Bund deutscher Mädel

Änderung der faschistischen Familienpolitik – Soldatennachwuchs wird gezüchtet

Um den Soldatennachwuchs zu steigern, änderten die Faschisten ihre Familienpolitik. Der SS-Reichsführer Heinrich Himmler gründete 1935 Lebensborn e.V. Damit setzte er seine Idee um, viele „rassisch hochwertige Kinder“ zu zeugen, ohne zu heiraten. Anonym wurden „erbgesunde-arische-Frauen“ von „erbgesunden-arischen-Männern“ geschwängert, die Kinder wurden ohne eine Gefühlsbindung an die Mutter oder eine andere Person aufgezogen. Die Öffentlichkeit reagierte zuerst mit Empörung. Gertrud Bäumer befürwortete in ihren Propagandaartikeln das Lebensborn-Programm und erstickte damit die Empörung.

Tätigkeitsbericht 1939 des Lebensborn e.V.:

„832 wertvolle deutsche Frauen haben sich, obwohl sie nicht verheiratet waren, entschlossen, trotz schwerster Opfer der Nation ein Kind zu schenken und nicht den Weg der Abtreibung zu gehen, welchen heute noch jährlich etwa 600.000 Frauen im Reich bestreiten. Unter Zugrundelegung, daß jedes geborene Kind seine spätere Arbeitskraft der deutschen Volkswirtschaft einen Beitrag von 100.000 Reichsmark zuführt, wurden durch die Tätigkeit des Lebensborn e.V. allein bis jetzt für die deutsche Volkszukunft Werte in Höhe von 83.200.000 Reichsmark geschaffen.“⁶⁸

Die Doppelehe

Während des Krieges kamen die NS-Führer auf die Idee der Doppelehe. Sie errechneten, dass nach

⁶⁸ Frauen unterm Hakenkreuz, Elefanten Press, S. 116

dem Krieg drei bis vier Millionen Frauen keine Männer mehr hätten. Damit würden der faschistischen Armee in 20 bis 45 Jahren viele Divisionen fehlen. Daraufhin sollten auf Antrag Männer nicht nur eine Frau heiraten, sondern mit einer weiteren Frau eine Ehe eingehen können.

H. Himmler: „Die heutige Ehe sei ein satanisches Werk der Kirche.....Im Falle der Doppelehe wird die eine Frau für die andere der Ansporn sein, dem Ideal in jeder Beziehung nachzukommen.“

Diese Form der Bevölkerungspolitik zur Steigerung des Soldatennachwuchses war ein weiterer Schritt, um die Frau völlig zu entrechten und zu diskriminieren. Der deutsche Mann konnte so viel und wo er wollte rumbumsen, er konnte und sollte seine Sexualität nach seinen Bedürfnissen ungehindert ausleben, während Frau sich nach der faschistischen Sexualmoral nur ihrem einem Ehemann hinzugeben hatte und das vor allem um geschwängert zu werden. Frauen die sich nicht einfügten und z.B. eine offene, lustvolle Sexualität lebten, galten oft als asozial, soweit sie nicht der faschistischen Elite zugehörten, die nach ihren eigenen Regeln Sex lebten. Allgemein gab es keine Offenheit um über das Thema Sexualität und die Widersprüchlichkeiten zu reden. Verlogenheit, Stigmatisierung, Denunziationen kombiniert mit der faschistischen Rollenzuordnung der Frau waren Teil um Frauen in die Passivität und Versklavung sowie in Ängste zu treiben wie z.B. aus der Gesellschaft ausgesondert zu werden.

Mädchenerziehung im Faschismus

„Das Ziel der weiblichen Erziehung hat unverrückbar die kommende Mutter zu sein.“⁶⁹

Die Mädchenerziehung sollte sich auf die Ausbildung „weiblicher Fähigkeiten“ konzentrieren, mit dem Ziel eine zukünftige Mutter für das deutsche Vaterland zu werden. Eine Allgemeinbildung war in diesem Staat dazu nicht nötig, wichtig war eine hauswirtschaftliche Bildung, nach dem Motto:

„Lieber zehn Pfund Wissen weniger und zehn Kalorien mehr an Charakter.“

Mädchen lernten in der Schule viel vom heldischen Mensch, von der Opferbereitschaft der deutschen Frau, alles über die Rassen- und Vererbungslehre, damit sie für ihre zukünftige Aufgabe, Kinder zu bekommen, einen rassisch gesunden und rassisch wertvollen Ehemann finden konnten. Für die Hand- und Hausarbeit sollten die zukünftigen deutschen Hausfrauen nicht nur lernen sparsam und ohne Luxus zu haushalten, sondern auch, dass sie sich nicht von ausländischen Produkten abhängig machten und nur heimische deutsche Produkte nutzten, ein Renner war der deutsche Eintopf.

Die Volksschule dauerte vier Jahre und acht Jahre die Oberschule. Wollten Mädchen das Abitur machen, mussten sie nach Schulabschluss erst ein Jahr Arbeitsdienst leisten bevor sie das Abitur machen durften.

Der Bund Deutscher Mädel (BDM)

Im BDM sollten die „Mädel“ zu Trägerinnen der nationalsozialistischen Weltanschauung erzogen werden. Wer aufgenommen werden wollte, musste folgende Kriterien erfüllen: Leistungsfähigkeit, Deutschstämmigkeit, arische Abstammung. Die Führerinnen organisierten z.B. Heimabende an denen gestickt, gebastelt und gesungen wurde, um Gefühle von schwesterlichen Gemeinsamkeiten,

⁶⁹ Adolf Hitler, Mein Kampf, S. 459

Freundschaft und Zusammenhalt zu fördern. Für weitere Abhängigkeit und Bindung an die Gruppen wurden Schulungen abgehalten in denen das entwickeln von Instinkten und Glauben erlernt wurde, alles im Sinne der faschistischen Ausrichtung.

Der Sport diente zur Körperbeherrschung und inneren Disziplinierung, die einer Verweichlichung vorbeugen sollte. Er sollte als Beitrag einer Gesundheit verstanden werden, um später gesunde Kinder zur Welt zu bringen. BDM-Sportfeste dienten dazu geschlossen und einheitlich aufzutreten und sich den Befehlen der Führerin in bedingungslosem Gehorsam unterzuordnen. Die Mädchen sollten lernen ihr Ich dem Wir unterzuordnen – Du bist nichts, dein Volk ist alles.

Dem Bund Deutscher Mädels (BDM) gehörten eine halbe Millionen Mädchen an, überwiegend Töchter von Frauen aus den Frauenorganisationen von Scholtz-Klink. Die Mädchen sollten „moralisch einwandfrei, sauber, nicht vergnügungssüchtig sein, sie sollten nicht rauchen oder trinken und optisch dem germanischen Vorbild entsprechen.“

Ihre Leitsprüche waren: „Sei wahr, sei klar, sei deutsch“ und „Treu leben, trotzend kämpfen, lachend sterben.“

Politische Geschichte

Organisierung der Kinder und Jugendlichen

Alle Jugendverbände sind ab Juni 1933 verboten worden. Der evangelische Jugendverband hatte damals 80.000 Mitglieder. Als einziger Jugendverband wurde die Hitler-Jugend gegründet. Sechs- bis zehnjährige Kinder wurden von der NS-Frauenschaft betreut. 10-14 jährige Jungen kamen ins Jungvolk, die Mädchen zu den Jungmädchen, oder, wie es hieß Jungmädeln. 15-18 jährige kamen in die Hitlerjugend (HJ) oder zum Bund deutscher Mädchen (BDM). Damit die deutschen Kinder, Jugendlichen und spätere Erwachsene bis an ihr Lebensende organisiert und damit kontrollierbarer sind, kamen die älteren Mädchen und Jungen zum Reichsarbeitsdienst. Danach folgte die Wehrmacht oder die deutsche Frauenschaft. In den „Junkerschulen“ der SS wurden Jugendliche zu SS-Jungführern ausgebildet. Ihr Abschluss war ein „Praktikum“ in einem KZ.

Am 1.12.36 wurde das Gesetz über die Hitlerjugend erlassen. In § 2 hieß es:

„Die gesamte deutsche Jugend ist im Elternhaus und Schule in der Hitlerjugend körperlich, geistig und sittlich im Geiste des Nationalsozialismus zum Dienst vom Volk und der Volksgemeinschaft zu erziehen.“

Hitler:

„Meine Pädagogik ist hart. Das Schwache muss weggehämmert werden. In meinen Ordnungsbunnen wird eine Jugend heranwachsen, vor der sich die Welt erschrecken wird. Eine gewalttätige, herrische, unerschrockene, grausame Jugend will ich. Jugend muss das alles sein. Schmerzen muss sie ertragen. Es darf nichts Schwaches und Zärtliches an ihr sein. Das freie, herrliche Raubtier muss erst wieder aus ihren Augen blitzen. Stark und schön will ich meine Jugend. Ich werde sie in allen Leibesübungen ausbilden lassen. Ich will eine athletische Jugend. Das ist das Erste und Wichtigste. So merze ich die Tausende von Jahren der menschlichen Domestikation aus. So habe ich das reine, edle Material der Natur vor mir. So kann ich was neues schaffen.

Ich will keine intellektuelle Erziehung. Mit Wissen verderbe ich mir die Jugend. Am liebsten ließe ich sie nur das lernen, was sie ihrem Spieltrieb folgend sich freiwillig aneignen. Aber Beherrschung müssen sie lernen. Sie sollen mir in den schwierigsten Proben die Todesfurcht besiegen lernen. Das ist die Stufe der heroischen Jugend. Aus ihr wächst die Stufe des Freien, des Menschen, des Gottesmenschen.“

Kinder wurden von Beginn an darauf getrimmt keine eigene Persönlichkeit zu entwickeln. Eigenständiges Denken oder Handeln war nicht von Nutzen, Denken tut der Staat. Der Faschismus brauchte Menschen die sich Fügen und Befehle ausführen, darauf war die „Erziehung“ der Kinder ausgerichtet. Ein Volk, das in diesem Sinne funktioniert, dem Staat hingebungsvoll und ergeben dient, ist ein Volk, das den Faschismus nicht in Frage stellt.



3. Medizinische Versuche, Mord und Vernichtung für ein „reinrassiges und erbgesundes Volk“

Ehe und Kinder waren nicht von allen Menschen erwünscht

1938 kam das neue Scheidungsrecht raus, danach konnten Scheidungen vollzogen werden, wenn Ehebruch nur von der Frau (nicht vom Mann) begangen wurde, oder Verweigerung der Fortpflanzung, Unmoral, Geschlechtskrankheit, dreijähriges Getrenntleben, Geisteskrankheit, „rassische Unvereinbarkeit und eugenische Mangelhaftigkeit“ vorlagen. Männer konnten von da ab mit 21. und Frauen ab 16 Jahren heiraten. Darauf folgten 30.000 Scheidungen, die zu 80% von Männern ausgingen.

Nicht von allen Menschen waren Kinder erwünscht. Kinder sollten nur „reinrassige, erbgesunde“ und vor allem deutsche Ehepaare bekommen. Im Oktober 1935 wurde das erste Gesetz zum „Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes“ erlassen. Dies untersagt Eheschließungen bei bestimmten Krankheiten. Mit der Einführung des „Ehetauglichkeitszeugnisses“ durften Menschen die z.B. sterilisiert waren nicht heiraten, weil sie den „wichtigsten Zweck“ der Ehe nicht erfüllten. Um das Ehestandsdarlehen zu erlangen, mussten nun die Ehepaare einen „rein arischen Stammbaum“ vorlegen.

Ab August 1936 verlangte Himmler bei Verlobungsgesuchen von SS-Angehörigen den Nachweis,

dass die Bräute an Mütterschulungskursen teilgenommen hatten. Diese Mütterkurse wurden zusammen mit Mütterberatungsstellen von Scholtz-Klink eingerichtet. Hier wurden die Frauen fit gemacht, um das faschistische Frauenbild in die Praxis umzusetzen. Im Januar 1939 kamen Richtlinien für die ärztliche Untersuchung von Ehestandsbewerbern heraus und ab Oktober 1941 wurde die amtliche Bestätigung der „Erbgesundheit“ zur Voraussetzung für Eheschließungen.

Scholtz-Klink sorgt für „rassische Reinheit“

Scholtz-Klink hatte auch dafür zu sorgen, dass sich die „rassische Reinheit“ durchsetzt. Auf Plakaten der NS-Frauenschaft wurden z.B. folgende Ratschläge erteilt:

„14 Jahre lang habt ihr, Parteigenossinnen, Schulter an Schulter mit der braunen Front gegen den Juden, den Todfeind des deutschen Volkes, gekämpft, habt jüdische Lüge aufgedeckt und jüdische Geschäfte gemieden. Keinen Groschen mehr an jüdische Geschäfte, keinen jüdischen Arzt, keinen jüdischen Rechtsanwalt für die deutsche Frau und Familie! Frauen unterschätzt nicht den furchtbaren Ernst dieses Entscheidungskampfes. Der Jude will ihn führen bis zur Vernichtung des deutschen Volkes. Wir führen ihn bis zur Vernichtung des Judentums.“⁷⁰

Scholtz-Klink und ein Heer an Bürokratinnen sorgten entscheidend dafür, dass bis 1939 die Massen der „rassisch akzeptablen“ weiblichen Bevölkerung in das nationalsozialistische Netzwerk eingegliedert wurden, davon 3 Millionen Mädchen in der Hitlerjugend und insgesamt 8 Millionen Frauen in den verschiedenen nationalsozialistischen Frauenorganisationen. Über 1 Millionen bezogen ihre Zeitschrift, die sich ausdrücklich an die loyalen Nationalsozialistinnen richtete.

Um die Frauen gleichzuschalten und zu funktionalisieren im Sinne der NS-Ideologie führte Scholtz-Klink Veranstaltungen, Unternehmungen, Kurse, Radiosendungen usw. durch. In den ersten fünf Jahren nahmen über 1,5 Millionen Frauen an den Mütterschulungen und fast eine halbe Million an den Hauswirtschaftskursen teil. Zwischen sechs und acht Millionen Frauen gehörten dem Deutschen Frauenwerk an und acht Millionen der weiblichen Abteilung der deutschen Arbeitsfront. Zwei Millionen Frauen unterstanden der Elite-Frauenorganisation, der NS-Frauenschaft und waren in Führungsaufgaben aktiv (ohne das sie die Führung hatten), 100.000 Lehrerinnen unterstanden offiziell der Aufsicht von Scholtz-Klink.

Politische Geschichte

Wohlfahrtspflege

Im Mittelpunkt der nationalsozialistischen Wohlfahrtspflege unter Führung von Hilgenfeld stand programmatisch die Förderung der *'erbgesunden und arischen Familie'*. Demgegenüber sollten *'Minderwertige'* - definiert als Menschen, deren Fähigkeit, *'Leistungen und Dienste der Nation zu vollbringen, unter dem Durchschnitt, unter dem Normalen liegt'*, registrierte und kategorisiert werden. Außerdem sollte alles aufgeboten werden, um die Kosten für diesen Personenkreis zu verringern.⁷¹

Das Wohlfahrtsministerium setzte unter Hilgenfeldt 'Rassepflege-Experten' ein. Es wurden 205 spezielle Erbgesundheitsgerichte eingerichtet. Erbkrankte Personen, worunter Behinderte, Alkoholiker, Menschen mit „abweichendem sexuelle Verhalten“ zählten (darunter verstanden die Faschisten z.B. Lesben, Schwule, Prostituierte, nichtdeutsche Eheverhältnisse), waren keine menschlichen Wesen, sie waren Krankheitskeime in einer gesunden Gesellschaft. Prostitution wurde sehr weit ausgelegt z.B. wenn Menschen eine Sexualität gelebt hatten, die nicht den „faschistischen Normen“ fürs Volk entsprach, konnte dies unter abweichendem sexuellen Verhalten fallen.

⁷⁰ Anna Maria Sigmund, Die Frauen der Nazi, S. 180

⁷¹ Angelika Ebbinghaus, Opfer und Täterinnen, Fischer Verlag, S. 41

Eugeniker

„Zur Ausmerzung genetischer Defekte innerhalb der germanischen Rasse“, gehörten für die Eugeniker: 80.000 Schizophrene, 20.000 bis 25.000 Epileptiker und etwa 30.000 blinde Menschen. Insgesamt wurden 300.000 Menschen zwangssterilisiert, zwei Drittel dieser Sterilisationen wurden wegen „Schwachsinn“ und „moralischen Schwachsinn“ vorgenommen. „Schwachsinnig“ waren alle, die sich nicht der autoritären Disziplin des Faschismus unterordneten oder einfügten, unter „moralisch Schwachsinnig“ wurden z.B. die Prostituierten geführt. Prostituierte wurden als „asoziale weibliche Elemente“ registriert und oft nach der Zwangssterilisation entmündigt, sie landeten in den sogenannten „Umerziehungslagern oder Arbeitserziehungslagern“. Rund 400 Frauen und 70 Männer starben infolge des Eingriffs; rund 7.000 „eugenische“ Schwangerschaftsunterbrechungen mit nachfolgender Zwangssterilisation fanden statt.

„Rassenpolitik und Euthanasie“

„Unwertes Leben musste aus der arischen Bevölkerung ausgerottet“ werden. Im Eugenik-Programm ist festgehalten, dass z.B. Menschen mit Epilepsie oder Schizophrenie, anhand von Symptomen wie Verstimmtheit oder Tobsuchtsanfällen, Vernachlässigung des Haushalts bei Frauen oder unregelmäßiger Arbeit bei Männern, Taubheit, Stummheit, Prostitution, Schwachsinn oder Geschlechtskrankheiten zwangssterilisiert werden müssen. Potenzielle Mütter und Väter „lebensunwerter Kinder“ wurden aufgerufen ihre patriotische Pflicht zu erfüllen und auf Nachkommen zu verzichten, um der „Arier-Generation“ eine bessere Lebensqualität zu sichern. Von Scholtz-Klink erwartete die Partei die Mobilisierung der Frauen zur Umsetzung dieser „Rassenhygiene“. Der Staat erhob Anspruch auf alle „rassisch wertvollen Kinder“.

Kindereuthanasie

1939 wurden Ärzte, Hebammen und Fürsorgerinnen verpflichtet, missgestaltete Neugeborene, bald auch Kinder bis zum Alter von drei Jahren, an den „Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden“ zu melden. Drei Gutachter entschieden auf der Grundlage dieser Anlagen über die Tötung der Kinder. Die Kindereuthanasie umfasste 5.000 Opfer im ganzen Reich.



Euthanasieprogramm T-4

70.273 Patientinnen und Patienten wurden Opfer der Aktion T4. In den KZ's wurden die Opfer selektiert und mit Zügen meistens Nachts in die Tötungsanstalten gebracht. Ärzte, Schwestern und Pfleger waren unmittelbar mit der Selektion und anschließenden Tötung befasst. Die Ärzte selektierten und das Pflegepersonal führte die Tötung aus. Sie bewerteten die Kranken als nutzlose Kreaturen, durch deren Beseitigung die Aufwendung für Unterbringung, Verpflegung und Fürsorge eingespart und die Kriegswirtschaft entlastet werden sollte.

14 Schwestern wurden nach 1945 angeklagt und 1965 von der Anklage 'Beihilfe zum Mord' freigesprochen. Die Ermittlungen gegen die leitenden Ärzte Mootz und Vollheim wurden eingestellt, weil ihr Aufenthalt nicht ermittelt werden konnte.

200.000 Kranke und Behinderte, vor allem aus Polen, der Sowjetunion, Deutschland und Österreich wurden im Rahmen der

„Euthanasie“ ermordet. Die Erfahrungen aus den Methoden der Ermordungen wurden in den Vernichtungslagern genutzt um schneller zu morden.

In der „Pflege- und Heilanstalt“ Obrawalde wurden ab 1943 Patienten die „geisteskrank“ waren mit Giftspritzen oder Gifttrank umgebracht. Es waren insgesamt ca. 18.000. Diese Anstalt wurde von den Russen befreit und die Oberpflegerin Ratajczak, die 2.500 Menschen auf diese Weise getötet hatte, wurde nach einem umfangreichen Geständnis mit dem Oberpfleger Guhlke erschossen. Die Ärztin Wernicke und die Oberschwester Wieczorek wurden wegen mehrfachen Mordes zum Tode verurteilt, das Urteil wurde 1947 vollstreckt. Beide bestanden darauf, „nur ihre Pflicht getan zu haben“.

Zwangssterilisation

Für sogenannte „Minderwertige“ wurde aus „rassenhygienischen oder eugenischen Gründen“ die Zwangssterilisation eingeführt. Professor Clauberg entwickelte für Frauen eine schnelle und billige Methode der Sterilisation, dass einspritzen von Reizflüssigkeit in die Gebärmutter ohne Narkose. Diese Methode wurde vor allem bei Jüdinnen und Sinti- und Roma-Frauen angewandt. Für Prof. Clauberg waren Menschen dieser „Rasse“ lediglich „zur Verfügung stehendes Material“. Nach der Sterilisation mussten die Frauen sich zu Tode arbeiten.

Heinrich Himmler schrieb 23.6.1942 an Prof. Clauberg:

„...Bei etwa 10 Millionen europäischen Juden sind nach meinem Gefühl mindestens 2-3 Millionen sehr gut arbeitsfähige Männer und Frauen enthalten. Ich stehe in Anbetracht der außerordentlichen Schwierigkeiten, die uns die Arbeiterfrage bereitet, auf dem Standpunkt, diese 2-3 Millionen auf jeden Fall herauszuziehen und zu erhalten. Allerdings geht das nur, wenn man sie gleichzeitig fortpflanzungsunfähig macht. Ich habe Ihnen vor etwa einem Jahr bereits berichtet, dass Beauftragte von mir die notwendigen Versuche für diesen Zweck abschließend bearbeitet haben.Eine Sterilisation, wie sie normalerweise bei Erbkranken durchgeführt wird, kommt in diesem Fall nicht in Frage, da sie zu zeitraubend und kostspielig ist.“

Rudolf Brandt schreibt am 10.7. 1942 aus dem Persönlichen Stab des SS-Reichsführers als Geheime Reichssache folgenden Brief an Prof. Clauberg:

Sehr geehrter Professor!

Der Reichsführer-SS hat mich heute beauftragt, an sie zu schreiben und ihnen seinen Wunsch zu übermitteln, doch einmal nach vorheriger Absprache mit SS-Obergruppenführer Pohl und dem Lagerarzt in das Frauen-Konzentrationslager in Ravensbrück zu fahren, um dort die Sterilisation von Jüdinnen nach ihrem Verfahren durchzuführen.

Bevor Sie mit Ihrer Arbeit beginnen, würde der Reichsführer-SS noch Wert darauf legen, von Ihnen zu erfahren, welche Zeit etwa für die Sterilisierung von 1.000 Jüdinnen in Frage käme. Die Jüdinnen selbst sollen nichts wissen. Im Rahmen einer allgemeinen Untersuchung könnten Sie nach Ansicht des Reichsführers-SS die entsprechende Spritze verabreichen.

Über die Wirksamkeit der erfolgten Sterilisierung müssten dann auch eingehende Versuche durchgeführt werden, größtenteils in der Art, dass nach einer bestimmten Zeit, die Sie dann bestimmen müssten, vielleicht durch Röntgenaufnahme festgestellt wird, welche Veränderung eingetreten sind. In dem einen oder anderen Fall dürfte aber auch ein praktischer Versuch in der Weise durchgeführt werden, dass man eine Jüdin mit einem Juden für gewisse Zeit zusammensperrt und dann sieht, welcher Erfolg dabei auftritt. Ich darf Sie bitten, mir zur Unterrichtung des Reichsführers-SS Ihre Äußerung zu meinem Brief mitzuteilen.

Heil Hitler

gez. : Brandt, SS-Obersturmbannführer⁷²

Prof. Carl Clauberg, Gynäkologe, führte ab 1942 an Frauen aus den KZ's Auschwitz und Ravensbrück Massensterilisationen durch. Er war einer der wenigen NS-Mörder, der nach 1945 verurteilt wurde und in Haft kam, wo er 1955 starb.

⁷² Frauen unterm Hakenkreuz, Elefanten Press, S. 118

Medizinische Versuche an Frauen



Ab 1942 wurde im KZ-Ravensbrück mit medizinischen Versuchen unter Oberärztin Herta Oberheuser begonnen. Sie bezeichnete die Frauen und Mädchen als ihre „neuen Meerschweinchen“. Häftlinge wurden erst künstlich verwundet, dann mit Medikamenten oder Operationen unter Kriegsbedingungen (ohne Narkose, unsaubere und unzureichende Instrumente) durchgeführt und anschließend wurden Transplantationsexperimente vorgenommen.

Gingen sie aus diesen Versuchen nicht geheilt hervor, was selten vorkam, bekamen sie eine Giftspritze, unter der ein bis zu 12 Stunden andauernder, qualvoller Tod einsetzte.

Für diese Versuche wurden auffällig häufig Frauen aus dem polnischen Widerstand ausgewählt. Diese Genossinnen konnten während der Gestapoverhöre nicht gefügig gefoltert werden und waren „sowieso“ zum Tode verurteilt. Oberheuser tötete mehrere Frauen mit der Giftspritze und bediente sich einer tödlichen Brutalität gegenüber den Gefangenen. Sie trug entschieden dazu bei, den Widerstand der Polinnen, die aus dem kämpfenden Untergrund kamen, zu brechen. Sie führte Zwangsabtreibungen, Zwangssterilisationen und Selektionen durch.

1943 fand eine Ärztetagung mit 200 Ärzten statt, darunter auch Sauerbruch, der bis in die heutige Zeit hochgelobte Gott in Weiß. Es wurde dort ausführlich über Menschenversuche im KZ Ravensbrück referiert. Kein einziger Arzt erhob einen Einspruch, alle tolerierten es, dass Frauen auf diesem Weg vernichtet und ermordet wurden oder machten mit!

Auszug aus einem Briefwechsel der zur IG Farben gehörenden Firma Bayer mit der Lagerleitung von Auschwitz:

„Bezüglich des Vorhabens von Experimenten mit einem neuen Schlafmittel würden wir es begrüßen, wenn Sie uns eine Anzahl von Frauen zur Verfügung stellen würden. (...)“

„Wir erhielten Ihre Antwort; jedoch scheint uns der Preis von RM 200,- pro Frau zu hoch. Wir schlagen vor, nicht mehr als RM 170,- pro Kopf zu zahlen. Wenn Ihnen das annehmbar erscheint, werden wir Besitz von den Frauen ergreifen. Wir brauchen ungefähr 150 Frauen.(...)“

„Wir bestätigen Ihr Einverständnis. Bereiten Sie für uns 150 Frauen in bestmöglichem Gesundheitszustand vor, und sobald Sie uns mitteilen, dass sie soweit sind, werden wir diese übernehmen.(...)“

„Erhielten den Auftrag für 150 Frauen. Trotz ihres abgezehrten Zustandes wurden sie als zufriedenstellend befunden. Wir werden Sie bezüglich der Entwicklung der Experimente auf dem laufenden halten.(...)“

„Die Versuche wurden gemacht. Alle Personen starben. Wir werden uns bezüglich einer neuen

*Sendung bald mit Ihnen in Verbindung setzen.*⁷³

Oberhäuser wurde 1944 zusammen mit 23 Männern im Nürnberger Ärzte-Prozess angeklagt. Sie wurde zu 20 Jahren Haft verurteilt, nach 7 Jahren wegen guter Führung entlassen und ließ sich als freipraktizierende Ärztin in Plön-Holstein nieder. Erst eine breite Protestbewegung, die eine internationale Presse fand, führte zur Schließung der Praxis.⁷⁴

Gelungene ideologische, faschistische Masseninfiltration

Diese menschenverachtende und menschenvernichtende Politik wurde von den verantwortlichen faschistischen Machthabern als Notwendigkeit zur Erreichung eines „volksgesunden, reinrassigen“ deutschen Staates propagiert. Der Euthanasie wurde in dieser Propaganda eine „Normalität“ eingeräumt, mit der die Faschisten es schafften, das Denken der Menschen umzuprogrammieren. Der Mensch war Eigentum des faschistischen Staates, der Staat nimmt den Menschen in seinen Besitz und entscheidet über dessen Schicksal. Es war in der Gesellschaft nun „normal“, dass Menschen die „anders“ waren als im Sinne der faschistischen Ideologie, stigmatisiert, denunziert, angezeigt, ausgegrenzt, diskriminiert, umgebracht oder für medizinische Experimente benutzt wurden. Jede und jeder waren dazu aufgerufen dem Staat bei der „Säuberung“ von „unwertem Leben“ zu helfen. Nicht wenige sondern sehr viele Menschen konnten dafür aktiviert werden. Die Zuordnungen von sogenanntem Fehlverhalten nicht angepasster Menschen, war oft eine reine Auslegungssache. Die Auslegung war beeinflusst von der faschistischen Propaganda, durch die Eigenschaften gefördert wurden wie: Neid, Gemeinheit, Verachtung, Misstrauen, Rache, Hass und Konkurrenz. Viele Menschen hatten Angst selber von Verrat und Denunziation betroffen zu sein, was viele aber nicht davon abhielt, dasselbe zu tun.



Zwangsarbeiterinnen aus dem Frauen-KZ Ravensbrück

Der Faschismus hatte es geschafft ein Klima der Angst zu verbreiten indem sich sehr viele Menschen entsolidarisierten, sich ruhig verhielten, um bloß nicht aufzufallen oder zu TäterInnen wurden. Die Methoden der Zersetzung aller sozialen und fortschrittlichen Ansätze führten zu Unterordnung, Anpassung, Schweigen, Augen und Ohren

⁷³ Frauen unterm Hakenkreuz, Elefanten Press, S.145

⁷⁴ Ausführliche Berichte und Zeugenaussagen im Buch von Angelika Ebbinghaus, Opfer und Täterinnen, ab Seite 273

verschließen statt Widerstand. Nach der Befreiung vom Faschismus schützten sich passive und aktive TäterInnen mit der Erklärung - wir haben nichts gewusst oder sie haben sich als Opfer gesehen.

Es gab Verantwortliche, die diese Politik, systematischen Massenmord und Vernichtung von Menschen entschieden haben und für die Durchführung gesorgt haben. Es gab das Finanzkapital, dass ohne Skrupel seinen Profit aus Zwangsarbeit, Mord, Vernichtung und Zerstörung gezogen hat. Es gab die gleichgeschalteten HelferInnen, die Folter, Vernichtung und Mord im Auftrag oder eigenmächtig durchführten. Es gab die Menschen, die durch Denunziation der Vernichtung zugearbeitet haben und es gab die Menschen, die durch Weggucken nichts verhindert haben. Das waren nicht nur einzelne Personen, sondern das waren sehr viele, eventuell sogar die Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Es muss klar sein, dass ohne die Hilfe, das Mitmachen, das Stillhalten oder Weggucken der Massen, es keine Vernichtung oder Ermordung von 7,5 bis 8 Millionen Menschen in den KZ's und Vernichtungslager hätte geben können.

Politische Geschichte

KZ-System

Schon im ersten Weltkrieg wurde die Nützlichkeit der Lagerinhaftierung erfolgreich erprobt.. Damals wurden Lager für ZwangsarbeiterInnen aus dem Ausland eingerichtet. Im Faschismus wurde das Lagersystem perfektioniert. Es sollte ein Instrument werden, um für Ruhe in Inneren zu sorgen. In den Folterräumen wurde systematisch gefoltert, um jeglichen Widerstand zu brechen, um die Menschen physisch und psychisch zu vernichten. In den ersten Jahren waren überwiegend deutsche politische Gefangene und sogenannte Kriminelle inhaftiert. Nach der Pogromnacht am 9. November 1938 wurden 30.000 Juden in KZ's verschleppt und nach den Überfällen und der Besetzung anderer Länder füllten sich die KZ's mit Kriegsgefangenen und WiderstandskämpferInnen. Die Leitung der KZ's unterstand den SS-Totenkopfverbänden. Von 1933 bis 1945 waren insgesamt 1,6 Millionen Menschen in einem KZ's eingesperrt.

Vernichtungslager

Vernichtungslager wurden für die systematische Vernichtung der Juden und Menschen, die nicht dem „arischen Menschenbild“ entsprachen aufgebaut. Jüdischen Menschen wurde bereits ab Machtantritt der Faschisten schrittweise jede Lebensgrundlage entzogen:

- Registrierung, Diskriminierung, Ausgrenzung, Enteignung
- Die SS-Standarte und Totenkopf-Verbände waren besonders ausgebildet, um in Lehrgängen die Vernichtungsideologie zu verbreiten. Sie übernahmen die Kontrolle der Durchführung und die Durchführung selbst der systematischen Vernichtung
- 1935 wurde das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre erlassen, damit begann die „Arisierung“ jüdischen Eigentums. 8,5 Milliarden Reichsmark aus jüdischem Vermögen füllte die Kriegskasse und sanierte deutsche Unternehmen
- 1941 wurde der Befehl zum tragen des gelben Judensterns ab dem 6. Lebensjahr und die Verpflichtung zur Zwangsarbeit in den Rüstungsbetrieben erlassen.
- 1942 wurde die Durchführung der „Endlösung der Juden“ beschlossen
- Es wurden 6 Millionen Juden und Jüdinnen systematisch umgebracht



4. Frauen in der Kriegsproduktion

Der NS-Staat bereitet den 2. Weltkrieg vor

Im September 1936 wurde auf dem Nürnberger Parteitag der Vierjahresplan verkündet, der im wesentlichen zum Ziel hatte, dass die deutsche Armee in vier Jahren einsatzfähig und die deutsche Wirtschaft in vier Jahren kriegsfähig sein sollte. Mit der Durchführung wurde Göring beauftragt. Zur Steigerung der Rüstungsindustrie wurden Arbeitskräfte gebraucht und so musste die NS-Politik eine Taktik entwickeln, um die Frauen, die gerade erst aus der Berufstätigkeit rausgedrängt worden waren, nun in die Produktion rein zu holen.

Kurz vor dem Überfall auf die Sowjetunion gab Göring einen geheimen Erlass an alle Ministerien heraus:

„Alle Frauen, die nach Kriegsbeginn ihre Arbeit aufgegeben hatten, weil sie Familienunterstützung erhielten, sollten an ihre „vaterländische Pflicht“ erinnert werden. Falls sie weiterhin die Arbeit verweigerten, sollte ihnen der Unterhalt gekürzt werden.“

Frauen, die eine „für zumutbar erklärte Berufstätigkeit“ nicht wieder aufnahmen, wurde die Familienunterstützung ab 1. Juli 1941 gekürzt. Es wurde die Kampagne eingeleitet 'Deutsche Frauen helfen siegen'. Man appellierte an die Frauen „freiwillig den Ehrendienst“ in der Kriegswirtschaft aufzunehmen. Die „freiwillige Arbeitsaufnahme“ bezog sich aber nur auf Arbeiterinnen und unteren Angestellte.

Die Arbeit war die gleiche schwere Arbeit wie die Männer sie machten, der Frauenlohn lag aber 40 Prozent unter dem Männerlohn. Zur Produktionssteigerung wurden die Arbeitszeiten verlängert, vor Ausbruch des Krieges lag die Arbeitszeit zwischen 44 – 45 Stunden.

Während der Kriegszeit gab es unzureichende Lebensmittel, die Kinder waren während der Arbeitszeit unbeaufsichtigt, da die Männer an der Front waren. „Arbeitsbummel“ und „Bummelschichten“ waren die Antwort der Frauen. Die Produktion sank dadurch in den Betrieben um 25%, es konnten Wehrmächtaufträge nicht erfüllt werden. Täglich fehlten 20 bis 25 Prozent der Arbeiterinnen und Samstags sogar 45%.

Ökonomische und Politische Geschichte

Arbeitszeit, Arbeitshetze, Löhne und der Abbau von Sozialleistungen

„Während die Realstundenlöhne absanken, stieg die Zahl der wöchentlich gearbeiteten Stunden. Im Jahre 1937 war nach der amtlichen Statistik die durchschnittliche Arbeitszeit die gleiche wie im Jahre 1929. Aber dieser Durchschnitt von 1937 setzt sich aus einer stark verkürzten Arbeitszeit in manchen Konsumgüterindustrien, wo Mangel an Rohstoffen herrscht, und viel längeren Arbeitszeiten in der Rüstungs- und den ihr verwandten Industrien zusammen. Und selbst mit der verkürzten Arbeitszeit in den Konsumgüterindustrien hat es seine besondere Bewandnis. Die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1936 berichten z.B. von einem Textilbetrieb, in dem die Arbeiter vor Erschöpfung zusammenbrachen, obgleich sie doch nur 24 Stunden pro Woche arbeiteten. Die Arbeiter erhielten nämlich Leistungslöhne, und um in der kurzen wöchentlichen Arbeitszeit möglichst viel zu verdienen, arbeiteten sie so intensiv, dass sie sich völlig überarbeiteten. Ein Gegenbeispiel zu dieser 24-Stunden-Woche, die zu anstrengend für die Arbeiter war, ist etwa der Tarif für die Elektrizitätswerke in Baden, der offiziell die 104-Stunden-Woche einführte.“⁷⁵

Die Leistung pro Arbeiter und Stunde stieg in der Produktionsmittelindustrie um etwa 10 Prozent, in der Fahrzeugindustrie um über 60 Prozent.

Die Leistungen der Sozialversicherungen wurde abgebaut. Als Beispiel gilt hier die Arbeitslosenversicherung: *„Was die Arbeitslosenversicherung betrifft, so behielt man die in der Krise erhöhten Beitragssätze bei, während die Leistungen, die in der Krise gekürzt worden waren, nicht wieder erhöht wurden. Die Folge war, dass sich in kurzer Zeit Milliarden bei der Arbeitslosenversicherung ansammelten, die dann in Form von Reichsanleihezeichnungen der Finanzierung der Rüstungswirtschaft dienten.“⁷⁶*

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

„1933 bis 1937 waren die Jahre der Kriegsvorbereitung. Die öffentliche Propaganda rückte die Arbeitsbeschaffung in den Vordergrund und die allgemeine nationale Gesundung der Wirtschaft. Bald wurde die Propaganda mit der Aufrüstung und der wirtschaftlichen Wehrsicherung vermischt in der Parole 'Kanonen statt Butter'.

Tatsächlich war die deutsche Wirtschaft vom ersten Tage der Herrschaft des Faschismus an auf die Aufrüstung ausgerichtet. Das heißt nicht, dass seit dem 30. Januar 1933 die Rüstungsproduktion stieg. So schnell lässt sich eine neue Politik nicht durchsetzen. Es dauerte Jahre, bevor die deutsche Wirtschaft über eine einigermaßen ordentlich funktionierende Rüstungsindustrie verfügte. Während z.B. die Flugzeugindustrie bereits im Jahre 1935 zu funktionieren begann und in diesem Jahre nahezu 2.000 Kriegsflugzeuge produzierte, dauerte es in den Krieg hinein, bis die deutsche Tankproduktion wirklich in Gang gekommen war. (...)

Die Rüstungsindustrie ist ein Teil der Schwerindustrie, der Produktionsmittelindustrie oder wie immer wir diesen Zweig der Wirtschaft nennen. Im Jahre 1932 lag der Index der Produktion von Produktionsmitteln um mehr als die Hälfte unter dem Stand vom Jahre 1928. 1934 hatte er sich bereits auf drei Viertel der Produktion vor der Krise heraufgearbeitet. Schon im Mai 1935 hatte er das Niveau von 1928 überschritten und lag im Durchschnitt des Jahres 1937 um rund ein Viertel über dem höchsten vorangegangem Stand. Diese Zahlen veranschaulichen die rapide Aufwärtsentwicklung desjenigen Teiles der Industrie, in dem die Rüstungsindustrie gelagert war.“⁷⁷

IG-Farben

Die IG-Farben profitierten von den KZ's dreifacher Hinsicht:

⁷⁵ Jürgen Kuczynski, Die Bewegung der deutschen Wirtschaft, S. 160

⁷⁶ Jürgen Kuczynski, Die Bewegung der deutschen Wirtschaft, S. 161

⁷⁷ Jürgen Kuczynski, Die Bewegung der deutschen Wirtschaft, S. 152-153

- Experimentierfeld für ungeprüfte Medikamente
- ein billiges, unerschöpfliches Heer von Zwangsarbeitern
- Absatzmarkt für Giftgas

Einige IG-Farben Verbrecher aus dem Vorstand, die nach 1945 Karriere in der BRD machten: Heinrich Bütefisch, Otto Ambros, Hermann Schmitz, Fritz Gajewski, Fritz ter Meer, Carl Krauch, Friedrich Jaehne, Carl Wurster, Carl Winnacker. Die IG-Farben mit Direktor Carl Krauch hatte eine zentrale Rolle in der Rüstungsindustrie. In einem Militärbericht der alliierten Militärregierung von 1945 hieß es:

„Ohne die riesigen Produktionsstätten der IG-Farben, ohne ihre weitgespannte Forschung, ohne ihre reichliche technische Erfahrung und ohne die wirtschaftliche Macht, die in ihren Händen konzentriert war, wäre Deutschland nicht in der Lage gewesen, im September 1939 seinen Angriffskrieg zu beginnen.“

Die Lage der Kleinbetriebe und des Handwerks änderte sich

„Während bisher die Unsicherheit der Existenz des Kleinbürgertums eine Erscheinung war, die im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung lag, können wir jetzt eine ganz bewusste Förderung des Proletarisierungsprozesses im ganz wörtlichen Sinne beobachten. Gegen Ende der hier betrachteten Zeit (1933-1937) macht sich nämlich eine ernste allgemeine, wenn auch keineswegs schon hemmende, Verknappung auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Um dieser Verknappung entgegenzuarbeiten, wird teilweise eine systematische Kampagne gegen die Kleinbetriebe unternommen zu dem Zweck, die in ihnen Beschäftigten in die Großbetriebe, vor allem in die Rüstungswerke, zu jagen.“⁷⁸

Die Landwirtschaft

„In der Landwirtschaft änderte sich die Preispolitik. Die Preise für Getreide und Futtermittel, die Hauptprodukte der Junker, wurden relativ hoch gehalten, während für Vieh und Viehprodukte, die die Hauptleistung der Bauernwirtschaft darstellten, verhältnismäßig gedrückt wurden. Eine solche Politik hatte den Vorteil, dass die Junker ihre Hauptgewinne zum Teil durch Ausplünderung der Landwirtschaft selbst machen konnten. Denn es waren die Bauern, die den Junkern die Futtermittel zu hohen Preisen abkaufen mussten.“⁷⁹

Kriegsziele im 2. Weltkrieg

Mit der Besetzung von Österreich wurde die Schwerindustrie, die Betriebsmethoden, der spezifische technische Fortschritt, die Patente, die ausländischen Kapitalwerte Österreichs (Beteiligung an den Balkanindustrien und der tschechischen Industrie) übernommen und die Eisen- und Stahlindustrie sowie der Maschinenbau vergrößert.

Der Krieg diente zur Besetzung weiterer Länder und so wurde der deutsche Faschismus zu dem größten europäischen Herrschaftsgebiet über die Industrie.

Der Krieg gegen die Sowjetunion sollte den letzten ernstesten Gegner des deutschen Faschismus beseitigen. Geplant war ein kurzer Krieg, um die Ölfelder, Kohle- und Erzgruben und die Getreidefelder zu übernehmen. Wie wir wissen brach aber Stalin Hitler das Genick.

Zwangsarbeit

Die Zwangsarbeit war für die Industrie wichtigstes Mittel für die Kriegsproduktion. Über die SS wurden KZ-Häftlinge an die Industrie ausgeliehen. Dies waren verschleppte Menschen aus den besetzten Gebieten (ca. 12 Millionen), Kriegsgefangene und alle arbeitsfähigen KZ-Häftlinge. Während des Krieges wurden weitere KZ's direkt in Industrienähe gebaut. Ziel war es neben der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, die Menschen moralisch zu zerbrechen, um jeden Widerstand zu verhindern. Die durchschnittliche Lebensdauer von KZ-ZwangsarbeiterInnen lag bei neun Monaten.

Beispiele von Industrie-Werken der deutschen Imperialisten, die ihre Profite mit Zwangsarbeitern erzielten:

IG-Farben – KZ Auschwitz-Monowitz,

Siemens – KZ Ravensbrück, Daimler-Benz – KZ Natzweiler

Struthof, Messerschmidt – KZ Flossenbürg,

AEG, Siemens, Krupp, Daimler-Benz, IG-Farben – KZ Sachsenhausen.

⁷⁸ Jürgen Kuczynski, Die Bewegung der deutschen Wirtschaft, S. 159

⁷⁹ Jürgen Kuczynski, Die Bewegung der deutschen Wirtschaft, S. 157

5. Widerstand der Frauen gegen den Faschismus

Frauen-KZ's und Widerstand

1933 entstand das erste Frauenkonzentrationslager in Moringen, das 1938 wegen Massenverhaftungen überfüllt war. Frauen wurden dann in das „Reichsfrauenlager Lichtenburg“ verlegt und als dieses Lager zu klein wurde, wurde das Frauen-KZ Ravensbrück erbaut. In der Zeit von 1939 bis 1945 wurden 133.000 Frauen und Mädchen aus 20 europäischen Staaten eingewiesen. 97.700 Frauen wurden ermordet. Unter den ersten eingelieferten Frauen befanden sich Frauen aus dem aktiven Widerstand in Polen. Diese fielen dadurch auf, dass sie trotzdem sie bis zur Unkenntlichkeit gefoltert waren, ein hohes Maß an Selbstachtung und Würde zeigten und nicht von ihrer politischen Überzeugung abgerückt waren.



Bundesarchiv, Bild 183-1985-0417-15
Foto: o. Ang. | 1939/1945 ca.

Der Hass und die Wut auf revolutionäre Kämpferinnen feuerte faschistische Folterknechte an, Frauen aus dem antifaschistischen Widerstand, Kommunistinnen und alle die sie dort einordneten, zu beweisen wie es möglich ist ihre Persönlichkeit langsam zu zerstören bis sie vollends vernichtet werden. Die SS richtete sich in den KZ's Bordelle ein, für die sie sich Frauen vor allem aus dem politischen Widerstand raus suchte um mit sexualisierter Folter ihre perversesten und sadistischsten Fantasien zur Zerstörung der Frauen auslebten. Nach wenigen Wochen waren die Frauen völlig zerstört, so dass ihnen die Ermordung in den Gaskammern ziemlich gewiss war.

Widerstand gab es aber trotzdem. Politische Häftlinge nutzten z.B. durch die Besetzung von Lager-

Funktionen und internationale Solidarität Möglichkeiten, dem Zermürbungssystem der Faschisten und dem Dauerterror entgegen zu wirken. Übernommene Funktionen und Aufgaben wurden genutzt, um das reibungslose Funktionieren der faschistische Lagerordnung zu durchbrechen. Sowjetische Genossinnen bauten unter anderem einen Sender auf. ZwangsarbeiterInnen sabotierten die Arbeit mit langsamen Arbeiten, produzierten Ausschuss, bis hin zum Herstellen von Waffenteilen, die zwar die Qualitätskontrolle passierten, beim Einsatz aber versagen mussten.



Partisaninnen gegen den Faschismus

Der Widerstand der gefangenen sowjetischen Rotarmistinnen machte vielen Frauen Mut und förderte eine breite Solidarität. Zwei Beispiele sollen hier genannt werden, für einen sehr gelungenen Widerstand:

- Nachdem sowjetische Rotarmistinnen sich geweigert hatten, Befehle der SS durchzuführen, mussten sie zur Strafe den ganzen Tag auf der Lagerstraße marschieren, ohne Essen zu bekommen. „Seht euch das mal an – die Rote Armee marschiert!“ – riefen mehrere Häftlinge. Viele Häftlinge strömten aus den Blocks und sahen wie 500 Rotarmistinnen das Strafexerzieren in eine Kundgebung gegen die Nazis umwandeln. Sie marschierten kämpferisch durch das KZ, in geschlossenen Reihen und sangen ein antifaschistisches sowjetisches Lied:

*„Steh auf, steh auf, du Riesenvolk!
Heraus zur großen Schlacht!
Den Nazihorden Widerstand!
Tod der Faschistenmacht!
Es breche über sie der Zorn wie finstre Flut herein.
Das soll der Krieg des Volkes, der Krieg der Menschen sein!“⁸⁰*

- Sieben sowjetische Rotarmistinnen, darunter Maria Klugmann, weigerten sich im KZ-Ravensbrück in der Nazi-Rüstungsproduktion zu arbeiten. Daraufhin zwang die SS sie drei Tage und drei Nächte bei eisiger Kälte im Freien zu stehen. Am ersten Tag starb eine Rotarmistin, am zweiten Tage wurde eine Rotarmistin bewusstlos. Die anderen fünf waren schwer unterkühlt. Doch das schwächte ihre Kampfkraft nicht. Sie hielten weiter durch. Der Kampfgeist dieser sowjetischen Kriegsgefangenen beeindruckte die anderen Häftlinge, es entwickelte sich eine gewisse Solidarisierung, die die SS-Leitung zur Aufgabe zwang. Die Rotarmistinnen bewiesen, dass Widerstand erfolgreich sein kann und sie hatten sich gegen die Sklavenarbeit in der Kriegsproduktion gewehrt.⁸¹

1943 bildeten sich in Ravensbrück verschiedene Widerstandsgruppen. Im Februar 1943 schlossen sich diese zu einem Internationalen Widerstandskomitee zusammen, die Mitgliederrinnen waren ausschließlich Kommunistinnen. Wichtig war es den Kampf ums Überleben zu organisieren, gegen die Nazi-Ideologie und Propaganda anzukämpfen, gegen die Spaltungsbemühungen vorzugehen und dem täglichen Terror etwas entgegen zu setzen. Der Kampf in den KZ's und Vernichtungslager war ein wichtiger Teil des weltweiten Kampfes gegen Faschismus. Aus folgenden Ländern gehörten Frauen dem Widerstandskomitee an: Sowjetunion, Frankreich, Tschechoslowakei, Norwegen, Österreich, Belgien, Polen, Jugoslawien und Deutschland.

Schritte für eine internationale Frauenbewegung, die einen Antifaschistischen Frauenwiderstand organisiert

In Paris fand im August 1934 ein internationaler Frauenkongress gegen Krieg und Faschismus statt. Es nahmen über tausend Delegierte aus 24 Ländern teil. Darunter waren 341 Frauenorganisationen mit unterschiedlicher politischer Richtung. Aus der Sowjetunion kamen 20 Delegierte und aus Deutschland 15 Delegierte. Auf dem Kongress wurde über den drohenden Krieg und dem internationalen Kampf gegen Faschismus geredet. Gefordert wurde die Befreiung von allen Antifaschisten und KriegsgegnerInnen in allen Ländern. Die Frauen wurden aufgefordert überall Frauenkomitees zu bilden und diese aufs ganze Land auszuweiten.

Auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935 referierten Dimitroff und Togliatti über die Notwendigkeit einer Volksfront, in der sich die Frauen für ihre Rechte wie „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zusammenschließen sollten. Gefordert wurde die Zusammenarbeit aller Frauenorganisationen gegen Krieg und Faschismus zur Schaffung einer Massenfrauenbewegung.

⁸⁰ Charlotte Müller, Die Klempnerkolonne in Ravensbrück, S. 61, 62

⁸¹ Charlotte Müller, Die Klempnerkolonne in Ravensbrück, S. 136, 137

1937 wurde von der Internationalen Frauenbewegung der gegenwärtige Zustand analysiert. Auf dem Kongress 1934 in Paris wurde ein Internationales Frauenkomitee gewählt, das die Aufgabe hatte eine breite Frauenbewegung auf der ganzen Welt zu entwickeln und zusammenzuführen. Daraus entstand die Frauenzeitschrift 'Frauen', die in verschiedenen Ländern und Sprachen in 20 Ausgaben raus gegeben wurde. Die Frauen sollten in den allgemeinen Kampf einbezogen werden, Arbeiterinnen, Bäuerinnen, Hausfrauen, intellektuelle Frauen.

Dies war aber nicht der Stand der Bewegung. Die Umsetzung der Gleichberechtigung der Frau im Klassenkampf hatte sich noch nicht durchgesetzt. Es waren oft die Männer, die die „wichtigen Arbeiten, Aufgaben und Funktionen“ übernahmen, während Frau weiter im Hintergrund agierte. Damit wurden die Möglichkeiten der Frauen blockiert sich zu entwickeln, zu lernen, zu organisieren, zu leiten und zu kämpfen. Durch die politische Unterschiedlichkeit entstanden zusätzlich Differenzen in der Widerstandsarbeit.

Im September 1941 fand in Moskau ein antifaschistisches Meeting werktätiger Frauen statt. Daran nahmen mehr als 2.000 Frauen aus der Sowjetunion und anderen Ländern statt. Auf diesem Meeting wurden vor allem die deutschen Frauen aufgefordert, den Kampf gegen den Faschismus zu organisieren.

Die Internationale Frauenbewegung hat von verschiedenen politischen Seiten versucht sich zusammen zu finden und damit einen gemeinsamen Widerstand gegen den Faschismus zu organisieren. Eine genaue Aufarbeitung des internationalen Frauenwiderstands liegt aus welchen Gründen auch immer bis heute nur bruchstückhaft vor. Es gibt keine systematische Darstellung darüber.

Partisaninnen – Frauen im bewaffneten Widerstand



In Deutschland gab es keine organisierte antifaschistische Frauenbewegung. Kommunistische Frauen und Frauen, die aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen kamen, gingen in bestehende Widerstandsgruppen, wo sie gemeinsam mit ihren Genossen den Widerstand organisierten. Frauen, die emigriert waren und Widerstand leisten wollten, organisierten sich z.B. in Bündnissen mit Künstlerinnen und Christinnen.

In Frankreich, Belgien, Niederlande, Ungarn und Polen leisteten vor allem jüdische Frauen aktiven Widerstand. Sie bildeten Partisaneneinheiten, die militärisch gegen den Faschismus kämpften oder wie in Polen den Kampf gegen die Deportation ins KZ organisierten.

Der Kampf der verschiedenen Widerstandsgruppen war nicht koordiniert und erfolgte unabhängig voneinander. Die Notwendigkeit einer Organisation des Internationalen Widerstands gegen den Faschismus war bewusst, wurde aber nicht erreicht.

Es gibt einige Literatur, in der festgehalten wird das Frauen sich international dem antifaschistischen Widerstand anschlossen. Sie berichten über ihren Weg, wie sie sich zum Widerstand entschlossen über Flucht aus der Gefangenschaft oder dem Ghetto, Anschluss an Partisaneneinheiten, Beschaffung von Kampfmaterial, Operationen und Anschlägen gegen die Faschisten. Ingrid Strobl hat dazu recherchiert und Interviews mit Zeitzeugen geführt⁸².

„Interviews mit ehemals Aktiven und historische Recherchen haben ergeben, dass die Infrastruktur jeder Art von Widerstand vor allem von Frauen getragen wurde. Frauen haben illegale Zeitschriften transportiert und zum Teil auch gedruckt. Frauen beförderten Flugblätter und Klebezettel gegen das Regime und verteilten bzw. verklebten sie auch. Frauen betrieben Sabotage in den Rüstungsbetrieben. Frauen versteckten die Untergrundkämpfer und Partisanen, sorgten für ihre Ernährung, ihr Überleben. Auf all diese Aktivitäten standen hohe Haftstrafen, die Deportation ins KZ, nicht selten auch die Todesstrafe. Tausende Frauen wurden für ihre Unterstützung des Widerstands hingerichtet, Tausende verendeten in den Lagern, starben an den Folgen der Folterungen oder setzten ihrem Leben selbst ein Ende aus Angst, unter der Tortur schwach zu werden und andere zu verraten.“⁸³

Politische Geschichte

Widerstand ohne Volk

Einen breiten antifaschistischen Widerstand aus dem deutschen Volk gab es nicht. Die Bezeichnung „Widerstand ohne Volk“ ist wohl sehr passend. Individueller Protest, Opposition oder Verweigerung gab es in vielfältiger Form. Widerstandsaktionen waren im allgemeinen vereinzelt und ohne Koordination. Es bildeten sich immer wieder auf's Neue kleine Widerstandsgruppen, die aber durch die Spitzeltätigkeit der Gestapo häufig zerschlagen werden konnten.

Militärischer Widerstand im Staatsapparat

Sehr später Widerstand aus den Reihen des faschistischen Militärs wird heute als „der Widerstand“ gegen Hitler propagiert. Diese sogenannten Widerständler hatten dem Faschismus zur Macht verholfen und diesem jahrelang gedient. Erst als nach der Schlacht um Stalingrad die militärische Niederlage des deutschen Faschismus unabwendbar wurde, versuchten sie mit Hilfe eines Putsches für den deutschen Imperialismus zu retten, was noch zu retten gewesen wäre. Nehmen wir als Beispiel den hochgelobten Claus Graf von Schenkenburg (1907 – 1944), Wehrmachtsoffizier und eine der Hauptpersonen des militärischen Widerstandes des 20. Juli 1944:

Ab 1929 Offizier, begrüßt er die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und beteiligt sich an der militärischen Ausbildung der SA. Er nahm 1940 als Generalstabsoffizier an der Westoffensive gegen Frankreich teil und befürwortete 1941 die Vereinheitlichung der Befehlsgewalt des Oberbefehlshabers des Heeres und des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht in der Person Hitler. Er hatte Zugang zum Führerhauptquartier (warum wohl?). Ab Juni 1941 zunehmende Ablehnung der NS-Führung, Kontakte zum militärischen Widerstand, bereitet den Anschlag auf Hitler vor. Nach dem missglückten Attentat wird er am 21. Juni 1944 erschossen.

Widerstand der KPD

Mit 360.000 MitgliederInnen und etwa sechs Millionen WählerInnen war 1932 die KPD die drittstärkste Partei. Sie war die einzige große Organisation, die sich schon weit vor der Zeit der Machtergreifung des Faschismus auf einen Widerstand aus dem Untergrund vorbereitete. Die GenossInnen bereiteten sich auf ein Leben in der Illegalität vor, in dem sie z.B. Verstecke für die Mitgliederkartei, Vervielfältigungsgeräte, Papier und Waffen organisierten.

⁸² Ingrid Strobl, Sage nie du gehst den letzten Weg und Die Angst kam erst danach, Fischer Taschenbuch Verlag 1989. Chaika Grossmann, Die Untergrundarmee, Fischer Taschenbuch Verlag 1993

⁸³ Ingrid Strobl, Sag nie du gehst den letzten Weg, S. 27

Der Reichstagsbrand wurde von den Nazis genutzt, um die Jagd auf KommunistInnen und vor allem den führenden Kader zu eröffnen. Trotz aller Vorbereitung seitens der KPD konnten in den ersten Märzwochen 11.000 KommunistInnen verhaftet werden. Im Juni 1933 waren mehr als die Hälfte (17 von 28) BezirksleiterInnen der KPD, und ebenso mehr als ein Drittel der Abgeordneten des Reichstags und des Preußischen Landtags in Haft. Internationales Aufsehen erregte das konsequente Auftreten vor Gericht von Georgi Dimitroff, der Angeklagter im Reichstagsbrandprozess war. Dem KZ entkam er nur, weil die Sowjetunion ihm die sowjetische Staatsbürgerschaft verlieh. 1935 analysierte Dimitroff auf der Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale den Faschismus und hob die Definition des Faschismus vom XIII. Plenum des EKKI hervor:

„Der Faschismus an der Macht ist die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten am meisten chauvinistischsten Elemente des Finanzkapitals.“

In den ersten Jahren gelang es der KPD vielerorts einen organisierten Widerstandskampf zu führen. Die KPD verlegte ein Teil der Parteiführung ins Ausland, wie Tschechoslowakei, Niederlande, Dänemark, Saarland (das noch bis 1935 unter der Verwaltung des Völkerbunds stand). Dort richtete sie Grenzstützpunkte ein, als Anlaufstellen für geflüchtete KPD GenossInnen und als Verbindungsgelenke zwischen den Aktivisten im Untergrund und der Emigration und zur Herstellung von Propagandamaterial. Unterstützung erhielt die KPD durch die KPDSU und die Kommunistische Internationale.

Die meisten Widerstandsaktionen konnte die KPD in ihren stärksten Gebieten wie Hamburg, Berlin und dem Ruhrgebiet durchführen. Politisch hatten sie immer noch die Bildung einer Einheitsfront zum Ziel. Über die Frau von Ernst Thälmann unterhielt die Führung der KPD Verbindung und einen politischen Austausch zu dem eingekerkerten Ernst Thälmann. Bei den meisten Widerstandsaktionen wurden immer wieder GenossInnen verhaftet, oft genug alle GenossInnen.

Der Widerstandskampf in den Lagern wurde trotz schwerster Haftbedingungen und ständiger Terrorisierung von den politischen Häftlingen organisiert. Lagerfunktionen wurden besetzt, politische Informationen wurden beschafft oder weitergeleitet, Arbeit wurde sabotiert, Massenausbrüche vorbereitet und durchgeführt und die, die flüchten konnten, verbreiteten Informationen über die Zustände und Folterungen in den KZ's.

Durch das massenhafte Verschwinden von WiderstandskämpferInnen in den KZ's wurde eine systematische, organisierte Widerstandsarbeit verhindert. Das Ziel eine Einheitsfront mit SPD und Gewerkschaft zu bilden hatte keinen wirklichen Erfolg. Bis zum Sommer 1939 wurden etwa eine Millionen KämpferInnen in Haft genommen. Am Ende des Faschismus waren 150.000 KPD MitgliederInnen verfolgt, verschleppt und ermordet. Ernst Thälmann wurde heimlich am 18.08.1944 ermordet.

Der 2. Weltkrieg und das Ende des deutschen Faschismus

Der 2. Weltkrieg dauerte vom 1. September 1939 bis zum 8. Mai 1945. Vor allem die Rote Armee hat den entscheidenden Teil zur militärischen Zerschlagung des deutschen Faschismus beigetragen. Unterstützt wurde sie dabei von den verschiedensten Partisaneneinheiten der besetzten Länder. Während die Sowjetunion einen antifaschistischen, antiimperialistischen Kampf führte, hatten die Alliierten – USA, Großbritannien und Frankreich imperialistische Interessen.

Deutschland war ein imperialistisches Land und damit ein Konkurrent um die Weltmacht zu den anderen imperialistischen Ländern, andererseits war der Sozialismus eine Bedrohung für alle imperialistischen Länder und es wäre im Interesse der Alliierten gewesen, wenn Deutschland und die Sowjetunion gleichzeitig Kriegsverlierer wären. Dies war die Grundlage für das widersprüchliche Handeln und Eingreifen (sehr spätes aktives militärisches Eingreifen, Nichteinhaltung von Zusagen zum Eingreifen, keine oder verspätete Waffenlieferung, Lieferung von veralteten und defekten Waffen) der Alliierten im 2. Weltkrieg.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt war für die Sowjetunion ein Mittel den Krieg rauszuzögern, um sich militärisch aufzurüsten, da sie militärisch weit hinter den modernen Kriegsmitteln des Faschismus standen. Die Sowjetunion schaffte es unter Kriegsbedingungen durch die Verlagerung von 1300 Betrieben in den Osten und Südosten des Landes die Produktion des Kriegsmaterials völlig neu zu organisieren. Sie verfügte ab Jahresbeginn 1943 über modernes Kriegsmaterial, damit war sie in der Lage den Kriegsverlauf zu bestimmen.

Bei dem aktiven Eingreifen 1944 durch die Alliierten mit der Landung in der Normandie war nicht mehr die Frage, ob der Krieg gewonnen wird sondern nur noch wann. In den letzten Kriegstagen vom 16. April bis zum 8. Mai 1945, als der Faschismus schon längst besiegt war, starben im Kampf um Berlin noch 102.000 Rotarmisten. Insgesamt starben vermutlich 64,8 Millionen Menschen.

Das deutsche Volk hat sich nicht vom Krieg befreit, es wurde militärisch von den Alliierten besiegt und fühlte sich nun in der Mehrheit als Opfer. Der deutsche Imperialismus war militärisch geschlagen und musste sich fürs erste der Vorherrschaft der alliierten Imperialisten unterordnen.

Überlebende PartisanInnen, KommunistInnen, AntifaschistInnen und Personen aus allen Parteien, die durch die

Erfahrungen in der faschistischen Diktatur erschüttert waren, waren die ersten, die sich 1945 zusammen schlossen und den 'Antifaschistischen Konsens' erarbeiteten. Damit wollten sie erreichen, dass es nie wieder zu einer Monopolisierung des Großkapitals kommt und eine Entmilitarisierung sowie eine Entnazifizierung in Gang setzen.

Im Potsdamer Abkommen (Dreimächtekonferenz) USA, Sowjetunion und Großbritannien wurde am 2.8.1945 noch folgendes formuliert:

„Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet (...), damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“

Bald wurde klar, dass die Imperialisten kein Interesse daran hatten, diese Vereinbarungen auch nur im Ansatz umzusetzen.

6. Zum Schluss – Lehren aus der Geschichte

Die Frauenunterdrückung ist Teil einer jahrtausendelangen Geschichte. Den Beginn können wir mit der Entstehung des Privateigentums am Ende des Urkommunismus bzw. der Urgesellschaft finden. Mit dem Aufkommen von Privateigentum und der Spaltung der Gesellschaft in sich feindlich gegenüberstehende Klassen (Sklaven und Sklavenhalter) beginnen sowohl die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wie die gesellschaftliche Unterdrückung der Frau. Sie erreichte in der Hexenverfolgung im Feudalismus einen Höhepunkt. Dieser geschichtliche Hintergrund beeinflusste die wissenschaftlichen Ausarbeitungen bürgerlicher Denker wie z.B. J. Rousseau und ihrer Theorien über die Rollen von Frau und Mann. Nach ihren „Erkenntnissen“ formulierten sie dann die bürgerlichen Rollenzuschreibungen, die sich in dem Denken der Menschen festsetzten und die bis heute noch nicht vollends überwunden sind.

Zu Beginn stand die „Erkenntnis der Zweiteilung des Menschen“, die auf eine „natürliche Differenz“ zwischen den Geschlechtern zurückgeführt wurde, wobei der Frau alles Böse zugeordnet wurde. Der Frau wurde ihre „weibliche Natur“ zugeschrieben, während der Mann Verstand und Vernunft besaß. Durch die Festlegung der Frau auf ihre „weibliche Natur“ bekam sie als wichtigste Aufgabe zugewiesen, Kinder in die Welt zu setzen. Damit einher gingen die Zuschreibungen der Frau als fleißige Dienerin, aufopfernde Umsorgerin, harmonisierende Vermittlerin und als ein liebenswerte Dummerchen, das nichts weiß und nichts versteht. Von diesem Denken geprägt, bedurfte es einer langen Auseinandersetzung, um die Frauen genauso wie die Männer davon zu überzeugen, dass die Frau kein minderwertiges Wesen ist, das eine geringe geistige Begabung hätte, sondern ein gleichberechtigter Mensch ist, die Denken, Kämpfen und sich selbst versorgen kann.

Die erste bürgerliche Frauenbewegung konnte nicht erkennen, dass für die Arbeiterin die Erkämpfung von gleichem Lohn für gleiche Arbeit notwendig war, um eine ökonomische Unabhängigkeit vom Mann zu erlangen. Wäre das erreicht worden, bliebe aber immer noch die Abhängigkeit vom Kapitalisten. Diese Abhängigkeit kann im Kapitalismus nicht gelöst werden. Diese Erkenntnis zu verbreiten und den Menschen damit die Möglichkeit zu geben, zu erkennen, dass sich zwei Klassen gegenüberstehen, die entgegengesetzte Interessen haben, das war die Aufgabe des Marxismus.

Die SozialistInnen waren die ersten, die den Klassenkampf in den Zusammenhang mit der Frauenfrage stellten. Sie kämpften innerhalb ihrer Partei für ein Umdenken von rückschrittlichen Gedankengut zur Lösung der Frauenfrage. August Bebel's Buch 'Frau und Sozialismus' wirkte da bahnbrechend. Doch rückten die meisten führenden Sozialisten im Laufe der Jahre immer mehr von

den Erkenntnissen über die Revolution und über den sozialistischen Staat ab, die Marx und Engels dargelegt hatten. Die Befreiung der Frau im Zusammenhang mit der Klassenfrage wurde nun einzig von den KommunistInnen in ihrer politischen Arbeit aufgenommen.

Die ständigen Streiks und revolutionären Kämpfe der ArbeiterInnen wurden zu einer massiven Bedrohung des Kapitals und ein Hindernis, um geradewegs das Ziel der Weltherrschaft zu verfolgen. Um neue Profitquellen zu eröffnen, fand ein immer aggressiver werdender Kampf zwischen den imperialistischen Ländern statt. Die Menschen im eigenen Land mussten zur Ruhe kommen und sollten sich als ein Volk, als eine Nation begreifen. Diese Aufgaben wurden dem Faschismus übertragen. Unter dem Faschismus wurde die Emanzipation zum Teufelswerk des jüdischen Marxismus.

Keine SozialistInnen, KommunistInnen oder radikale, emanzipierte Frauen konnten dieser Propaganda mehr ernsthaft etwas entgegensetzen, denn sie saßen im KZ, waren ermordet, emigriert oder agierten vereinzelt im Untergrund. Waren in der Vergangenheit die rückschrittlichen Ideologien zur Frage der Frau immer wieder von den verschiedenen reaktionären Teilen aus Politik, Gewerkschaft und Frauenbewegung hervorgeholt worden, um den Fortschritt und die Emanzipation zu stoppen, konnten nun die Faschisten auf diese Vorarbeit aufbauen.

Mit einer geschickten Propaganda, Rassismus, finanzieller Hilfen, sowie der Aussicht auf einen gesicherten Arbeitsplatz gelang es den Faschisten große Teile des deutschen Volkes in faschistische Strukturen reinzudrängen, für ihre Ideen zu begeistern und ihre Ideologie zu vertiefen. Angedacht war ein „volksgesunder, reinrassiger, autoritärer, deutscher Staat“, in dem die Menschen nach dem Willen der faschistischen Machteliten funktionieren. Die Menschen sollten dem Staat gehorsam zur Verfügung stehen und Befehle willig ausführen. Widerstand musste gebrochen werden. Ein eigenständiges Denken sollte es nicht mehr geben. Wer in diese Ideologie nicht reinpasste musste gefügig gemacht werden oder wurde vernichtet. Der faschistische Staat hat sich die Verfügungsgewalt über das Volk genommen. Dies waren keine Ideen von „Wahnsinnigen“ oder kranken Einzelpersonen, sondern Personen aus dem Finanzkapital und der Politik, die nach der Weltherrschaft strebten. Dass es zu Widersprüchen zwischen Teilen der Machteliten kommen musste, findet seine Ursache in dem widersprüchlichen Wesen des Kapitalismus, und nicht darin, dass es „fortschrittliche oder friedliebende“ Personen innerhalb der Machtstrukturen gab. Alle hatten das Ziel der Weltherrschaft, nicht alle wollten es mit den gleichen Mitteln.

Gelungen ist es den Faschisten mit Hilfe ihrer gefügigen HelferInnen, die sozialistische und kommunistische Parteien, die Gewerkschaften und jede Opposition weitgehend zu zerschlagen und zehntausende MitgliederInnen zu ermorden. Verhindert wurde damit die Bildung eines organisierten antifaschistischen Widerstands, der in der Lage gewesen wäre, den Faschismus zu besiegen.

Geblichen ist die faschistische Ideologie, die den Menschen jahrelang in die Köpfe eingehämmert wurde. Auf deren Grundlage entwickelte sich innerhalb des Volkes ein ungezügelter Hass und eine Verachtung allen Menschen gegenüber, die von der „faschistischen Norm“ abwichen. Die tägliche Angst, jederzeit selbst betroffen zu sein, förderte die Bereitschaft zur Denunziation bei den Menschen und unterstützte die kritiklose Hinnahme der Politik. Beeinflusst von der geschickten Propaganda verschlossen massenhaft Menschen die Augen vor dem, was wirklich passierte. Verantwortlich für die systematische Vernichtung und die Durchführung der Massenmorde waren Alle, die dem Faschismus an die Macht verholfen haben, waren Alle, die passiv das faschistische System unterstützen.

Klar ist, dass ohne die Hilfe, ohne das Mitmachen, das Stillhalten oder das Weggucken der Massen, es keine Vernichtung oder Ermordung von bis zu 8 Millionen Menschen in den KZ's und Vernichtungslagern hätte geben können. Klar ist, dass am Ende der Weimarer Republik der Kampf für die sozialistische Revolution verloren ging und die Barbarei gesiegt hatte. Bewiesen ist, dass die sozialistische Sowjetunion den Faschismus besiegte und das deutsche Volk aus der Barbarei befreite. Bewiesen ist, dass die Befreiung der Frau der Frauenkampf im Klassenkampf ist und brennend auf der Tagesordnung der Kommunistinnen steht. Bewiesen ist, dass die Befreiung der Frau ohne Revolution und Sozialismus keine Chance hat.

Anhang

Scholtz-Klink nach Kriegsende

Scholtz-Klink war Mutter von 11 Kindern und Witwe eines Märtyrers, die sich mit Leib und Seele dem faschistischen Vaterland verschrieben hatte. Sie wurde mit einer kleinen Schar von Anhängerinnen bei einem Brückenkopf in Spandau in Berlin von Rotarmisten gefangen genommen. Aus dem Gefangenenlager konnte sie unerkannt zu der alten Freundin Prinzessin Pauline zu Wied fliehen. Diese gewährte der Familie Scholtz-Klink auf ihrem Schloss im Schwarzwald Unterschlupf. Scholtz-Klink und ihr Mann arbeiteten bis 1948 in einer Bäckerei, wurden dann aber bei der Polizei angezeigt. Gegen sie wurde Anklage erhoben, weil sie sich zwischen 1945 und 1947 eine falsche Identität zugelegt hatten. 1950 war sie von den Besatzungsbehörden für entnazifiziert erklärt worden, konnte unbehelligt weiterleben und kassierte als Rentnerin eine Beamtenpension.

1978 schrieb sie das Buch 'Die Frauen im Dritten Reich', das sie den „Opfern“ der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse widmete. Sie blieb bis an ihr Lebensende eine überzeugte Faschistin und rechtfertigte das Hitlerregime, welches sie mitgetragen hatte. Der BRD warf sie vor, dass sie ihr nicht die Freiheit ließ, die NS-Zeit zu verherrlichen. Vor Beginn des Interviews erklärte sie:

„Sie hätten sehen müssen, wie die Berlinerinnen ihre Stadt unter Einsatz ihres Lebens gegen die Russen verteidigt haben, dann wäre Ihnen klar, wie innig die deutschen Frauen unseren Führer geliebt haben.“ Zum Zeitpunkt des Interview 1981 veranstalteten sie und ihre Mitarbeiterinnen (wie die SS-Veteranen) noch immer regelmäßige Treffen, auf denen sie bei Kaffee und Kuchen Erinnerungen und Familienneuigkeiten austauschten. Ihr Mann war ein SS-General, der mit der Aufsicht über Erziehungsanstalten für die zukünftige faschistische Elite der Nation beauftragt war. Nach 1945 hat er energisch seine Parteizugehörigkeit abgestritten.

Claudia Koonz (Amerikanische Historikerin) im Interview mit Scholtz-Klink (Auszüge):

Interview mit G. Scholtz-Klink 1981

*“Wissen Sie, wenn unsere Politiker aus der Vergangenheit lernen würden, bräuchten sie nicht über die aufsässige Jugend von heute zu lamentieren. Warum fragen sie uns nicht um Rat, wenn es um soziale Probleme geht? Wir Älteren könnten da einiges erzählen. Während der Wirtschaftskrise haben wir einen nationalen Arbeitsdienst eingerichtet, der die Jugend von der Straße geholt und ihnen Vaterlandsliebe beigebracht hat“.*⁸⁴

Frage: Was war in Ihren Augen Ihre wichtigste Leistung?

„Unsere Aufgabe, die wir mir Bravour erfüllt haben, bestand darin, die nationalsozialistischen Ideale in das Leben aller Frauen – auch noch im kleinsten Dorf – hineinzutragen. Mindestens ein- bis zweimal im Monat versammelten unsere Ortsgruppenleiterinnen die Frauen in kleinen Gruppen, um sie über unsere Ziele zu informieren und ihnen Gelegenheit zu geben, sich einmal unter sich – ohne Männer – zu treffen. Wie oft sind Frauen gekommen und haben mit leuchtenden Augen erklärt: 'Noch nie hat jemand so zu uns gesprochen, außer vielleicht im Gottesdienst.' Aber das nationale Anliegen war ihnen überhaupt noch nie in dieser Weise nahe gebracht worden. Wir wollten alle Frauen in die Volksgemeinschaft eingliedern. Wir haben keine Zeit damit

⁸⁴ Claudia Koonz, Mütter im Vaterland, S. 45

verschwendet, Männern sagen zu wollen, was sie zu tun haben. Wissen Sie, Männer haben sich seit damals nicht groß geändert, und die Frauen auch nicht. Wenn ein Mann abends nach Hause kommt, will er abschalten und vielleicht noch über seine Probleme bei seiner Arbeit sprechen. Von ihrer Arbeit will er nichts hören. Die Männer haben sich nicht für unsere Arbeit interessiert.“

Frage: Hitlers Judenpolitik war Ihnen also kein Problem?

„Natürlich haben wir nicht gewollt, dass so viele Juden einfach verschwinden sollten. Ich war in einer antisemitischen Familie groß geworden, so dass diese Ideen für mich nichts ungewöhnliches waren. Wir gehörten zum Beamtenbürgertum, wissen Sie. Außerdem war ja bis zum Krieg mit Russland unsere gesamte Politik legal (...) Wir haben uns immer an die Gesetze gehalten. Tut ihr das bei euch in Amerika nicht auch? (...) Wir Frauen hatten mit den Juden überhaupt nichts zu tun. Unsere Aufgabe war es, Wohlfahrtseinrichtungen zu betreiben, die dem deutschen Volk helfen sollten. Und in meiner Eigenschaft als Leiterin dieses Bereichs waren mir Frauen jedweder politischen Provenienz willkommen, solange sie die Bereitschaft zeigten, die anstrengende Arbeit zu tun.“

Frage: Auch jüdische Frauen?

„*Es haben sich keine gemeldet (...) Natürlich habe ich geholfen, wenn ich von irgendwelchem Unrecht an jüdischen Frauen erfuhr. Aber was sollte ich tun, wenn ich gar nichts wusste?*“

Frage: Was haben sie gedacht, als sie eines Tages im Jahr 1941 plötzlich so viele ihrer Berliner Mitbürger mit dem gelben Stern auf dem Mantel sahen?

„Ich weiß nicht, wie ich es ausdrücken soll. Es waren so viele. Es verletzte mein ästhetisches Empfinden (...) Es ist an der Zeit das wir guten Deutschen, die wir während des Dritten Reichs unserem Volk gedient haben, öffentlich die Wahrheit sagen. Wir schulden es auch dem Andenken unserer Kameraden, die nicht lange genug leben durften, um ihre Ehre zu verteidigen.“

Frage: Aber sie selbst haben doch irgendwann von den Konzentrationslagern erfahren?

„Ja. Doch, einmal habe ich ein Lager in der Nähe von Berlin besichtigt. Wissen Sie, ein ganz normaler Inspektionsbesuch. Einige meiner Frauen arbeiteten dort als Führsorgerinnen. Sie sollten sich um die asozialen Lagerinsassinnen kümmern. Ich besichtigte das ganze Lagergelände, und alles schien absolut normal. In bester Ordnung. Nach ihrer Umerziehung sollten die Insassen wieder entlassen werden und ihren Platz als tüchtige Mitglieder der Gesellschaft einnehmen. Als ich gerade wieder gehen wollte, zog mich eine junge Frau zur Seite. Sie flehte mich an, sie anzuhören. 'Wie sollen wir sie denn eingliedern, Frau Scholtz-Klink, wenn wir noch nicht einmal ein Kartenspiel oder anständige Seife zur Verfügung haben? Wie sollen wir fürsorgerisch tätig sein ohne irgendwelche Mittel? Und die Frauen wirken so deprimiert. So, als würden sie nie wieder nach Hause zurückgehen.' Diese Frau riskierte ihre Arbeit indem sie mich warnte, dass irgendetwas Finsteres im Gange war. Ich gab sofort Order, dass alle meine Frauen aus dem Lager abgezogen werden sollten. Und so geschah es auch. Bei so etwas machen wir nicht mit.“

Frage: Es waren doch Frauen, die ihnen unterstanden, die an der Durchführung von eugenischen Maßnahmen beteiligt waren, indem sie Menschen gegen ihren Willen der Zwangssterilisation auslieferten und 'lebensunwertes Leben' wie Schizophrenie, Alkoholiker und geistig zurückgebliebene Kinder dem Euthanasietod zuführten?

„*Wissen Sie, neulich habe ich das geistig zurückgebliebene Kind meiner Cousine besucht. Da habe*

*ich mich wirklich gefragt (...)*⁸⁵

Claudia Koonz führt nicht weiter aus, was die Altfaschistin äußerte.

⁸⁵ Claudia Koonz, *Mütter im Vaterland*, S. 53

Bücherliste

- Albert Norden, Lehren Deutscher Geschichte, Dietz Verlag Berlin
- Alexander v. Plato, Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik: KPD und KOMINTERN Sozialdemokratie und Trotzismus, Oberbauverlag, Berlin, 1973
- Angelika Ebbinghaus (Hg.), Opfer und Täterinnen – Frauenbiographien des Nationalsozialismus, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1996
- Anna Maria Sigmund, Die Frauen der Nazis, Heyne Verlag, München, 2000
- August Bebel, Die Frau und der Sozialismus, Neusatz der 1929 erschienenen Jubiläumsausgabe, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin Bonn 1980
- Autorenkollektiv beim Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Günter Hortschansky u.a., Ernst Thälmann – Eine Biographie, Dietz Verlag Berlin, 1980
- Chaika Grossmann, Die Untergrundarmee – Der jüdische Widerstand in Bialystok – Ein autobiographischer Bericht, Aus dem Amerikanischen und mit einem Vorwort von Ingrid Strobl, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1993
- Charlotte Müller, Die Klempererkolonie in Ravensbrück – Erinnerungen des Häftlings Nr. 10787, Dietz Verlag Berlin, 1981
- Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften I – III, Dietz Verlag Berlin, 1957
- Clara Zetkin, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Marxistische Taschenbücher, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main, 1984
- Claudia Koonz, Mütter im Vaterland – Frauen im Dritten Reich, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg, 1994
- Ernst Klee, Was sie taten, was sie wurden – Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1986
- Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich – Wer war was vor und nach 1945, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 2003
- Florence Hervé (Hg.), Geschichte der deutschen Frauenbewegung, PapyRossa Verlag, 7. überarbeitete Auflage, Köln, 2001
- Florence Hervé, Elly Steinmann, Renate Wurts (Hg.), Kleines Weiberlexikon – Von Abenteurerin bis Zyklus; mit einem Anhang, Weltkreis Verlag, Dortmund, 1985
- Gerlinde Hummel-Haasis (Hg.), Schwestern zerreißen eure Ketten – Zeugnisse zur Geschichte der Frauen in der Revolution 1848/49, DTV, München, 1982
- Gilbert Badia, Clara Zetkin – Eine neue Biographie, Dietz Verlag Berlin, 1994
- Gisela Losseff-Tillmans (Hg.), Frau und Gewerkschaft, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1982
- Hans Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin
- Ingrid Strobl, "Sag nie du gehst den letzten Weg" - Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1998
- Ingrid Strobl, Die Angst kam erst danach – Jüdische Frauen im Widerstand in Europa 1939 – 1945, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1989
- Jörg Berlin (Hg.), Die deutsche Revolution 1918/19 – Quellen und Dokumente, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1979
- Jürgen Kuczynski, Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800 bis 1945, Volk und Wissen Verlag; Berlin
- Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Band 18, Studien zur Lage der Arbeiterin in Deutschland von 1700 bis in die Gegenwart, Akademie Verlag Berlin, 1963
- Jürgen Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes: 1600 bis 1945, Band 4 (1871 bis 1918), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, 1981
- Jürgen Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes: 1600 bis 1945, Band 5 (1918 bis 1945), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, 1982
- Louise Dornemann, Clara Zetkin – Leben und Wirken, Dietz Verlag Berlin, 1974
- Karl Marx, Manifest der Kommunistischen Partei, Marx/Engels, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Band 1, S. 383-451, Dietz Verlag Berlin, 1989
- Klaus Mammach, Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933-1945, Röderberg Verlag, Frankfurt am Main, 1974
- Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED (Hg.), Politische Ökonomie – Lehrbuch, Dietz Verlag Berlin, 1. Auflage, 1955; Nachdruck Band 1 und 2, Zentraler Arbeiter Verlag, Berlin, 1971
- Maruta Schmidt, Gabi Dietz (Hg.), Frauen unterm Hakenkreuz – EP 94, Elefanten Press, Berlin (West), 1983
- Richard Müller, Eine Geschichte der Novemberrevolution – Vom Kaiserreich zur Republik – Die Novemberrevolution – Der Bürgerkrieg in Deutschland; Neuauflage nach dem Original im Malik Verlag von 1924 und 1925, Die Buchmacherei, Berlin, 2011
- Rita Thalmann, Frausein im Dritten Reich, Ullstein Verlag, Frankfurt am Main, Berlin, 1987
- T. Derbent, Der Deutsche Kommunistische Widerstand 1933-1945, Zambon Verlag, Frankfurt am Main, 2011
- Ute Benz (Hg.), Frauen im Nationalsozialismus – Dokumente und Zeugnisse, Beck'sche Reihe, Verlag C. H. Beck, München, 1993
- Walter Hofer, Der Nationalsozialismus Dokumente 1933 – 1945, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1980
- W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Lenin Werke Band 22, S. 189-309, Dietz Verlag Berlin, 1960
- Wolfgang Schneider, Frauen unterm Hakenkreuz, Knauer Verlag, München, 2003

**Marx hat sich nie mit der Frauenfrage
„an und für sich“ und „als solcher“ beschäftigt.
Trotzdem hat er Unersetzliches,
hat er das Wichtigste für den Kampf der Frau
um volles Recht geleistet.
Mit der materialistischen Geschichtsauffassung
hat er uns zwar nicht fertige Formeln
über die Frauenfrage,
wohl aber Besseres gegeben:
die richtige, treffsichere Methode,
sie zu erforschen und zu begreifen.
Erst die materialistische Geschichtsauffassung
hat es uns ermöglicht, die Frauenfrage im Flusse der
allgemeinen geschichtlichen Entwicklung,
im Lichte der allgemeinen sozialen Zusammenhänge
in ihrer historischen Bedingtheit und Berechtigung klar zu
verstehen,
ihre bewegenden und tragenden Kräfte zu erkennen,
die Ziele, denen diese zutreiben,
die Bedingungen, unter denen allein die aufgerollten Probleme
ihre Lösung zu finden vermögen.**

Die Gleichheit, März 1903

**KOMMUNISTISCHER
AUFBAU WWW.KOMAUFB AU.ORG** 